

Deutschland-Berichte

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rapports d'Allemagne
du Parti Socialdémocrate Allemand
Edition mensuelle

6. Jahrg.

1939

Nr. 6

Deutschland-Berichte

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

6. Jahrgang

1939

Nr. 6

Inhaltsverzeichnis

T e i l A : Nachrichten und Berichte

<u>I. Die allgemeine Situation in Deutschland</u>	A 1
1) Danzig	1
a) Die propagandistischen Vorbereitungen	1
b) Die militärischen Vorbereitungen	5
2) Oberschlesien	9
Die antipolnische Propaganda in Ober- schlesien - Volkszählung und Namensänderung - Die Wirkung der Propaganda	
3) Die deutsche Propaganda	17
a) Einkreisung und Lebensraum	18
b) Kolonien	24
c) Auslandspropaganda	26
4) Aus der Tschechoslowakei	32
a) Aus dem "Protektorat"	32
b) Aus dem Sudetenland	37
Nachträge aus Danzig: Berichte vom 28. Juni bis 6. Juli	41a
<u>II. Der Arbeitseinsatz</u>	42
1) Die Erschöpfung der Arbeitskraftreserve	42
2) Die staatliche Lenkung der Arbeitskraft	46
Weitere Unterbindung der Freizügigkeit - Verschärfte Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels - Ausdehnung der Arbeitsbuchpflicht - Auskämmung der Behörden - Berichte über Arbeitermangel und Zwangsverschickungen	
3) Arbeitermangel und Produktionsrückgang im Bergbau	53
Ursachen des Produktionsrückganges - Verlänge- rung der Arbeitszeit - Ermüdungserscheinungen	
4) Arbeitermangel und Produktionsrückgang auf dem Lande	59

5) Ausländische Arbeiter in Deutschland	A 66
6) Die Frauenerarbeit	69
7) Die letzten Reserven	72

Heranziehung von Handwerkern, Einzelhändlern,
alten Arbeitern, Erwerbsbeschränkten und - Juden

III. Aus den Betrieben

1) Die Haltung der Arbeiterschaft	77
2) Rückgang der Arbeitsleistung	83
Gegenmassnahmen des Regimes - Passive Resistenz oder Ermüdungserscheinungen?	

T e i l B : Uebersichten

Das deutsche Leistungsproblem
=====

Produktionssteigerung und Ermüdungserscheinungen

1) Der Zwang zur Produktionssteigerung	1
2) Die Schwierigkeiten der Produktionssteigerung	4
a) Die Ueberspannung der Produktion	5
b) Der Raubbau an der technischen Ausrüstung	5
c) Der Raubbau an der Arbeitskraft	8
3) Die Mittel der Produktionssteigerung	10
a) Die neue Rationalisierungs-Offensive	10
(1) Die bisherige Leistungsentwicklung	10
(2) Die Kostenfrage	13
b) "Rationalisierung ohne Eisen"	15
c) Leistungssteigerung durch Leistungslohn	19
4) Langsamer arbeiten - eine Waffe in der Hand der Arbeiter	27

T e i l A

(Abgeschlossen am 12. Juli 1939)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland1) Danzig

Der Kampf um Danzig hat Europa erneut an den Rand des Krieges gebracht. Im Augenblick ist noch nicht zu übersehen, was Hitler tun wird. Auf jeden Fall sind schon jetzt so umfangreiche propagandistische und militärische Vorbereitungen für die Einverleibung Danzigs getroffen worden, dass ihm ein Zurückweichen sehr erschwert wird.

a) Die propagandistischen Vorbereitungen

Die propagandistischen Vorbereitungen zur Annexion Danzigs, die schon seit langem im Gange sind und über die bereits wiederholt berichtet worden ist, haben in den letzten Wochen eine ausserordentliche Steigerung erfahren: Gruppen-Wettkämpfe der SA-Gruppe Ostland, Studententag, Gaukulturwoche, Besuche des Stabschefs Lutze und des Reichspropagandaministers Goebbels, Flottenbesuch, Sängerfest usw. Diese Propaganda hat zweifellos den einen Erfolg gehabt, dass die meisten Menschen in Danzig davon überzeugt sind, dass Danzig bald dem Reiche einverleibt werden wird, ob sie nun dieses Ereignis herbeiwünschen oder nicht und ob sie eine "friedliche" Lösung erwarten oder den Ausbruch des Krieges befürchten. In einem anderen Punkte hat aber die Propaganda zweifellos nicht den gewünschten Zweck erreicht: sie hat nicht vermocht, die Danziger Bevölkerung in nationale Hochstimmung zu versetzen. Zweifellos gibt es auch in Danzig eine ganze Menge fanatischer Nazis, die sich zu ähnlichen Torheiten verleiten lassen, wie man sie im Sudetenland erlebt hat - in einem der folgenden Berichte wird z.B. erzählt, wie einige Frauen eine Nacht durchwacht haben, weil sie die Ankunft des "Führers" erwarten - aber die grosse Masse wird von ganz anderen Ueberlegungen beherrscht: wie es mit dem Umrechnungssatz des Gulden zum Reichsmark werden wird, wie man sich noch rechtzeitig mit guten Stoffen,

Fett und Kaffee eindecken kann usw. Die nachstehenden Berichte lassen keinen Zweifel darüber: Die Danziger stehen schon zu lange unter Nazi-Herrschaft und sie haben deutlich genug die Vorbilder des Sudeten- und noch mehr des Memellandes vor Augen, um in besinnungslose nationale Verzückung zu verfallen.

1. Bericht: Bei uns ist die Stimmung der Bevölkerung in den letzten drei Wochen einem gewissen Wandel unterworfen gewesen. Man kann heute kaum noch sagen, dass in den breiten Massen der Bevölkerung Krisenstimmung herrscht. Ohne Zweifel ist das ein Erfolg der Nazi-Propaganda. Heute überwiegt ganz allgemein die Auffassung, dass Danzig dem Reich ohne Krieg einverleibt werden wird.

Als die Danzig-Krise im März in ihr akutes Stadium trat, war das anders. Damals war die Bevölkerung in ihrer Mehrheit davon überzeugt, dass Danzig für Hitler ohne Krieg nicht zu haben sei. Und eigentlich war man bis Mitte Mai dieser Meinung. Man rechnete mit dem Krieg und hatte Furcht davor oder, was seltener war, man meinte, dass, wie man auch zu den Nazis stehe, man natürlich einen polnischen Angriff auf Danzig - denn so stellte die Nazi-Propaganda die Dinge dar - abwehren müsse. Dann kam die Beck-Rede mit ihrer anfänglich ganz ausgezeichneten Wirkung. Die Leute sehen jetzt, dass die Polen gar nicht daran denken, Danzig anzugreifen, ja dass sie sogar selbst erklärten, dass die Danziger Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit deutsch sei. Diese Erklärung kam den Gegnern der Nazi sehr zunutze, denn es war nun klar, dass es in Wirklichkeit nichts zu verteidigen gab, so wie es die Nazi-Gegner immer gesagt oder doch angedeutet hatten. Wer ein wenig nachdachte, musste erkennen, dass der Friedensstörer nicht Polen, sondern Hitler war. Aber die Wirkung solcher Erklärungen, die dazu noch in sehr abgeschwächter Form an die Massen der Bevölkerung herankommen, ist zeitlich sehr begrenzt. Inzwischen arbeitete die Nazi-Propaganda ungestört und mit grosser Intensität weiter. Und sie hat eigentlich nur noch eine einzige Tendenz, die Polen verächtlich zu machen, sie als sehr schwach hinzustellen und dieser Propagandalüge die andere entgegenzustellen, dass nämlich Deutschland unüberwindlich sei, und dass deshalb gar kein Zweifel darüber bestehe, dass der Führer seinen Willen durchsetzen und Danzig dem Reich einverleiben werde. Wenn das geschehen werde, darüber denkt die breite unpolitische Masse kaum noch nach. Es wird eben so sein, irgend einmal, und zwar nicht in weiter Ferne.

Dieser Meinung sind heute eigentlich alle politisch weniger Geschulten, ganz gleich, ob sie den Anschluss wünschen oder ob sie dagegen sind. Es herrscht wieder einmal die Auffassung vor, dass dem "Führer" alles gelingt, was er anfasst. Dazu trägt natürlich im erheblichen Masse die auffallende und breit ausgewählte Niederlage jeder noch so wenig ernst zu wertenden Zuschrift in irgend einer englischen oder französischen Zeitung bei, in der die Auffassung vertreten wird, dass es nicht wert sei, für Danzig zu sterben.

Wenn auch in den breiten Massen keine Krisenstimmung mehr herrscht, so sagt das jedoch nicht, dass die Leute nicht alle möglichen Vorbereitungen für den Fall der Annexion treffen. Es besteht nämlich die Tendenz, aus den Sperrkreisen zu flüchten. Das

ist aber nicht die Folge einer Panik, sondern entpringt einer ruhigen Ueberlegung. Jeder Danziger kennt die Verhältnisse in Reich und will sich sichern gegen die schlechte Kaufkraft der Mark und gegen die Notwendigkeit, sich schlechte und verteuerte Ware kaufen zu müssen. Deshalb haben heute z.B. alle Schneider Hochkonjunktur. Man lässt sich Anzüge machen. Die Schneider nutzen diese Konjunktur aus und erhöhen die Preise. Ähnlich sieht es in der Konfektion aus, die stark beschäftigt ist und die Preise seit April um etwa 20% heraufgesetzt hat. Bei den Stoffen für Damen- und Herrenkleidung ist ebenfalls eine erhebliche Preissteigerung eingetreten. Auch Schuhe sind teurer geworden. Die Leute schimpfen darüber, aber sie kaufen, was sie nur irgend können.

Man hört auch in den Familien des öfteren darüber jammern, dass, wenn Danzig zum Reich kommt, die Butter, das Fleisch und der Kaffee knapp werden dürften. Das ist auch einer der Gründe, wieso die Danziger durchaus nicht so darauf brennen, zum Reich zu kommen.

Zur Befestigung der Auffassung, Danzig werde alsbald zum Reich zurückkommen, hat in hohem Masse die Nazi-Demonstration aus Anlass des Besuchs des SA-Stabschefs Lutze in Danzig beigetragen, der am 9. und 10. Juni stattfand. Allerdings war die Danziger Bevölkerung über den Lutze-Besuch alles andere als erfreut. Sicher wurde geflaggt, aber das ist ja bekanntlich nur eine Art Lebensversicherung. Aber zur Begrüssung Lutzes hatten sich trotz der Aufforderung der Nazis ausser den abkommandierten Uniformierten alles in allem Tausend Menschen eingefunden. Man bedenke, dass das in einem Moment zu verzeichnen war, in dem die ganze Bevölkerung der Meinung war, Danzig komme zum Reich zurück und Lutze werde bestimmte Angaben darüber machen, wenn nicht gar den Anschluss gleich verkünden!

Wenn trotzdem der Besuch Lutzes die Leute in der Meinung bestärkt hat, Danzig werde dem Reich einverleibt werden, so war das vor allem auf die Begleitumstände zurückzuführen. Da sind zunächst die Vorbereitungen zu nennen, die Wochen vorher in Angriff genommen wurden. Die Langgasse und der Langemarkt wurden in eine nationalsozialistische Festhalle verwandelt. Gar nicht zu sprechen von den Tausenden von Riesenfahnen, erhielten alle Häuser der beiden Strasse und übrigen auch des gesamten linken Mottlau-Ufers, Gold- und Silberfliederwerk umgehängt und Scheinwerferbeleuchtung. Riesenpilonen mit Hoheits-Adlern wurden in den Strassen aufgestellt usw.

Zum ersten Mal zog dann in den Tagen des Lutze-Besuches SA in Stahlhelmen und mit geschultertem Gewehr in Danzig auf. Es handelte sich um insgesamt 6.000 Mann ostpreussische SA, die eigens zum Lutze-Besuch nach Danzig gekommen war, und um die gesamten Danziger SA-Abteilungen. Auch Panzerwagen der Reichswehr, zum Teil mit SS, zum Teil mit SA bemannt, waren in den Strassen zu sehen. Diese bewaffnete Demonstration hat auf die Bevölkerung einen grossen Eindruck gemacht. Viele Nazigegner sagten am nächsten Tag: "Ja, wenn die Polen sich das gefallen lassen, dann werden sich die Nazis auch noch mehr leisten können. Dann glauben wir auch, dass Hitler den "Anschluss" schaffen wird."

Es gab auch wieder eine Reihe von Leuten, die wissen wollten, dass die grossen Vorbereitungen, die zu dem Lutze-Besuch getroffen wurden, in Wirklichkeit dem Besuch Hitlers galten, der am

Sonntag früh in Danzig eintreffen und den "Anschluss" verkünden werde. Und wie es immer Verrückte gibt, so auch bei dieser Gelegenheit. So haben drei Frauen aus dem Kleinbürgertum in der ganzen Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gewacht und im Hausflur den Einzug des "Führers" abgewartet.

2. Bericht: Die Stadt erstickt in Nazi-Demonstrationen, in denen bewiesen werden soll, dass die Danziger ihr Schicksal nicht weiter ertragen wollen, und dass es nur eine Lösung gibt, nämlich die, Danzig zum Dritten Reich zu schlagen. Nach dem Lutze-Besuch, bei dem sich die Nazis mächtig blamiert hatten, weil die Anteilnahme der Bevölkerung gar zu gering war, war die wichtigste Demonstration der Besuch von Goebbels. Man hatte so getan, als ob dieser Besuch improvisiert worden sei, vermutlich um eine zweite Blamage zu vermeiden. In Wirklichkeit waren die Vorbereitungen sehr sorgfältig und umfangreich.

Der ganze Wandbehang an den Fassaden der Danziger Häuser war vom Lutze-Besuch her geblieben. Die feenhafte Beleuchtung, die Fahnen, die Girlanden, die Kränze aus Pappmachee, die Pilonen, die Hoheitsabzeichen, alles war geblieben. In den Organisationen war die ganze Woche vor dem 18. Juni, dem Tag des Besuchs, von der Ankunft Goebbels die Rede. Es wurden Transparente angefertigt mit der Aufschrift: "Wir wollen heim ins Reich!"

Am Sonnabend und Sonntag wurden sämtliche Amtswalter der Partei aufgeboten, um die einzelnen Haushaltungen aufzusuchen und die Bewohner aufzufordern, am Sonnabend Abend sowohl bei der Auffahrt Goebbels vor dem Staatstheater, als auch nach Theaterschluss am Kohlenmarkt zu erscheinen, ferner am Sonntag zur Langgasse zu kommen. Ebenso sollten die Leute bei der Abfahrt Goebbels am Sonntag am Hauptbahnhof erscheinen. Von den Amtswaltern wurde in vielen Fällen erklärt, sie würden Stichproben machen, um festzustellen, ob die Bewohner den Aufforderungen Folge geleistet hätten.

In zahlreichen Fällen sagten die Amtswalter den Wohnungsinhabern: "Gehen Sie heute abend nach Theaterschluss nach dem Kohlenmarkt vors Staatstheater und rufen Sie laut und deutlich: "Wir wollen heim ins Reich!" Das Kommando zum Rufen gibt die HJ." Sicherheits halber hatten aber auch eine ganze Anzahl von SA-Leuten die Anweisung erhalten, zu den Demonstrationen in Zivil zu erscheinen, um Publikum zu markieren.

Trotzdem war der Erfolg kläglich, wenn auch bedeutend mehr Leute an den angegebenen Stellen der Stadt zu sehen waren als anlässlich des Lutze-Besuches. Die Absperrung war vollkommen überflüssig. Als Goebbels ankam, riefen die HJ-Jungens, die in der vordersten Reihe standen, programmgemäß: "Wir wollen heim ins Reich!" Die Zivilisten hoben vorschrittsmäßig den Arm und waren im Übrigen stumm. Schluss!

Am Sonntag klappte es besser. Wieder reichten die begeisterten Danziger nicht bis zu den Absperrungsketten heran, sondern mussten erst dazu aufgefordert werden, etwas näher an die Ketten heranzutreten. Ein Arbeiter, neben dem ich stand, sagte laut und vernehmlich: "Nun wollen wir doch alle heim ins Reich, aber wenn die Leute weiter beden fahren, anstatt hier zu Goebbels zu kommen, denn wird ja das wohl noch seine Zeit dauern!"

Tatsächlich waren während der Demonstrationen und während der Abfahrt von Goebbels die weitaus meisten Danziger Familien nach den Seebädern gefahren.

Bei der Abfahrt von Goebbels vom Hauptbahnhof war der gesamte Auto- und Strassenbahnverkehr, der sonst über den Bahnhof geht, umgeleitet worden. Um so auffallender war die gähnende Leere, die auf dem Platz vor dem Bahnhof herrschte, obwohl dieser für das Publikum ausdrücklich freigehalten worden war.

Womit beschäftigen sich heute die Danziger am meisten? Da die meisten Leute der Auffassung sind, dass Danzig eher früher als später zum Reich kommen werde, und zwar ohne Komplikationen, so ist heute ihre Hauptsorge, welchen Umrechnungskurs man für den Danziger Gulden bekommen wird. Bekanntlich haben die Memeler dabei recht schlecht abgeschnitten und in Danzig ist das rasch bekannt geworden. Jetzt denkt alles darüber nach, wie man sich persönlich vor Schaden bewahren könne.

Besondere Sorgen haben die Angestellten der Parteiformationen, die heute Gehälter bekommen, die in Reichsmark festgesetzt sind und ein Riesengeschäft dadurch machen, dass die Reichsmark nach dem offiziellen Kurs zu 2,12 Gulden bei der Gehaltszahlung umgerechnet wird. Vermutlich würden diese Bonzen mindestens ein Drittel ihres Gehaltes verlieren, wenn sie bei einem Anschluss direkt in Mark bezahlt werden.

Sehr in Sorge sind die Nazibonzen auch darüber, dass sie zum Teil ihre guten Stellungen verlieren werden, wenn Danzig zum Reich kommen sollte. Um die Bonzen zu trösten, flüstert man herum: Keine Sorge! Nur die Uebergangszeit kann schwierig werden. Kommt aber Danzig zum Reich, dann folgt in kürzester Zeit Pommerellen nach. Dann werden wir in Danzig zur grossen Provinz Westpreussen gehören und eine noch grössere Rolle spielen als bisher. Es wird dann sicher sogar Beförderungsmöglichkeiten geben.

Uebrigens ist die Ankündigung, dass der "Anschluss" Westpreussens dem Anschluss Danzigs auf dem Fuss folgen werde, auch ein Mittel zur Bekämpfung der Gegnerschaft gegen den "Anschluss" Danzigs überhaupt. Man hört jetzt auch schon in Beamten- und Angestelltenkreisen, sogar dann und wann in den Fabriken, darüber sprechen, dass Westpreussen viel von dem Hinterland, das Danzig bei einem Anschluss verliert, zurückbringen könne. In Westpreussen werde es dann so viel Betätigungsmöglichkeiten geben, dass man sich nicht werde zu beklagen brauchen. Vor allem sei doch ganz klar, dass die Polen aus Westpreussen zu einem grossen Teil herausgeschmissen würden, so dass dort genug Platz für die Danziger frei würde.

b) Die militärischen Vorbereitungen

Die deutschen militärischen Vorbereitungen in Danzig, über die wir bereits im Vormonat (Heft 5/1939, Seite A 3) berichtet haben, sind in den letzten Wochen fieberhaft gesteigert worden. Am 3. Juli hat hier Senat durch eine Verordnung die allgemeine Dienstpflicht für alle Danziger Männer und Frauen eingeführt, die offenbar wie in Deutschland in erster Linie zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Befestigungsarbeiten dienen soll. Bemerkenswert ist, dass in starkem Masse SS und SA zu den militärischen Vorbereitungen herangezogen werden. Im Übrigen entnehmen wir unseren Berichten:

1. Bericht: Am 9. Juni sind besonders dazu ausgesuchte Bauunternehmer unter dem Vorsitz des Senatvizepräsidenten Huth zusammengerufen worden, um die Arbeiten für 120 Holzbaracken zu vergeben, die bei Straschin-Prangschin und zwischen Matzkau und Schönfeld, die bei Straschin-Prangschin Höhe, in grösster Eile gebaut werden und alles im Kreis Danziger Höhe, in grösster Eile gebaut werden sollen. Allen Teilnehmern dieser Sitzung wurde strengstes Stillschweigen auferlegt. Eine Anzahl von Zimmerleuten, die auf privaten oder sogar auf staatlichen Bauten beschäftigt waren, sind von diesen Arbeiten fortgenommen und auf die Danziger Höhe gebracht und dort beim Bau dieser Baracken eingesetzt worden. Allen Beteiligten ist gesagt worden, dass schnelle Arbeit geleistet werden müsse.

Mitte Juni herum sind vom Landesarbeitsamt in Danzig 800 Danziger Maurer, Zimmerleute und Betonarbeiter, die im Reich arbeiten, sofort zurückbeordert worden. Sie sollen zu Befestigungsarbeiten im Kreis Danziger Höhe herangezogen werden. Ferner wird zurzeit eine Liste von weiteren 3.000 Danziger Arbeitern aller Kategorien, die im Reich arbeiten, fertiggestellt. Auch diese Arbeiter sollen zum kürzesten Termin nach Danzig zurückberufen werden. Bei diesen 3.000 Arbeitern wird darauf geachtet, dass es sich ausschliesslich um militärverwendungsfähige Mannschaften handelt. Diese Arbeiter sollen bei dem Bau der Befestigungsanlagen Verwendung finden, die an der gleichen Stelle, wo die Baracken stehen, angelegt werden sollen. Es handelt sich dabei um die Fortsetzung der ostpreussischen Befestigungslinie, die bei Marienburg bis an die Freistaatgrenze reicht.

Das Danziger staatliche Tiefbauamt ist zur Zeit fieberhaft mit Vorbereitungen für den Bau einer strategischen Strasse von Tiegenhof, Kreis Grosses Werder, nach Einlage an der ostpreussischen Grenze bei Elbing beschäftigt. Mit dem Bau der Strasse soll sofort begonnen werden.

Die grosse Jugendherberge, die in Danzig auf dem Bischofsberg errichtet wird, geht jetzt ihrer Vollendung entgegen. Es bestätigt sich, dass es sich bei diesem Gebäude in Wahrheit um eine Kaserne handelt. Die Jugendherberge ist ausserordentlich massiv gebaut. Die Mauern in den Kellergeschossen sind 7 1/2 Steine stark. Der Weg zur Jugendherberge wird jetzt bis zur früheren Artilleriekaserne, die ebenfalls auf dem Bischofsberg gelegen ist, geplant. In der Kaserne sind seit dem Kriege Notwohnungen eingerichtet. Alle Mieter sind jetzt gekündigt worden. In der Jugendherberge dürften zwei Bataillone untergebracht werden können. In der alten Kaserne ein Bataillon.

Danziger Arbeiter, die von Ostpreussen zurückkommen, erzählen von einer fieberhaften Tätigkeit grosser Arbeitermassen beim Bau der Befestigungsanlagen im Süden Ostpreussens. An dem Bau dieser Befestigungsanlagen sind sehr viele Arbeiter aus dem Reich und übrigens auch Tschechen aus Böhmen und Mähren beschäftigt. Auch eine Gruppe von tausend Danziger, die sich "freiwillig" zum reichsdeutschen Arbeitsdienst gemeldet hat, ist zu diesen Befestigungsarbeiten beordert. Die Nazis in Danzig geben sich Mühe, in Gesprächen die Auffassung zu verbreiten, dass die ostpreussischen Befestigungen noch weit besser seien als die an der deutschen Westgrenze.

Dass die in Danzig befindlichen halb-militärischen Naziorganisationen über grosse Mengen von Waffen verfügen, ist kein Geheimnis mehr. Weniger bekannt ist, dass ein grosser Teil der der

SA und SS angehörenden Leute auch Waffen in ihren Privatwohnungen hat. Neulich passierte in der Wohnung eines SA-Mannes mit Namen Schlagowski auf der Pfefferstraße in Danzig ein Unglücksfall. Wie die Nazipresse berichtete, sollte eine Gewehrpatrone explodiert sein, wobei die Frau des Schlagowski getötet wurde. Schlagowski selbst hat daraufhin Selbstmord begangen. In Wirklichkeit handelt es sich aber um die Explosion einer Handgranate, von denen Schlagowski mehrere im Hause hatte.

Auch in Marienburg und Elbing sind die SA- und SS-Leute mit allen erforderlichen Waffen ausgerüstet. Ein Marienburger SA-Mann sagte zu einem Danziger Bekannten, der Sorgen wegen eines Krieges mit Polen äusserte: "Machen Sie sich keine Sorge. Wir verfügen über alle Waffen, die notwendig sind, und in einer halben Stunde können wir in Danzig sein." Der Mann erklärte auch, dass alle Elbinger und Marienburger Mannschaften für das Danziger Unternehmen bereits heute genau eingeteilt und im Besitz genauer Anweisungen für den Fall ihres Eingreifens seien.

2. Bericht: Der Barackenbau auf der Danziger Höhe längs der polnischen Grenze wird Anfang Juli beendet sein. Beim Gut Matzkau sind einige Baracken bereits fertiggestellt. Noch fehlt allerdings die Inneneinrichtung. In der Gegend von Matzkau und Schönfeld arbeiten im ganzen etwa 500 Zimmerleute und sonstige Bauarbeiter. Jetzt sind noch sechs weitere Baracken für Kleschkau in Auftrag gegeben. Im ganzen dürfte es sich um etwa 120 Baracken handeln.

Aus sehr guter Quelle wissen wir, dass zum Juli eine Standarte Berufs-SS nach Danzig kommen und die neugebauten Baracken zum Teil beziehen soll. (Eine Standarte sind etwa 4.000 Mann). Die Leute sollen aber nicht SS-Uniformen tragen, sondern Uniformen des Danziger Arbeitsdiensts. Ausser diesen SS-Leuten wird wahrscheinlich in diesen Baracken zum Teil auch das neuzubildende sogenannte Danziger Freikorps untergebracht werden. Dieses Freikorps soll nur aus Danzigern gebildet werden. Wahrscheinlich wird es aber eine Kombination von Danziger und reichsdeutschen Formationen darstellen.

Vom Senat sowohl als auch von den Parteiformationen sind in der zweiten Hälfte Juni an die Handwerksmeister und an Fabriken in Danzig zahlreiche Gegenstände für Heereszwecke in Auftrag gegeben worden, so unter anderem Polizei- und Arbeitsdienstuniformen, Drillichzeug, Matratzen, Betten, Schränke und Pferdegeschirre. Für alle Lieferungen sind sehr kurze Liefertermine gestellt und Konventionalstrafen bei Nichteinhaltung dieser Termine vorgesehen. So müssen die Schneidermeister die Uniformen bis zum 30. August dieses Jahres geliefert haben.

Es ist ferner bekannt geworden, dass der Senat von den Danziger Bauern rund 800 Pferde gekauft hat.

Bei Einlage an der Nogat, an der ostpreussischen Grenze, von wo aus die Chaussee Elbing-Danzig auf der Strecke Einlage-Tiegenhof verbreitert und verbessert werden soll, wird jetzt auch der Bau einer neuen Schiffsbrücke über die Nogat in Angriff genommen. Zu diesem Zweck werden weitere im Reich arbeitende Danziger nach Danzig zurückberufen werden.

3. Bericht: Die grosse Danziger Wiesenkaserno wird in den ersten Tagen des Juli geräumt werden. Seit dem 24. Juni liegen dort bereits 300 Mann von den SS-Totenkopf-Verbänden. Diese Leute erzählen, dass sie aus Memel kämen. Sie seien in Oesterreich, in Sudetenland, in Böhmen und auch in Memel mit dabei gewesen, und sie seien sicher, dass sie zu ähnlichen Zwecken auch in Danzig eingetroffen seien.

Eine weitere Gruppe von SS-Totenkopf-Verbänden ist am Montag, den 26. in Danzig eingetroffen, wie es heisst, aus Stettin. Es soll sich um 1.800 Mann handeln, jedoch erscheint mir diese Zahl zu hoch gegriffen. Diese Leute sind an verschiedenen Stellen untergebracht worden, meist in den Kasematten auf dem Bischofsberg an der neuen Jugendherberge und in der benachbarten alten Artilleriekaserno, die zum Teil geräumt ist. Zum Teil liegen diese Leute aber auch bereits in den neugebauten Baracken bei Matzkau im Kreise Danziger Höhe.

Das Zwangsarbeitslager Lehberg bei Danzig soll in nächster Zeit wesentlich vergrössert werden und ebenfalls zur Unterbringung von Truppen dienen. Ebenso soll die frühere Kriegsschule, die bis jetzt zur Unterbringung der grössten Abteilungen des Landessteueramts diente, in nächster Zeit geräumt werden, weil sie für militärische Zwecke gebraucht werde.

Alle Danziger Studenten der Technischen Hochschule haben die Anweisung erhalten, nicht in Urlaub zu fahren, weil jeder Mann in Danzig gebraucht würde. Auch ist ihnen gesagt worden, sie sollten sich in ihren Wohnungen und Privatquartieren so einrichten, dass sie noch Kollegen aus dem Reich bei sich aufnehmen können. In vier bis fünf Wochen sei das Schicksal Danzigs entschieden, und für diese Entscheidung werde jede Kraft gebraucht.

In letzter Zeit sind wieder zahlreiche Waffen, viel Munition und sogar Geschütze bei Dubbshaken über die ostpreussische Grenze nach Danzig geschmuggelt worden.

Die Ginsterberge hinter dem Jäschkentaler Wald bei Danzig sind in den letzten Tagen vermessen worden. Daran war SS beteiligt.

4. Bericht: In der zweiten Hälfte Juni sind in Danzig zahlreiche Einberufungen erfolgt, die bis heute anhalten. Es handelt sich fast ausschliesslich um junge Männer, die das dienstpflichtige Alter haben. Die Leute werden zu einer 8 Wochen dauernden Ausbildungszeit eingezogen und meist nach Mitteldeutschland, Sachsen, aber auch -wie es früher gang und gäbe war- nach Ostpreussen geschickt. Die Leute erhalten Gestellungsbefehle auf Grund des Polizeidienstpflichtgesetzes der Freien Stadt Danzig. Es wird ihnen dann aber von vornherein gesagt, dass sie nach Deutschland kommen, später nach der militärischen Ausbildung in Deutschland aber in Danzig in die Polizei oder in den Arbeitsdienst einzutreten haben. Das Wort "Freikorps" wird dabei meist vermieden. Ohne Zweifel handelt es sich aber bei all diesen Unternehmungen immer um ein und dasselbe, jedenfalls um die Schaffung einer ständigen militärischen Garnison in Danzig.

Die militärischen Untersuchungen finden meist in den SS-Lokalen statt. Hierhin werden auch zahlreiche junge Leute vom Lande zur Untersuchung gebracht. Die Rekruten werden nach ihrer Einberufung in Lastautos nach Marienburg transportiert. An einem einzigen Tage sind beispielsweise 30 solcher Lastautos mit Einberufenen nach Marienburg abgegangen.

Die Danziger Handelskammer hat in der zweiten Hälfte des Juni alle Grossisten der Kolonialwarenbranche veranlasst, Vorratseinkäufe zu tätigen, wie es heisst, damit für den Eventualfall einer vorübergehenden Abschneidung Danzigs von Polen keine Stockung in der Lebensmittelzufuhr eintrete. Den Grossisten ist gesagt worden, dass für den Fall, dass sich diese Lebensmitteleinkäufe als unnötig erweisen würden, die Lebensmittel nicht zu verderben brauchten, da Deutschland sie gern abnehmen werde. Die staatlichen Wirtschaftsverbände haben auch Rundschreiben ähnlichen Inhalts an sämtliche Branchen versandt. So ist u. a. angeordnet worden, dass das ganze Kaffee-Kontingent für das laufende Jahr schon jetzt eingekauft wird. Erforderlichenfalls soll die Bank von Danzig in ausreichendem Masse Kredit gewähren.

Viele Kasematten, vor allem die Petershagener, die verschiedenen Gliederungen der Partei schon seit langer Zeit als Heime und Übungslokale dienten, sind jetzt geschlossen worden, weil sie mit Lebensmittelkonserven vollgepackt sind.

2) Oberschlesien

Neben Danzig ist Oberschlesien der wichtigste Schauplatz der Aktion Deutschlands gegen Polen. Hier ist der Hauptsitz der polnischen Minderheit in Deutschland und dieses Gebiet hat ebenso grosse strategische Bedeutung wie Danzig und der Korridor. Ähnlich wie auf Danzig konzentrieren sich daher auch auf Oberschlesien die propagandistischen und militärischen Vorbereitungen des Regimes.

Ueber die antipolnische Propaganda in Oberschlesien wird uns berichtet:

In der Presse und in den Versammlungen wird Polen beschuldigt, dass es unter Führung Englands zu einem Kriege gegen Deutschland hetze. Täglich, so heisst es bei jeder Gelegenheit, kämen hunderte von Flüchtlingen über die Grenze, die vor dem polnischen Terror ihre Heimat verlassen mussten. Die deutsche Minderheit in Polen sei vogelfrei.

Diese angeblichen Deutschenverfolgungen in Polen dienen den Nazis zum Vorwand, um auch die letzten Keime polnischer Gesinnung auf deutschem Boden auszurotten. Die Ueberwachung in den Betrieben ist noch verschärft worden. Wer sich bei Unterhaltungen der polnischen Sprache bedient, soll sofort dem Vertrauensrat gemeldet werden, damit seine Entlassung durchgeführt werden kann.

Oft wird davon gesprochen, dass schon in den nächsten Tagen mit der Schliessung der Grenze nach Polen gerechnet werden muss. Wer sich als Deutscher fühle, der täte gut daran, sich noch rechtzeitig nach Deutschland in Sicherheit zu bringen. Deutschland nehme ohne Unterschied alle Volksgenossen zur Arbeit auf.

Immer wieder neue Demonstrationen gegen Polen finden statt. Anlässlich der Sonnenwendfeier, die SA-, Hitlerjugend und der Bund deutscher Osten unter Teilnahme starker Polizeiabteilungen

in Hindenburg, auf der Sandbahn zwischen Delbrückschacht und Luisengrube veranstaltet haben, errichtete man auf dem an sich schon hoch gelegenen Fahrdamm einen hohen Holzstoss, der weit in Polen sichtbar sein sollte. Die Reden, die beim Sonnenwendfeuer von dem Führer des Bundes Deutscher Osten, Gottschalk, und dem neuen Kreisleiter Schwedter gehalten wurden, waren scharf gegen Polen gerichtet. Die Flammen seien eine Mahnung für die deutschen Brüder in Polen, dass ihre Befreiungsstunde nun bald kommen werde. Lange genug habe, so erklärte Schwedter, Deutschland Geduld geübt, jetzt sei die Stunde gekommen, wo unter Adolf Hitler alle Deutschen wieder vereinigt werden müssen.

In Beuthen veranstaltete die SA am Sonntag, den 25. Juni, eine Kundgebung, die von der Bevölkerung nur wenig beachtet wurde, aber die Hitlerjugend in Massen angezogen hatte. Man führte durch die Strassen drei angebliche polnische Deserteure, barfuß in abgerissenen Uniformen, sehr abgemagert, um so zu beweisen, welch geringe militärische Kraft Polen darstelle, wenn alle seine Soldaten so aussehen und obendrein froh sind, wenn sie nach Deutschland fliehen könnten. Die Kundgebung wirkte lächerlich, es fehlte nicht an bissigen Bemerkungen gegen die Nazis, die zu so abgeschmackten Agitationsmitteln gegen Polen griffen. Die meisten Zuschauer waren sich darüber klar, dass es sich hier um eine nationalsozialistische Mache handelte und dass die angeblichen polnischen Deserteure aus den Kreisen der SA gestellt worden waren.

Die Nazis haben in diesem Jahr alles in Bewegung gesetzt, um die katholische Kundgebung auf dem St. Annaberg zu verhindern oder wenigstens in ihrer Wirkung so weit wie möglich zu beeinträchtigen. Man veranstaltete zur gleichen Zeit ein Sängertreffen auf dem St. Annaberg und zahlreiche Bergfeste der Fiskalischen Gruben im Industriegebiet. Ausserdem wurden keine Sonderzüge gestellt und auch Autobusse für diese Wallfahrt verweigert.

Trotzdem nahmen an dieser Wallfahrt mehr als 100.000 Menschen teil, die so zu einer Demonstration gegen das Regime wurde. Rauschender Beifall erscholl, als der Prediger, ein Pater aus Carlowitz bei Breslau versicherte, dass es nicht gelingen werde, diese Wallfahrten zu hintertreiben. Gäbe es keine Verkehrsmittel, so blieben den Gläubigen noch die Füße übrig und man werde den schwersten Weg nicht scheuen, um sich doch an der Gottesstätte zusammenzufinden.

Die Nazis sorgten selbst dafür, die Wallfahrt zu einer polnischen Demonstration zu machen. Sie hatten die Passionsstationen mit Aufschriften versehen wie: "Deutsche, betet deutsch!" und die polnischen Aufschriften auf den Passionsbildern verschmiert, so dass nur der deutsche Text lesbar blieb.

Seit langem hatten die Nazis daraufhin gearbeitet, die allgemeine Volkszählung vom 17. Mai zu einer Art Volksabstimmung über die Volkzugehörigkeit der oberschlesischen Bevölkerung zu machen. (vgl. hierüber auch Heft 4/1939, Seite A 7 ff.) Die Propaganda, die zu diesem Zweck veranstaltet wurde, ging vor allem darauf aus, auch die polnisch sprechenden Bevölkerungsteile dazu zu veranlassen, bei der Volkszählung in der Rubrik "Volkzugehörigkeit" sich als

deutsch bezeichnen. Zu diesem Zweck wurde eine neue "oberschlesische Mundart" geschaffen, die etwas ganz anderes sei als polnisch! Auf Seite A 12 geben wir ein bezeichnendes Flugblatt des Bundes Deutscher Osten im Original wieder.

Hierzu wird uns berichtet:

Der Terror der enlässlich der Volks- und Berufszählung von den Nazi-Amtswaltern, ja selbst von einigen Betriebsführern gegen Angehörige der polnischen Minderheit betrieben wurde, hat den Nazis eher geschadet als genützt. Man nennt schon heute, obgleich die Ergebnisse noch nicht bekannt sind, diese Volkszählung eine offensichtliche Fälschung, genau wie die politischen Abstimmungen.

Vor allem hat sich das System selbst dadurch geschädigt, dass es in seiner Agitation den Versuch machte, aus dem oberschlesischen Polnisch einen deutschen Dialekt zu machen. Mit allen nur erdenklichen Mitteln wurde zu beweisen versucht, dass, wer auch "oberschlesisch" spricht, nicht polnisch, sondern "oberschlesisch" einzutragen habe, und dass er nebenbei deutsch spreche und verstehe, müsse unterstrichen werden, wenn man nicht als Staatsfeind gelten wolle.

In den Betrieben machen sich jetzt die Arbeiter über dieses "Oberschlesisch" lustig. Auf den Delbrückschächten wurde dieser Tage im Badehaus eine Gruppe von Arbeitern vom Amtsleiter angefahren, warum sie sich der polnischen Sprache bedienen. Darauf erhielt er die Antwort: Was willst Du, dass ist doch "oberschlesisch" und das ist nicht verboten. Wenn Du das nicht im Radio gehört hast, dann bringen wir Dir morgen die Flugblätter". Auf der Donnermarkthütte unterhielten sich während einer Arbeitspause einige Arbeiter polnisch. Der Betriebschef untersagte ihnen das und fügte hinzu: "Kommt mir bloss nicht damit, dass das "oberschlesisch" uns hier gestattet sei. Das gabs bis zur Volkszählung, heute ist das "polnisch" und wer es anwendet, der ist eben kein Deutscher".

Vor der Volkszählung sind eine Reihe von bekannten Arbeitern, die als Angehörige der polnischen Minderheit gelten, im Beisein des Vertrauensrats vom Betriebsführer ermahnt worden, zu verstehen, dass sie, um sich und dem Betrieb weitere Schwierigkeiten zu ersparen, soviel Einsicht haben müssten, sich zum Deutschtum zu bekennen. Komme es heraus, dass sie als Volkszugehörigkeit polnisch angegeben hätten, so könne weder die Betriebsleitung noch der Vertrauensmann sie vor einer Entlassung schützen. So auf der Redenhütte und in den Deichselwerken in Hindenburg, auf fast allen Grubenanlagen der Preussag und sogar in den Hultschinskiwerken in Gleiwitz, die man längst als von polnischen Elementen gesäubert hingestellt hat, ferner in den Hegenscheidtwerken in Ratibor, auf der Hohenzollerngrube bei Beuthen, auf Abwehrschacht bei Klausberg und auf der Hedwigswunschgrube bei Borsigwerk.

Aus den Landgegenden um Oppeln und Rosenberg-Kreuzburg wird berichtet, dass bei polnischen Minderheitsangehörigen die Amtsleiter des Bundes Deutscher Osten, ohne die betreffenden Leute zu befragen, als Muttersprache einfach deutsch hingeschrieben haben. Nur wenn die Leute gegen diese Angabe protestierten, bequemen sich die "Volkszähler" dazu, noch hinzuzusetzen, und zwar nur in

Durchlesen und weitergeben

Polenbund droht mit deutschen Gefängnissen

Die polnische Propaganda behauptet in ihren Flugzetteln zu Ver. am 17. Mai folgende wunden Volkszählung, daß jeder, der einmal mit seinen Eltern „polnisch“ gesprochen hat, damit endgültig die polnische Muttersprache habe, für immer ein Pole sein müsse und sich damit auch zum polnischen Volkstum bekennen müsse. Die polnische Propaganda in ihren Massen von Flugzetteln, die nicht in Schlesien und von Schlesiern hergestellt sind, wagt es, indem, der dies nicht tut, mit — deutschen Gefängnissen und hohen Geldstrafen zu drohen.

Das ist eine freche Lüge der polnischen Propaganda!

Wir stellen fest:

1. Die obereschlesische Mundart ist nicht dasselbe wie „polnisch“!
2. Diejenigen von uns, die in dieser Sprache mit ihren Eltern sprechen oder wachsen, bekennen sich zum deutschen Volkstum und werden das den Polen niemals der Grenzen beweisen. Sie werden bei der Volkszählung unter der Rubrik 10: **Volkszugehörigkeit: „Deutsch“** schreiben!
3. Diejenigen von uns Oberschlesiern, die von seiten irgendwelcher Mitglieder des Polenbundes oder anderer Spitzeln beschuldigt oder genötigt werden, „polnisch“ bei der Volkszugehörigkeit zu schreiben, wenn sie sich Deutsche fühlen und zum großen deutschen Volke zugehörig betrachten, sollen sofort jeden solchen Versuch mit Zeugen schriftlich anzeigen.

Oberschlesier, die ihr Euch zum deutschen Volk zugehörig fühlt, man versucht, Euch sogar diesseits der Reichsgrenzen Eure deutsches Volkstumbewusstsein zu nehmen. Weht ihnen die Quittung dafür am 17. Mai!

Deutsch ist Eure Volkszugehörigkeit!

**Bund Deutscher Osten
Landesgruppe Schlesien**

Klammern, "oberschlesisch". Polnisch als Muttersprache hinzuschreiben, wurde in 95 von 100 Fällen abgelehnt und dem Betreffenden anheimgestellt, sich bei der Gestapo darüber zu beschweren.

Zur antipolnischen Propaganda gehört auch die Werbung für die Namensänderung unter den Leuten mit polnisch klingendem Namen. Zur Unterstützung dieser Werbung dient ein amtliches Antragsformular, das wir auf den Seiten A 14 und 15 im Original wiedergeben. Die Namensänderung ist gebührenfrei und das Formular ist darauf abgestellt, dass immer ganze Familien dazu veranlasst werden, sich dem Antrag auf Namensänderung anzuschliessen.

Diese antipolnische Propaganda ist nicht ohne Wirkung auf die breite Masse geblieben. So wird uns berichtet:

Es muss zuvor zur Ehre der Arbeiterschaft des Industriegebiets gesagt werden, dass sich selbst SA-Leute nicht zu Denunziationen wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache im Betriebe hergeben. Aber man hat mit der polnischen Agitation doch eines erreicht: die polnische Presse ist so ziemlich aus den Arbeiterkreisen verschwunden. Und noch eine Tatsache muss verzeichnet werden. Die sogenannten "Flüchtlinge" aus Polen finden da und dort bei Arbeitern, die zwar nicht Nazis, aber doch national eingestellt sind, mit ihrer Behauptung Glauben, dass die Polen die deutsche Minderheit ausrotten wollen. Auf die Dauer besteht immerhin die Gefahr, dass grosse Teile der Arbeiterschaft, die sowohl der antideutschen, wie auch der antipolnischen Hetze gelassen gegenüberstehen, weil sie in beiden Teilen nur Auswüchse des Uebernationalismus sehen, schliesslich doch zu Polenfeinden werden.

Was Danzig betrifft, so herrscht zweifellos die Ansicht vor, dass in Danzig nur Deutschland zu bestimmen hat. Man verweist darauf, dass ja nur im Gewaltfrieden von Versailles Polen in Danzig Rechte zugewilligt wurden, auf die es in keiner Hinsicht Anspruch erheben kann. Danzig sei eine deutsche Stadt und müsse eben deutsch werden. Man darf nicht übersehen, dass, wenn von Danzig und vom Versailler Vertrag gesprochen wird, sofort auch die Abstimmungskämpfe mit all den bitteren Erinnerungen auftauchen, und dies ist zweifellos ein Umstand, aus dem die Naziagitiation gegen Polen noch sehr viel herauszuholen vermag.

Nur die wenigsten Menschen vermögen zu unterscheiden, dass es hier um ganz andere politische Dinge geht, als nur um Danzig oder die an Polen verlorenen Gebiete.

Unsere Freunde betonen immer wieder, dass die gegenwärtige deutsch-polnische Spannung viel dazu beiträgt, um dem System noch immer Kreise zu erhalten, die sonst in den Reihen seiner Gegner ständen. Und man verweist immer von neuem auf die Gefahr, dass, wenn es zu einem Kriege kommen sollte, breite Massen gegen Polen gewonnen werden können.

Wo die Propaganda sich als unzulänglich erweist, setzt der Terror ein. Wir entnehmen darüber den vorliegenden Berichten:

Mit der Namensänderung meines Ehemannes erkläre ich mich einverstanden und schließe mich dem Antrage an.

..... als Ehefrau.

Mit der Namensänderung unseres Sohnes erklären wir uns einverstanden.

..... als Vater.

..... als Mutter.

Nichtzutreffendes ist zu streichen

Mit der Namensänderung unseres Bruders erklären wir uns einverstanden und (schließen uns dem Antrage an).

.....,den

..... als Bruder.

..... als Bruder.

..... als Bruder.

..... als Bruder.

..... als Schwester.

..... als Schwester.

..... als Schwester.

..... als Schwester.

Mit der Namensänderung unseres Vaters erklären wir uns einverstanden und (schließen uns dem Antrage an).

.....,den

..... als Sohn.

..... als Sohn.

..... als Sohn.

..... als Sohn.

..... als Tochter.

..... als Tochter.

..... als Tochter.

..... als Tochter.

Meine Eltern sind verstorben. Geschwister sind nicht vorhanden.

.....,den

.....
(Unterschrift des Antragstellers.)

) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Der Volkszählung, bei der es den Nazis darauf ankam, möglichst viel Polen zu Deutschen zu stempeln, ging eine wüste Hetze gegen Polen voraus. Eine Reihe polnischer Organisationen im Oppelner und Ratiborer Kreis wurde in ihrer Tätigkeit lahmgelegt. Alle Flugblätter des Polenbundes wurden noch vor ihrer Verteilung beschlagnahmt. Eine Reihe namhafter Funktionäre der polnischen Minderheit ausgesiedelt oder aus dem Grenzstreifen verwiesen, andere wieder einem solchen Terror ausgesetzt, dass sie es vorzogen, sich während dieser Zeit nach Polen zu begeben. Es folgten Verbote von polnischen Theatervorstellungen, Feiern von polnischen Vereinen, wie der "Polnischen Gesellschaft" in Ratibor anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens. In Klausberg ist es offenes Geheimnis, dass der dortige Leiter des Bundes Deutscher Osten Gelder dafür gezahlt hat, dass ihm Leute namhaft gemacht wurden, die sich des Polnischen in ihrem Haushalt bedienen. Diese Leute wurden dann vor der Volkszählung von Naziamtsleitern aufgesucht, um ihnen befreiflich zu machen, dass sie sofort aus Deutschland ausgewiesen werden, wenn sie es wagen sollten, sich zum Polentum zu bekennen.

Neben der Schliessung zahlreicher Lokalorganisationen in den Landkreisen Oppeln, Gross-Strehlitz, Rosenberg-Kreuzburg, kam es am 9. Juni zur gewaltsamen Uebernahme des "Polnischen Volkshauses" in Ratibor. In diesem "Polnischen Volkshaus" waren alle Minderheitsorganisationen konzentriert. Die Kreisbibliothek, die Zweigstelle des Polenbundes, wurde geschlossen und alle Akten beschlagnahmt. Das Polnische Volkshaus war ferner der Sitz aller Kulturorganisationen. Ferner gehörte dazu ein Sportplatz, der einzige in weiter Umgebung für die polnischen Sportler.

Die Nazis sind natürlich mit der Schliessung des "Polnischen Volkshauses" durchaus einverstanden. Anders beurteilt man diesen Schlag gegen die polnische Minderheit in Arbeiterkreisen. In diesen Kreisen ist man der Auffassung, dass diese Aktion eine jener Provokationen ist, die Polen zu Vergeltungsmassnahmen hinreissen soll, so dass sich Hitler eine Gelegenheit zum Angriff auf Polen bietet.

In Borsigwerk bei Beuthen sind im Arbeiterheim und in den Baracken gegen 300 Flüchtlinge aus Polen mit ihren Familien untergebracht. Hier kam es am 8. Juni zu Zwischenfällen. Die aus Polnisch-Oberschlesien stammenden Flüchtlinge veranstalteten ein Zechgelage, wobei es ziemlich laut zuging und die polnische Sprache überwog. Schliesslich kam es zwischen den Flüchtlingen zu einer Schlägerei, weil ein Teil von ihnen in "gehobener Stimmung" das polnische Nationallied "Noch ist Polen nicht verloren" gesungen hatte. Man verständigte zunächst die SA, welche mit dem Ueberfallkommando erschien und gegen 20 Verhaftungen vornahm. Am nächsten Tage erschien die Gestapo und nahm weitere Verhaftungen vor. Bis zur Stunde sind die Verhafteten bis auf 15 Personen wieder freigelassen worden, doch soll das Lager aufgehoben und in den Gross-Strehlitzer Kreis verlegt werden. Die 15 Verhafteten sind nach Oppeln überstellt worden und sollen in ein Konzentrationslager kommen. Ihre Familien sind am gleichen Tage nach dem Flüchtlingslager Gogolin gebracht worden.

Auf der "Königin Luisengrube" in Hindenburg, die der Preussag gehört, entdeckte man auf einer Tafel die Anschrift: "Es lebe Polen!" Die Gestapo verhaftete mehrere Arbeiter, von denen 8 in Haft behalten wurden. Unter den Arbeitern ist man der Ansicht,

dass diese Anschrift von der SA selbst stammt, um damit die Möglichkeit zu schaffen, auf dieser Grube, auf der untertags nur noch "Oberschlesisch" gesprochen wird, ein Exempel statuieren zu können.

Auch an der polnisch-oberschlesischen Grenze nehmen die militärischen Vorbereitungen ihren Fortgang. In einem Bericht heisst es darüber u.a.:

In den letzten Tagen sind 7 Schnell- bzw. Eilzuglinien eingestellt worden, weil -so sagt man- die Eisenbahnstrecken für Truppenverschiebungen freigehalten werden müssen. Es wird allerdings auch die Auffassung vertreten, dass die Einstellung dieser Züge erfolgt sei, weil der Personenverkehr in diesem Gebiet sehr zurückgegangen sei. Tatsache ist jedenfalls, dass Truppentransporte in einem Umfang vor sich gehen, als wenn man bereits im Kriege wäre. Die Truppen kommen aus dem Protektorat und werden durch das Industriegebiet in die Landgegenden entlang der polnischen Grenze transportiert, wo ohne Ausnahme alle Schulgebäude und Gasthaussäle mit Militär belegt sind. Die Truppen werden in der Regel nach wenigen Tagen wieder abgelöst und durch neue Formationen ersetzt. Gleichzeitig werden die Befestigungsarbeiten an der Grenze fortgeführt, wozu letzthin auch der Arbeitsdienst eingesetzt wurde.

Hinzukommen militärische Massnahmen in den Industriebetrieben, die nahe der polnisch-deutschen Grenze liegen. Das Oberschlesische Elektrizitätswerk Hindenburg erhielt eine Vernebelungsanlage.

Um den 24. bis 26. Juni sind alle Urlauber aus den ober-schlesischen Garnisonen zurückgerufen worden.

3) Die deutsche Propaganda

Neben der Gewalt ist es bisher vor allem die Propaganda gewesen, der das Regime seine inneren und äusseren Erfolge, aber auch seinen Bestand schlechthin verdankt. Dieser Propaganda kommt in der gegenwärtigen Situation besondere Bedeutung zu. Die Propaganda als Mittel der Kriegsvorbereitung spielt in Deutschland eine gefährliche Rolle, gefährlich nicht nur für die Welt, sondern auch für das Regime selbst. Ein politisches System, das die Lüge zur Staatsmaxime erhoben hat, kann dem Volke nicht die Wahrheit über die tatsächliche aussenpolitische Lage sagen. Ein Regime, das die propagandistische Masslosigkeit von Anbeginn an zum beherrschenden Mittel seines politischen Kampfes gemacht hat, kann in der Propaganda für seine aussenpolitischen Ziele kein Mass halten. Eine Regierungsform, deren Existenz davon abhängt, dass sie das beherrschte Volk, so gut es kann, von der Aussenwelt abschneidet, kann auf die

geistige Isolierung als Mittel der Kriegsvorbereitung nicht verzichten.

Die Gefahr dieser zwangsläufigen propagandistischen Fehlleitung für die Welt ist, dass das deutsche Volk zu einer ganz falschen Einschätzung der gegnerischen Absichten und der beiderseitigen Kräfteverhältnisse gelangt und so in einen Krieg hineintaumelt, in den es sich bei klarer Besinnung nicht hineintreiben liesse. Die Gefahr für das Regime ist, dass schliesslich die Wucht der Tatsachen doch das Lügengewebe zerreißen und das Volk den Betrug erkennen wird.

Wir versuchen anhand unserer Berichte, Wirkungen und Grenzen der deutschen Propaganda und der ausländischen Gegenpropaganda aufzuzeigen.

a) Einkreisung und Lebensraum

Die Gefährlichkeit der Nazi-Propaganda wird durch die bisherigen aussenpolitischen Erfolge des Regimes erhöht. Die sogenannte Logik der Tatsachen scheint zu beweisen: da bisher alles ohne Krieg erreicht worden ist, wird auch noch mehr auf diese Weise zu erreichen sein. Das schliesst allerdings nicht aus, dass Unsicherheit und Besorgnis bis weit in die Kreise der Nazis hinein herrscht.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Die Sicherheit, die die Nazis bezüglich ihrer Aussenpolitik vorzutäuschen versuchen, ist in Wirklichkeit nicht vorhanden. Deshalb das krampfhaft Bemühen, dem Volke Mut zu machen. So sucht man die englische Propaganda, die sich deutlich auszuwirken beginnt, entweder lächerlich zu machen, oder man sucht dem deutschen Volke klar zu machen, dass England eine falsche Rechnung macht, und dass es bald seinen Niedergang erleben wird. Insbesondere sagt man, die Engländer seien schuld daran, dass die Polen jetzt so frech seien. Nun würden die Polen was erleben und auch die Engländer würden die Augen aufmachen, wenn es erst einmal losginge. Die britischen Politiker hätten sich in letzter Zeit mehrmals verrechnet. Man brauche nur an Spanien zu erinnern.

Mit welchen Argumenten die Nazi-Propaganda arbeitet, zeigt anschaulich eine Rede, die ein Pg. Elsner von Gronau gelegentlich einer Versammlung der NSV in Düren hielt. Er sagte u.a.:

Die Eingliederung Böhmens und Mährens in den deutschen Raum und die Errichtung des Protektorats beweise, wie sehr der Führer alles richtig mache. Dem Führer sei es auch wirklich ernst mit der Befriedung des deutschen Raumes. Freileich müsse Deutschland sich gegen die Mächte schützen, die ihm seine Lebensrechte und die Entfaltung seiner völkischen Kraft nicht gönnen. Deutschland lasse sich durch das Kriegsgeschrei anderer Mächte nicht

aus der Fassung bringen. Es wisse, dass es in der Rüstung einen bedeutenden Vorsprung vor seinen Gegnern habe und es sei entschlossen, diesen Vorsprung zu bewahren. Daran ändere auch Amerika nichts. Die anderen Mächte könnten nicht in dem gleichen Masse und nicht von der gleichen Qualität wie Deutschland Kriegsmaterial herstellen. Nicht zuletzt an der Versorgung mit Kriegsmaterial müsse die englische Einkreisungspolitik scheitern. England könne den osteuropäischen Randstaaten zwar Garantieverprechungen geben; aber es könne sie weder mit Kriegsmaterial ausrüsten, so dass sie sich selbst verteidigen könnten, noch könne es sie wirksam militärisch schützen. Der Lieferung von Kriegsmaterial aber und dem militärischen Schutz von Russland her stände die Angst vor dem Bolschewismus und die Feindschaft mit Russland entgegen. Militärische Ausrüstung und militärischen Schutz könnten die Randstaaten nur von Deutschland erhalten. Kein Gegner werde wagen, Deutschland anzugreifen, oder es zu einem Kriege zu zwingen. Denn man wisse, dass Deutschland unüberwindlich sei."

So sucht man ständig dem deutschen Volke seine Stärke gewissermassen nachzuweisen; denn die Zweifel sind gross. Der Mann auf der Strasse zählt die Gegner zusammen und erinnert sich des Weltkrieges. Da kann das Volk nicht des Sieges von vornherein sicher sein.

Die aus dem Ausland durchgesickerten Nachrichten, dass der Westwall Schlüderarbeit sei, dass Potemkinsche Dörfer errichtet worden seien, haben eine starke Wirkung gehabt. Die Mitteilungen erscheinen besonders glaubwürdig, weil z.B. in der Eifel und bei Aachen die Arbeiten nach der Besichtigung durch Hitler wieder in erhöhtem Umfange aufgenommen worden sind.

Jetzt wettert man allerorts gegen die "Lügenmeldungen", die durch englische und französische Sender und Zeitungen verbreitet werden. Es ist unmöglich, die ausländischen Radiosendungen zu übergehen; denn alle Welt hört sie. Und man hat den Eindruck, dass je mehr die deutsche Propaganda gegen die Meldungen des Auslandes wettert, desto mehr werden diese Meldungen vom Volke beachtet.

Im übrigen sucht man dem Volke klarzumachen, dass man mit einem langen Frieden rechnen könne. Man sagt offen und man flüstert es: die anderen werden sowohl im Falle Danzig, wie im Falle der Kolonien nachgeben. Dabei verweist man immer wieder darauf, wie sehr sich England und Frankreich seinerzeit zuerst in der sudetendeutschen Frage stark gemacht hätten, und wie man schliesslich nicht nur das Sudetengebiet habe von Adolf Hitler besetzen lassen, sondern schliesslich ganz Böhmen und Mähren. Deutschland könne an einen langen Frieden glauben, weil es militärisch nicht angegriffen werden könne.

Das Volk ist aber misstrauisch. Es hat zwar keine Argumente gegen diese Propaganda. Denn es scheint so, als ob die Nazis Recht hätten, weil bisher alles so gelaufen ist, wie Hitler es wollte. Aber man fragt sich, ob es immer so weitergehen werde.

2. Bericht: Was beabsichtigt Hitler? Wo wird er sein nächstes Opfer finden? Diese Frage beschäftigt das deutsche Volk und die Welt. Hin und wieder geben uns einige der Unterführer die Linie an, die von Hitler eingeschlagen werden soll, besonders wenn sie zu dem sogenannten "Führerkorps" sprechen. Der inzwischen zum

"Hauptdienstleiter" aufgerückte Staatsrat Rudolf Schmeer sprach in Aachen vor einem solchen Führerkorps der NSDAP und sagte dabei u.a.:

"Was steht noch bevor? Die Danziger Frage ist ungelöst. Wir wollen, wir müssen Kolonien haben. Mit Danzig taucht die Polenfrage auf. Es kann verhandelt, es kann auch eingekreist werden, aber einmal wird sich das Recht durchsetzen... Wir sind alle erstaunt gewesen über das grosszügige Angebot des Führers an die Polen. Ich habe mich allerdings gefreut, als die Polen ablehnten. Politisch sind wir heute viel stärker als früher. Die Lösung wird so oder so kommen. Es spielt keine Rolle, ob das in vierzehn Tagen oder in zwei Jahren geschieht. Das Recht ist bei uns. Und die anderen sollen sich ja nicht wundern, wenn wir einmal für uns sorgen wollen. Wenn die "Habenichtse" sich zusammenschliessen und besser schiessen können und die besseren Waffen haben, dann sind sie eine gefährliche Bande.

Wir können nicht ewig verzichten. Unsere Lebensfragen sind einmal die nach einer endgültigen wirtschaftlichen Sicherung und zum anderen die nach unseren endgültigen Reichsgrenzen. Die deutsche Frage ist eine europäische. Europa ist das Mutterland der weissen Rasse und damit das Mutterland eines jeden Kulturschöpfers dieser Erde. Wir haben das moralische Recht, nicht nur vor dem eigenen Volke, nicht nur vor unseren Nachkommen, sondern vor der ganzen weissen Rasse, die deutsche Frage endgültig zu lösen, um Europa zu sichern.."

Auf demselben Kreistag sprach auch der Gauleiter Grohé. Er sagte u.a.:

"Deutschland ist heute militärisch stärker denn je, stärker als irgend jemand in der Welt. Deshalb werde auch alle Hetze und Einkreisung erfolglos bleiben. Niemals werde Deutschland noch einmal in die Knie sinken. Die Westgrenze sei unüberwindlich. Nun werde auch die Ostgrenze befestigt. Im Süden grenze das befreundete Italien an Deutschland. Weiter das befreundete Jugoslawien, im Südosten Ungarn. Deutschland habe mit Dänemark einen Nichtangriffsvertrag geschlossen. Wo biete sich da einem Feinde die Möglichkeit, Deutschland anzugreifen. Die deutsche Flugwaffe sei zahlenmässig die grösste und die beste der Welt. Der deutsche Fliegergeist sei unübertroffen. In den Weltkrieg sei Deutschland unvorbereitet gegangen, dazu mit einer zielloosen Regierung. Heute sei es vorbereitet. Es habe einen Führer, der wisse, was er wolle. Deutschland sei auch ernährungspolitisch gerüstet. Daran ändere auch die zeitweilige Verknappung der Lebensmittel nichts. Kein Volk kleide und nähre sich im Durchschnitt so gut wie das deutsche. Das Volk könne mit gutem Mut in die Zukunft schauen und an einen langen Frieden glauben.

Deutschland sei aber nur solange gesichert, als es sich wehren könne. Die Forderungen Deutschlands an die Welt seien noch nicht alle erfüllt. Bei Danzig melde sich der Widerstand. Auch schiene England nicht bereit zu sein, Deutschland die ihm zustehenden Kolonien zurückzugeben. Deutschland werde aber von seinen Forderungen nicht ablassen. Danzig werde zurückkehren und auch seine Kolonien werde Deutschland wieder erhalten.

Deutschland sei nicht nur geographisch, sondern auch kulturpolitisch das Herz Europas und zahlenmässig das grösste Land

Europas. Trotzdem besässen die anderen Völker den grössten Teil der Erde. Wo bleibe da die Gerechtigkeit? .. Die Neuverteilung der Welt stehe bevor. Deutschland melde dazu schon heute seine Ansprüche an.."

So geht es landauf landab. Es sind meist keine neuen Töne, die man da vernimmt. Aber die Forderungen und vor allen Dingen die Auffassung, dass alle diese Forderungen erfüllt würden, werden mit einer Sicherheit und Selbstverständlichkeit dem Volke vorgebracht, dass diese Ansichten mehr und mehr auf das Volk übergehen. Man täusche sich nicht: Hier liegt der grösste Gefahrenherd, dass die Nazis und Hitler selber nicht mehr von diesen Dingen herunterkönnen. Es gehen aber auch Meinungen im Volke um, wonach die Naziredner, die natürlich von oben ihre Instruktionen bekommen, so reden könnten, weil die deutschen Forderungen schon im Geheimen von den Engländern zugestanden worden seien. Das Vertrauen zu England ist in unheimlicher Weise gesunken.

Südwestdeutschland: Die Rede von Lord Halifax ist im deutschen Volke kaum beachtet worden. Die Propaganda der deutschen Presse gegen England und gegen Polen, hat diese Rede gar nicht zur Geltung kommen lassen. Sie wurde einfach von der deutschen Propaganda erdrückt. Die Engländer müssen sich über das eine klar werden, dass dem deutschen Volke in seinem jetzigen Zustand ein göttliches Zureden absolut nicht imponiert. Eine solche Einstellung hiesse demnach die politische Intelligenz des Volkes gewaltig überschätzen. Es mag Kreise geben, in denen sanfte Reden Beachtung finden, in der breiten Masse aber sicher nicht. Wenn die Engländer aber z.B. rund heraus erklären, die geringste Aenderung an dem Zustand in Danzig, ist die Kriegserklärung, dann horcht die breite Masse auf, denn dann fürchtet sie den Kriegsausbruch.

Die Hetze gegen England ist zur Zeit so stark, dass ich überzeugt bin, wäre nicht der Gruss "Heil Hitler" amtlich eingeführt, dann würde sicher wie im Weltkrieg gegrüsst werden: "Gott strafe England". In allen Zeitungsartikeln, Karikaturen usw. ist es immer das "perfidie Albion", das angegriffen wird. Soweit überhaupt in den breiten Volkskreisen über England und Frankreich gesprochen wird, spricht man nur immer von der Angst, die diese beiden Nationen vor den Achsenmächten haben und dass sie nur deshalb die Hilfe Russlands suchen. Die Politik des Entgegenkommens hat also im deutschen Volke genau das Gegenteil dessen bewirkt, was offenbar beabsichtigt war. Es sind darum auch alle Reden, die sich gegen den Vorwurf der Einkreisung wenden, völlig in die Luft gesprochen, denn sie werden im deutschen Volke nur als Aeusserungen der Angst betrachtet. Wie wirr die Auffassungen im deutschen Volke sind, bezeugt am besten, dass man in den politisierenden Spiesserkreisen, und das ist immerhin die Masse des Volkes, völlig davon überzeugt ist, dass es bei Kriegsausbruch nicht nur in Russland sofort Revolution geben würde, sondern auch in Indien, in Aegypten, in Südafrika und ebenso in den französischen Kolonien. Die deutschen Pflanzler in Ost- und in Südwestafrika würden sofort gegen die Franzosen und Engländer aufstehen. Solche Auffassungen werden im Volke mit einer derartigen Selbstverständlichkeit vertreten, dass dagegen gar nicht aufzukommen ist.

Goebbels findet natürlich am meisten Anklang, insbesondere auch bei den Arbeitern, wenn er auf den Reichtum Englands und die Armut Italiens und Deutschlands aufmerksam macht. Die Platte ist

dann immer so etwa aufgezogen, dass der Mangel an Fleisch, Kaffee usw. nur daher kommt, dass uns die Kolonien, dass uns der notwendige Lebensraum genommen wurde und alles sofort anders wird, wenn wir wieder die Kolonien haben und den dazu noch notwendigen Lebensraum. Die Beeinflussung ist so stark, dass man gesagt bekommen kann: "Die werden uns die Kolonien noch auf dem Präsentierbrett darbieten!"

Eine besondere Rolle für die stimmungsmässige Beeinflussung des Volkes spielten in den letzten Wochen die Bündnisverhandlungen zwischen England und Russland. Auch hier gibt es grosse Unterschiede in der Beurteilung, aber es scheint doch, dass weite Kreise Russland als möglichen Kriegsgegner fürchten, naturgemäss im Osten noch mehr als im Westen. Der Versuch der Nazi-Propaganda, auch diese Verhandlungen zu bagatellisieren, widerspricht auch allzu deutlich der jahrelangen Übung, die bolschewistische Gefahr als Vorwand für die eigene Aufrüstung zu benutzen.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die Einschätzung Russlands als Bundesgenosse der Westmächte ist innerhalb der deutschen Bevölkerung natürlich recht verschieden. Auf einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung wirkt die Goebbelspropaganda, so dass dieser Teil keine grosse Gefahr von Russland fürchtet. Nach Ansicht dieser Leute gibt es in Russland sofort Revolution, wenn das Land in einen Krieg gerät.

In ernsteren Kreisen kann man aber eine wesentlich andere Einstellung zur russischen Frage feststellen. In einer Unterhaltung von Akademikern meinte einer mit Zustimmung der anderen: Wenn all die Meldungen über Erschiessungen, das Sterben in der Verbannung durch Hunger oder Seuchen usw., die dem deutschen Volke seit vielen Jahren immer wieder vorgesetzt werden, wahr wären, dann hätte Russland bald überhaupt keine Leute mehr. Es bestעה wohl die Möglichkeit, dass eine Schicht in Russland im Kriegsfall versuchen würde, das Regierungssystem zu ändern, aber -und ein Augenzwinkern machte den Sinn dieser Bemerkung deutlich- diese Möglichkeit bestehe vielleicht auch in anderen Ländern.

Je nach der Einstellung des Einzelnen wird auch der Kampfwert der russischen Armee recht unterschiedlich eingeschätzt.

Auf diesem Gebiet hat allerdings die Goebbelspropaganda eine Schlappe erlitten. Auch politisch Harmlose haben nachgerade den Widerspruch entdeckt, der in diesem Punkte in der deutschen Propaganda herrscht. Auf der einen Seite heisst es, dass alle Maschinen, Schiffe, Kanonen, Flugzeuge usw., die in Russland gebaut würden, nichts taugen, und auf der anderen Seite kann man immer wieder lesen, dass Russland ungeheuer aufrüste und deshalb auch Deutschland aufrüsten müsse.

Von einer Angst vor dem Bolschewismus, wie sie noch vor Jahren im Mittelstand weit verbreitet war, kann man in unserem Gebiet nicht mehr sprechen. Dafür kann man in den Kreisen der Handwerker und der kleinen Händler häufig die Redensart hören, dass sie (die Nazis) ja noch schlimmer vorgehen, als es die Bolschewisten tun würden.

Es kann auch keine Rede davon sein, dass ein Krieg gegen Russland in Deutschland populär wäre. Wohl kann man einzelne Stimmen hören, dass es notwendig wäre, die Ukraine zu bekommen. Aber ernstlich denkt heute kein Mensch mehr daran, im Gegensatz zum vergangenen Jahr, wo Vorstellungen über die Notwendigkeit, die Ukraine zu erobern, nicht selten waren.

Umgekehrt wird vielfach auch unter Durchschnittsbürgern die Auffassung geäußert, dass es Hitler schliesslich doch noch gelingen werde, Russland auf seine Seite zu ziehen. Besonders stark war dies zu verspüren, als in der letzten Woche durch Radiomeldungen mitgeteilt wurde, dass eine deutsche Wirtschaftskommission nach Russland reisen werde. Da blühte dann sofort die Meinung, dass diese Leute nur dahin gingen, um den Franzosen und den Engländern das Wasser abzugraben. Dass dahinter noch ein Bündnis militärischer Art stehen würde, war für diese Leute auch ganz sicher, denn dies könne man schon daraus merken, dass man in der letzten Zeit in den Zeitungen Stalin recht zurückhaltend und höflich beurteilt habe, während man ihn ja noch vor nicht allzu langer Zeit als Mörder hingestellt habe. Der deutsche Durchschnittsbürger fällt also auch heute noch auf jeden Schwindel prompt herein.

2. Bericht: Was die Einstellung gegenüber Russland betrifft, so glaube ich, dass die bisherige falsche Argumentation den Machthabern stark geschadet hat. Es bestand früher die Auffassung, dass die Russen rückständigere Menschen sind und die Behandlung der Kriegsgefangenen Russen, die immer einige Stufen schlechter war als die der Franzosen und Engländer, half noch, diese Auffassung besonders bei den älteren Leuten zu festigen. Nachdem man aber jahrelang bei jeder Gelegenheit auf die ungeheure Aufrüstung Russlands und auf die Ausrüstung der Armee mit ganz modernen Waffen hingewiesen hat, gilt heute für viele Menschen Russland als Machtfaktor und als eventueller Kriegsgegner, der Achtung einflößt. Die Bemühungen der Westmächte, Russland in ein Bündnis mit ihnen hineinzuziehen, werden deshalb sehr ernst genommen. Die Art, wie von den deutschen Zeitungen versucht wird, die ganze Angelegenheit ins lächerliche zu ziehen, kann diesen Eindruck nicht verwischen.

In sozialistischen Kreisen, wo man in letzter Zeit sehr deprimiert und teilweise sogar gleichgültig geworden war wegen der unverständlichen Nachgiebigkeit der demokratischen Mächte, ist neue Hoffnung eingekehrt, die starke Front gegen die Achse möge zustande kommen. Aber das Misstrauen, die Westmächte könnten erneut umfallen, ist immer noch sehr gross. Der im Ausland geäußerte Gedanke, Deutschland könne unter Umständen mit Russland zusammengehen, wird deshalb nicht verstanden und wirkt befremdend. Denn während all den Jahren war die antibolschewistische Propaganda zu stark und die Tatsache, dass trotzdem Wirtschaftsbeziehungen mit Russland gepflegt wurden, war und ist im Volke zu wenig bekannt.

Ich glaube nicht, dass eine Stimmungsmache für einen Krieg gegen Russland Erfolg haben könnte. Zunächst einmal ist die Abneigung gegen jeden Krieg sehr gross und dann kann man immer wieder feststellen, dass der Geschichtsunterricht gerade da interessant wurde und nachhaltiger wirkte, wo das Schicksal Napoleons in Russland geschildert wurde. Diesen Hinweis hört man immer wieder in Verbindung mit der Meinungsäußerung, dass gegen dieses Land kein Krieg zu gewinnen ist.

Danzig: Die englischen Bündnisverhandlungen mit der Türkei haben im allgemeinen kein grosses Interesse hervorgerufen, weil die Leute die Wichtigkeit der Türkei gar nicht einzuschätzen wissen. Gross ist aber die Bedeutung, die man im Volke den Verhandlungen über ein englisch-französisch-russisches Bündnis beimisst. Von dem Wert der russischen Armee sind eigentlich alle überzeugt, die Nazis, ihre Gegner und auch die grosse Masse der Unpolitischen. Im Volk glaubt man auch allgemein, dass die russische Kriegsführung sehr grausam sein werde und fürchtet diesen Gegner deshalb ausserordentlich. An dem Zustandekommen des Bündnisses mit Russland hat man seltenerweise nicht den geringsten Zweifel. Man begegnet auch immer der Auffassung, dass die Russen nur darauf warten, gegen das nationalsozialistische Deutschland ins Feld ziehen zu können.

Im Kleinbürgertum ist ja vielfach noch immer die Auffassung verbreitet, dass der Nationalsozialismus einmal vom Kommunismus abgelöst werden wird. Deshalb glauben die Leute, dass die Einbeziehung Russlands in die Koalition gegen Deutschland diesen Vorgang nur beschleunigen könne. Es ist auch nicht zu verkennen, dass auch in der Arbeiterschaft das kommunistische Russland noch immer sehr populär ist, und zwar in den Kreisen der unpolitischen und selbst der nazistisch angehauchten Arbeiter viel mehr als bei den politisch Denkenden. Bolschewistenfurcht gibt es in der Arbeiterschaft, nach meiner Ueberzeugung, überhaupt nicht. Das Kleinbürgertum fürchtet den Kommunismus noch wie vor, und die bürgerlichen Kreise, soweit sie wirklich oppositionell gesonnen sind, glauben, dass sie eher zum Zuge kommen werden als die Kommunisten, wenn Hitler sich in einem Krieg nicht mehr halten kann.

b) Kolonien

Die deutsche Kolonialpropaganda ist in den letzten Monaten wesentlich gesteigert worden. Hitler hat in seiner Rede vom 28. April die deutsche Kolonialforderung erneut erhoben. Vom 16. bis 18. Mai hat in Wien eine Reichskolonialtagung stattgefunden. Der Bundesführer des Reichskolonialbundes, Reichsstatthalter General von Epp hat zu dieser Tagung einen Aufruf erlassen, in dem es heisst: "Binnenkolonisation, die Jahrhunderte lang von und in der Ostmark getrieben wurde, und Ueberseekolonisation schliessen sich nicht aus, sondern ergänzen sich!" - Vom 21. Juni bis zum 10. September wird in Dresden eine grosse Kolonialausstellung gezeigt. Anfang Mai wurde in Wuppertal das erste Kolonialjugendheim eröffnet, Ende Juni in Hannover eine Ausbildungsschule für junge Männer, die in den Kolonien arbeiten. Anfang Juli soll der organisatorische Aufbau des Reichskolonialbundes im Protektorat soweit abgeschlossen sein, dass in Prag eine erste Grosskundgebung durchgeführt werden kann. Auf der "Grossdeutschen Reichstagung der deutschen Forstwirtschaft", die vom 27. Juni

bis 1. Juli in Berlin abgehalten wurde, fand auch "der Holzreichtum unserer Kolonien" eine eingehende Behandlung.

Im Übrigen entnehmen wir unseren Berichten:

Berlin: Die Kolonialpropaganda ist neuerdings erheblich verstärkt worden. In den Versammlungen der NSDAP und ihrer Gliederungen beruft man sich darauf, dass jetzt die 20 Jahre vorbei sind, für die die Mandate über die ehemals deutschen Kolonien gelten sollten. Dieser Zeitpunkt werde zum Anlass genommen werden, um energisch die Befriedigung der deutschen Forderungen zu verlangen.

Mitteldeutschland: Bei einem Kursus über Kolonialfragen erzählte der Lehrer, dass die Uebernahme von Kolonien bis ins Kleinste vorbereitet sei. Am Tage der "Erfüllung" stände die ganze Organisation vom Gouverneur über den Stationsvorsteher bis zum letzten Strassenfeger bereit, wie bisher immer Deutschland alles habe schlagartig vollbringen können.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Ein Hauptlehrer Feyock hielt vor einiger Zeit in unserem Gebiet Vorträge über das Thema: "Wozu brauchen wir unsere Kolonien wieder und warum verlangen wir dieselben zurück?" Zusammenfassend sagte er folgendes:

Die Rückgabe unserer Kolonien ist erstens eine Frage der nationalen Ehre, zweitens eine Frage des Rechts, drittens eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk ohne Raum, viertens sollen die Kolonien dereinst wieder eine Charakterschule für unsere Jugend sein. Der Reichskolonialbund hat vom Führer die Aufgabe erhalten, das Verständnis für den kolonialen Gedanken zum Gemeingut des ganzen deutschen Volkes zu machen. Er soll die Brücke sein zwischen den Deutschen in den Kolonien und den Deutschen im Grossdeutschen Reich. Die Mitgliedsbeiträge, die sehr niedrig sind, werden verwendet zum Bau von deutschen Schulen, Wöchnerinnenheimen und zur Unterhaltung der beiden Kolonialschulen im Reich, auf denen die Volksgenossen, welche in die Kolonien wollen, auf ihren Beruf vorbereitet werden.

Der Reichskolonialbund Gau Saarpfalz hatte für den 11. Juni ein Treffen auf dem historischen Hambacher Schloss veranstaltet. Im Auftrag des Generals Epp sprach Oberst a.D. Peter aus Berlin. Am Schluss seiner Ausführungen sagte er:

"Wann und wie die Zurückgabe erfolgt, ist eine Frage, die der Führer bestimmt. Volkserme und entnervte Staaten haben Raum im Ueberfluss, dem starken und stets wachsenden deutschen Volk fehlt er, um die Lebensexistenz zu sichern. Deshalb die Lösung: Platz machen!"

2. Bericht: Die Kolonialpropaganda macht auf weite Kreise Eindruck. Nur in wenigen Fällen kann z.B. die Jugend erfahren, welche Argumente die früheren Gegner der Kolonialpolitik ins Feld zu führen hatten. Auch die jetzt noch starken Gegenargumente können keine grosse Verbreitung finden und werden auch in den deutschen Sendungen der Auslandsender nicht klar genug zum Ausdruck gebracht. Besonders auf die Masse der Unpolitischen machen die Schlagworte der Kolonialpropaganda immer wieder Eindruck und bei ihnen ist die Neigung sehr stark, zu glauben, der Erwerb von

Kolonien könne eine Erleichterung der Lage schaffen. Die politisch urteilsfähigen Menschen wissen genau, dass dann erst recht der Tanz losginge und den ersten Erfolgen neue gefährliche Forderungen folgen würden. Diese Kreise sind es auch, die fürchten, das Ausland könne sich einwickeln lassen und durch weiteres Entgegenkommen nur die Leidenszeit des deutschen Volkes verlängern.

Besonders umfangreich ist die Kolonialpropaganda in der Schule. Seit langem wird dahin gewirkt, dass die Kolonialfragen laufend bei allen möglichen Gelegenheiten und von allen erdenklichen Seiten behandelt werden. Im Auftrage des NS-Lehrerbundes, Gau Hamburg, empfohlen durch die Reichsführung des Lehrerbundes, haben neuerdings Dr. O. Hartleb und Dr. J. Petersen acht Lese- und Vortragshefte zur Behandlung der Kolonialfrage in der Schule herausgegeben. Diese Hefte tragen den Sammeltitle "Deutsches Ringen um kolonialen Raum" und liefern an den Schulen den Stoff für die Behandlung der Kolonialfrage. Die Unterverteilung des Stoffes ist wie folgt:

- Heft 1: Der koloniale Gedanke in der Schule; Sinn, Aufgabe und Wege kolonialer Schularbeit.
- Heft 2: Das Werden des Bismarckschen Kolonialreiches.
- Heft 3: Deutsche Pflanzungen in Kamerun.
- Heft 4: Deutsche Schifffahrt erschliesst Afrika.
- Heft 5: Kolonialfrage und nationalsozialistischer Rassenstandpunkt.
- Heft 6: Deutsche Kolonien in der Südsee.
- Heft 7: Der Kampf gegen die koloniale Schuldlüge.
- Heft 8: Hanseatische Kaufleute als deutsche Kolonialpioniere.

c) Auslandspropaganda

Ueber die nationalsozialistische Auslandspropaganda haben wir zuletzt im Vormonat (Heft 5/39, Seite A 45) berichtet. Anfang Juni fand eine Tagung des Deutschen Auslands-Instituts in Stuttgart statt, auf der auch Grossadmiral Raeder sprach. Ende Juni veranstaltete der Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) in Eger eine Reichskundgebung, den "Tag des deutschen Volkstums". (Bundesleiter des VDA ist seit einiger Zeit der bekannte Geopolitiker Generalmajor a.D. Professor Karl Haushofer.)

Zu den Methoden der deutschen Auslandspropaganda gehört die Organisation eines umfangreichen Briefwechsels zwischen Reichsdeutschen

und Auslandsdeutschen oder Ausländern. So existiert seit langem eine Zentralstelle für den deutsch-ausländischen Schülerbriefwechsel. Die NS-Frauenschaft in Hannover hat eine besondere Abteilung Grenzland geschaffen, die den Auslandsbriefwechsel unter den Frauen organisiert. Daneben dienen der Schüleraustausch, Schüler-Auslandsreisen, die Einrichtung von Lese-Patenschaften zwecks Versendung von Nazi-Literatur in getarnter Form den gleichen Zwecken.

Neuerdings wendet sich die Auslandspropaganda vor allem den baltischen Staaten zu. Der nachstehende Bericht geht auf die Propaganda in Finnland näher ein.

Berlin: In Kreisen der Auslandsorganisation der NSDAP in Berlin werden besonders grosse Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit Finnland gesetzt. Diese NSDAP-Auslandsorganisation verfügt in Finnland über 864 namentlich in der Karthotek geführte Deutsche, die aktiv mit dieser Organisation zusammenarbeiten. Dem sogenannten "Deutschen Kulturkreis" in Finnland sind nicht weniger als 17.400 Finnländer angeschlossen. Ausserdem gibt es eine Studentenzusammenarbeit, an der sich 2.500 finnische Studenten beteiligen, die die aktivsten Kräfte stellen.

Die Finnen besuchen zahlreich die Vorträge der deutschen Vereine. Sie bedienen sich der deutschen Leihbibliotheken, die erstklassig mit nationalsozialistischem Material ausgestattet sind. Es werden zu unerhört günstigen Bedingungen ganze Hausbibliotheken mit neuer deutscher Literatur verkauft.

Das Patenschafts-System wird immer weiter ausgebaut. Finnische Frontkämpfer, die unter deutschem Kommando dienten, haben den Vorzug, für ihre Kinder deutsche Beamte und Militärs, mit denen sie aus dem Krieg Bekanntschaften verbinden, als Paten auswählen zu dürfen. Umgekehrt können deutsche Kinder diese Frontkämpferfamilien aufsuchen.

Diese Frontkämpfertradition wird ganz besonders gepflegt. Bei den Feiern der Wehrmacht am 19. Mai war dazu wieder eine Gelegenheit gegeben. Mehr als 700 Personen waren aus Finnland gekommen, alles ehemalige Waffengeführten aus deutsch geführten Regimentern. Sie wurden erstklassig betreut. Sie besuchten Hamburg mit seinen besonderen militärtechnischen Anlagen, die Werften in Kiel, die U-Boot-Schule in Neustadt, die Luft-Nachrichtenabteilung und den Fliegerhorst in Travemünde, die Heinkel-Flugzeugwerke in Marienehe, den Standort Pasewalk mit dem Hitler-Museum, die Garnison Greifswald, das Landwehrübungslager in Lockstedt. Im Lockstedter Lager nahmen sie an der Denkmalsweihe für das deutsche Jägerbataillon 27 teil. In den dabei gehaltenen Reden wurde die Waffenbrüderschaft und die deutsche Hilfsbereitschaft gefeiert. Der deutsche Redner betonte, dass auch bald für den Osten eine neue Morgenröte aufsteigen werde. Die Finnen schwärzten für die gigantischen Leistungen, die unter Hitler vollbracht werden. Ihr gemeinsames Bekenntnis war: "Glücklich ein Volk, das diesen Führer hat. Ehre sei ihm. Er sei auch uns gegeben." Diese Sätze waren ihnen gedruckt zur Verfügung gestellt worden zur Weitergabe im eigenen Land.

Aus den 700 Personen wurden 73 ausgewählt, die am 9. Juni eine Sonderfahrt zur Besichtigung des Westwalles angetreten haben. Die Besichtigung findet gemeinsam mit einer Danziger Exkursion statt. Am 15. Juni begann in der Wuensdorfer Heeresportschule ein Dreimonatskurs. An ihm nehmen 38 Finnländer und 12 Schweden teil.

Einige der Finnen haben mit den zuständigen deutschen Stellen Verhandlungen über die Vorbereitung der Olympiade in Helsinki geführt. Es sollen zur Hilfe bei den Vorarbeiten in den kommenden Monaten einige Tausend Deutsche nach Helsinki gehen, vor allem Sport- und Bau-Fachleute, die die Olympiade in Berlin organisiert haben. Es ist wohl überflüssig zu erwähnen, dass mit diesen Organisatoren auch die entsprechende Anzahl von Agitatoren mit nach Finnland gebracht wird. Alles wird überwacht von der Auslandsorganisation der NSDAP.

Gegenwärtig wird energisch die Organisation der Zeitfreiwilligen in Finnland mit Hilfe der Studenten betrieben, der Bau von Grenzbefestigungen in Finnland gefördert usw. Einige von den Finnländern, die diese Befestigungsbauten ausführen, sind auf deutschen technischen Hochschulen gewesen und waren als Praktikanten bei der Organisation. Todt tätig.

Eine neue Methode der Auslandsbeeinflussung scheint vom Propagandaministerium durch Organisation eines Auslands-Briefwechsels versucht zu werden. An sich wird Auslandskorrespondenz zur Zeit wieder einmal besonders genau überwacht. Gleichzeitig wird der private Briefwechsel mit dem Ausland sehr gefördert, aber unter Aufsicht des Propagandaministeriums.

Nach befreundeten Ländern, zu denen gegenwärtig in erster Linie die skandinavischen und baltischen Staaten zählen, werden ausser umfangreicher Privatkorrespondenz eine Reihe von Beziehungen zwischen Organisationen geschaffen, Exkursionen scheinbar wissenschaftlicher Art, Geschäftsverbindungen angekurbelt, Kur- und Ferienreisen organisiert usw. Es sind Vorbereitungen getroffen, dass dieses Jahr der ganze Ostseebäder-, Kur- und Fremdenbetrieb in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden kann. Ganz besonders bedacht wird dabei Dänemark, weil sich hier schon im Wochenendbetrieb über die Insel Rügen usw. allerlei erreichen lässt, ohne dass grosse Passchwierigkeiten entstehen. Aus all den auf solche Weise entstandenen Beziehungen soll sich nach Möglichkeit ein dauernder privater Briefwechsel ergeben.

Westfalen, 1. Bericht: Eine besondere Agilität wird dieses Jahr in der Auslandsreisetätigkeit entwickelt. Bestand bisher die Hauptaufgabe darin, innerhalb des alten Reichsgebietes alle Landsmannschaften miteinander in persönliche Verbindung zu bringen, um Land und Leute miteinander bekannt zu machen, so wird jetzt dieser Aufgabenkreis immer mehr erweitert. Im Jahre 1938 kam die Einbeziehung der Oesterreicher hinzu. Ausserdem wurden die ersten Massenreisetransporte aus den Sudetengebieten arrangiert. Eine Reihe von Reklamefahrten wurden mit den KöF-Dampfern in die nordischen Staaten, nach Italien und Spanien unternommen. Dieses Jahr geht man noch einen Schritt weiter.

Man hat auf Grund der bisherigen Tätigkeit die Erfahrung gemacht, dass sich bestimmte Gruppen für die Propagandatätigkeit im Ausland besonders eignen. Das sind die Frontkämpfer, die Sportler und gewisse Schichten der Mittelständler. An erster Stelle stehen die

Frontkämpfer. Sie sind bereits erprobt. Die Frontkämpfertradition hat zur Grundlage eine neue Kameradschaftsideologie der Verächtung. Die Soldaten des Weltkrieges reichen sich gegenseitig die Hände mit dem Bekenntnis, nie wieder gegeneinander die Waffen zu führen. Und es ist nicht zu leugnen, dass mit dieser Art von Propaganda in England und Frankreich bisher gute Ergebnisse erzielt worden sind.

Unter den Mittelständlern gelten die Handwerker als die erfolgversprechendsten Leute für die Auslandspropaganda. Sie sind in der Regel nie aus ihrem engeren Vaterland herausgekommen. Nun bekommen sie Gelegenheit, ein Stück "Welt" kennen zu lernen und dabei in fürsorglicher Weise betreut und geleitet zu werden.

Bei den Mittelständlern übernimmt die Schulung und Betreuung die Auslandszentrale des Handwerks in Berlin, die der DAF angeschlossen ist. So kam zum Beispiel schon Anfang April ds. Jhrs. von dieser Stelle aus an die zuständigen Stellen des Rheinlandes ein geschlossener Auftrag. Der Kölner und Bonner Bezirk hatten 220 Teilnehmer an Auslandsexkursionen nach Belgien, Holland und Dänemark zu stellen für Reisen, die Anfang Juni begannen. Dabei war genau vorgeschrieben, welche Berufe und in welcher Stärke die einzelnen Arbeitszweige berücksichtigt werden müssen. Dann begann die Schulungsarbeit. Erst gab es in kurzer Reihenfolge 5 Vorträge über Land und Leute der zu bereisenden Länder. Dann folgten 7 Vorträge, die innerhalb von 14 Tagen zu absolvieren waren, über das Thema: "Wie gewinnt man Freunde für sich und für Deutschland im Ausland."

Die Organisationsstellen weisen zur Begründung dieser Schulungsarbeit darauf hin, dass es darauf ankomme, den im Ausland zu besuchenden Kollegen zu beweisen, dass man

1. viel von dem zu besuchenden Land und seinen Lebensgewohnheiten wisse,
2. mit seinem Fachwissen an Gründlichkeit dem zu besuchenden Kollegen zu imponieren verstehe,
3. diesen Kreisen eine einheitliche Auffassung über das neue Deutschland vermittele, das voll und ganz in allen seinen Zweigen und Landsmannschaften geschlossen hinter dem Führer stehe.

Diese Fahrten mit ihrer propagandistischen Vorbereitungsarbeit sollen das ganze Jahr fortgesetzt und auf weitere Länder erstreckt werden. Es liegen bereits fertige Pläne darüber vor: Aus dem Rheinland fahren Schuhmacher zu Studienzwecken nach Ungarn, Gastwirte und Brauereiangehörige nach Dänemark, Uhrmacher zuerst nach Schweden und im Herbst zu längeren Exkursionen nach England. Die Fleischer gehen nach Holland und Dänemark. Nach Frankreich sollen ebenfalls Uhrmachergruppen fahren. Die Schweiz soll dieses Jahr völlig von diesen Gruppen verschont werden. Ein Kenner der Verhältnisse verriet, dass dort nichts mehr zu erobern sei. Die Photographen sollten ursprünglich ebenfalls nach Frankreich gehen. Diese Reisen wurden aber wieder abgeblasen und die erste Gruppe von ihnen reist im Juni nach Italien.

So werden unter der Maske des harmlosen Handwerkers neue Agitatoren gezüchtet und mit voller Absicht auf die ausländischen Berufsfreunde losgelassen. Wer aber glaubt, die Handwerker würden im Ausland ja doch über die wirklichen Zustände berichten, der irrt

sich. Einmal erfolgt alles unter strenger Führung und Ueberwachung, und zum anderen ist strengste Auswahl getroffen worden. Man hält sich an die Jugend, die verlässlicher und folgsamer ist als die Alten.

2. Bericht: Die "Forschungsstelle Rheinländer in aller Welt", eine Unterorganisation des VDA (Büro: Aachen, Mauerstr.) hat zum Ausbau ihres "Lesepatenschaftswerkes" einen Aufruf erlassen, in dem es heisst:

"Wir suchen Rheinländer in aller Welt, die aus dem Gau Köln-Aachen stammen. Wir rufen alle Volksgenossen zur Mitarbeit auf! Viele von uns haben ausserhalb der Reichsgrenzen Verwandte oder Bekannte, deren Heimat der Gau Köln-Aachen ist. Sie haben schwer um ihr Deutschtum zu kämpfen und verlieren oft in den Mühen und Plagen des Alltags in fremdem Land ihr Volkstum und ihre Heimat aus den Augen. Wir aber wollen ihnen wieder vom grossen deutschen Vaterland und von ihrer alten engeren Heimat, die noch in aller Erinnerung lebt, erzählen und sie bestärken, festzuhalten an ihrem Volkstum. Dabei kann jeder mithelfen. Die Forschungsstelle hat sich zur Aufgabe gestellt, möglichst viel Anschriften dieser Auswanderer oder ihrer Kinder und Kindeskin- der aus unserer engeren Heimat zu sammeln, um den Volksgenossen draussen Nachrichten aus der Heimat, Heimatbriefe, zu senden."

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Das "Grenzecho", die regelmässige Auslandssendung des Saarbrücker Senders, die vor allem für Elsass-Lothringen bestimmt ist, setzt seine Wühlarbeit unvermindert fort. Am 6. Juni verkündigte das Grenzecho, dass auch Frankreich seine Judenfrage habe, denn das sei bewiesen durch ein Dekret, wonach niemand wegen seiner Rasse belästigt werden dürfe. Mit grosser Leidenschaft wurde am gleichen Tag die in Deutschland streng verbotene "Freie Presse" von Strassbourg zitiert wegen einer im Rahmen der demokratischen Rechte und Gepflogenheiten geführten Polemik gegen den Ministerpräsidenten Daladier. Am 7. Juni wurde sehr eingehend das Mulhouser Tageblatt zitiert, das die Meinung vertreten hatte, verschiedene Dekrete bedeuteten eine erhebliche Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Am gleichen Tage wurde erneut die "Freie Presse" zitiert wegen einer Kritik über die Bierpreiserhöhung. Auch die Autonomistenzeitung von Rennes wurde wieder vorgelesen, weil sie das französische Regierungssystem als Unterdrückung und Diktatur bezeichnete. Am 8. Juni wird auf einen Artikel der Zeitschrift "Elsass Lothringen" aufmerksam gemacht, der nach Ansicht des Saarbrücker Rundfunks sehr energisch die "heimat-treuen Ziele" der Elsass-Lothringer verteidigte. Die "Freie Presse" hatte schon am 10. Juni wieder die Ehre, vorgelesen zu werden, weil sie über die Preissteigerung schrieb und Steuererleichterungen verlangte. Am 12. Juni wurde ein angeblich aus St. Avold stammender Brief verlesen, in dem sich ein Lothringer lobend über die ausgezeichneten Sendungen aus Saarbrücken aussprach. In dem Brief heisst es, wenn Saarbrücken nicht wäre, könnten die Lothringer überhaupt nichts über ihr Land hören.

Am 13. Juni wurde die Sendung erneut eingeleitet mit einem Hinweis darauf, dass die elsass-lothringischen Gemeinden des Selbstverwaltungsrechts "beraubt" worden seien. Am 14. Juni wurde auf die Sprachenfrage hingewiesen und ein Artikel des "Unterländer" zitiert. In diesem Zusammenhang wurde auch der Rückgang in der

Aufführung deutschsprachiger Filme erwähnt. Als am 15. Juni die Angelegenheit mit dem sogenannten Soldatenbrot für die Maginot-Linie bekannt wurde, war dies natürlich ein gefundenes Fressen für das "Grenzecho", obwohl sich das deutsche Volk glücklich schätzen würde, wenn es noch Brot bekäme. Den Sozialdemokraten wurde am 16. Juni wieder die Freude bereitet, etwas aus der Strassburger "Freien Presse" zu hören, weil dort Preissteigerungen in Verbindung mit einer kleinen Steuererhöhung kritisiert worden waren.

Am 19. Juni wandte sich der Strassburger Sender gegen einige Auswüchse des Saarbrücker "Grenzechos", tat dies aber in sehr zurückhaltender und sachlicher Weise. Daraufhin antwortete dann das "Grenzecho" am 20. Juni mit derben Grobheiten, Schimpf und Hohn. Der Strassburger Sender habe "Gift und Galle gespieen", dieser Hetz- und Lügensender nötige nur ein Lächeln ab mit seinen Verdrehungen und Irreführungen. Die Saarbrücker Sendungen über Elsass-Lothringen erfolgten lediglich aus "volkskundlichen Gründen" und man könne nichts dafür, wenn begeisterte Briefe aus Elsass Lothringen ankämen, in denen betont würde, dass man beim Strassburger Sender solche Sendungen vermissen würde. Es seien wieder vier neue Briefe von Elsässern eingetroffen. Zwei davon wurden verlesen, darunter einer, der angeblich von vier Elsässern unterschrieben ist. Sie seien in Deutschland gewesen und hätten dort festgestellt, dass man sie die ganze Zeit falsch informiert habe.

Am 21. Juni wurden im "Grenzecho" Klagen der Lothringer Volkszeitung über den Rückgang des Milchabsatzes von Lothringen nach dem Saargebiet zitiert. Selbstverständlich wurde nicht darauf hingewiesen, dass die deutschen Devisenzuteilungsstellen gar keine Devisen für diesen Zweck bewilligen. Am 23. Juni wurden Stimmen zitiert, wonach in verschiedenen elsass-lothringischen Krankenhäusern grosse Misstände herrschen sollen. Am 24. Juni wurden die Flamen mit den Elsässern verglichen und ausgemalt, welches Glück es für Frankreich und für Belgien wäre, wenn den Autonomiewünschen dieser Bevölkerung Rechnung getragen würde.

2. Bericht: Den "Pirmasenser Heimatblättern" lag in letzter Zeit eine Flugschrift bei, die die Ueberschrift "Der Befreier seines Volkes" trug und neben einer Lebensbeschreibung Hitlers die Wiedergabe eines Briefes von Houston Stewart Chamberlain an Hitler enthielt. Nachstehend ein Ausschnitt aus dieser Flugschrift, der über ihren Zweck - Massenverbreitung im Ausland- Aufschluss gibt:

Bei der Schilderung des Lebenslaufes Adolf Hitlers folgten wir der Schrift „Kampf um Deutschland“ von Reichsleiter Philipp Bouhler. Verlag: Franz Eher Nachf. G. m. b. H., München. Diese packende Schilderung des Kampfes der Bewegung sollte jeder Deutsche kennen.



Die Wahrheit siegt!

Legen Sie bitte Ihren Auslandsbriefen eine Flugschrift bei!

Diese Flugschrift ist auch in den wichtigsten Weltsprachen erschienen. An anderen Flugschriften sind rund 70 verschiedene deutsche und 200 fremdsprachige vorhanden. Abgabe unentgeltlich. Verlangen Sie Verzeichnis.

Verantwortlicher Herausgeber: Präsident Heinrich Kessemeier, Hamburg 13, Hochallee 127

Druck und Verlag: Falken-Verlag, Hamburg

4) Aus der Tschechoslowakeia) Aus dem "Protektorat"

Die Entwicklung der Verhältnisse im "Protektorat" (über die wir zuletzt im Vormonat -Heft 5/1939, Seite A 25 ff- berichtet haben) ist durch den beharrlichen Widerstand gekennzeichnet, den die Tschechen den deutschen Machthabern bei jeder Gelegenheit und meist in ungreifbarer Form entgegenstellen. Dass diese Entwicklung den Machthabern selbst zu denken gibt, lässt der nachstehende Bericht erkennen:

Berlin: Seit Wochen ist in den führenden Parteikreisen die Rede davon, dass ein neuer Schlag gegen die Tschechen geplant sei. Bisher hatte man versucht, die Tschechen mit Hilfe von Tschechen zu unterjochen. Dabei sind aber nur recht geringe Fortschritte gemacht worden. Die überwältigende Mehrheit erweist sich als immun und benimmt sich diszipliniert, glaubt an baldige Aenderung der Verhältnisse und an eine Wiederaufrichtung der alten Republik. Seitdem ein grosser Teil der Besatzungstruppen wieder zurückgezogen worden ist, glaubten die Nazis, auf bewährte Weise mit Zuckerbrot und Peitsche, wie in Oesterreich und im Sudetengebiet auch im Protektorat durchzukommen. Aber die Aussichten dafür sind gering. Die sprachlichen Schwierigkeiten sind ebenso gross wie die psychologischen. Diese Klagen kann man in Berlin von allen Urlaubern hören, die aus dem Protektoratsgebiet kommen.

In den Parteikreisen war man mit dem ersten deutschen Militärregime unzufrieden, weil es noch zuviel Rücksicht auf die Tschechen genommen hatte. Inzwischen hat auch das Regime K.H. Franks (Neurath hat nichts zu sagen) keine durchschlagenden Erfolge erzielen können, da zur Durchführung eines wirkungsvollen Terrors der Massenapparat fehlt, den eben nur die Tschechen stellen könnten. Deswegen werden seit Anfang Juni wieder Pläne erörtert, ein neues, strengeres Regiment einzuführen, bei denen den tschechischen und slowakischen Mithelfern nur noch untergeordnete Funktionen zgedacht sind.

Ueber die Lage im "Protektorat" selbst wird berichtet:

1. Bericht:

Die Spannung zwischen der tschechischen Regierung und den deutschen Protektoratsbehörden wächst. Tschechische Journalisten, -diesmal waren Film- und Kulturreporter eingeladen- welche in der Woche vom 28. Mai bis zum 4. Juni in Berlin waren, brachten von dort die Nachricht mit, dass in Berlin das Misstrauen sowohl gegen die Tschechen als auch gegen die tschechische Regierung selbst zunehme. Früher nahm man lediglich eine reservierte Stellungnahme zu einigen Regierungsmitgliedern ein, aber jetzt wendet man sich gegen das Ministerium Eliáš allgemein. Dieses Misstrauen wurde besonders durch die Flucht des General Prohála nach Polen verstärkt.

Prchála erfreute sich als Soldat und als Landeskommandant der Slowakei bei den Deutschen einer ziemlichen Achtung, umso mehr nimmt man ihm jetzt seine Erklärungen übel, mit denen er sich in die Reihen des tschechischen Auslandskampfes stellt. Unter den Deutschen ganz allgemein, besonders aber unter den militärischen und zivilen Funktionären herrscht Depression und Befürchtung hinsichtlich der Zukunft. Aus dieser Stimmung ergeben sich verschiedene Aktionen, die zum Ziele haben, die tschechische Bevölkerung zu Handlungen aufzureizen, die die Möglichkeit zu scharfem Vorgehen gegen die Tschechen bieten würden.

So werden fortwährend Gerüchte über die Abtragung des Husdenkmals auf dem Altstädter Ring kolportiert, Nachrichten über die Rückerstattung von Lana mit samt dem Friedhof und dem Grab des Präsidenten-Befreiers an den früheren Grundeigentümer Fürstenberg und schliesslich auch über eine bevorstehende Konfiskation des Sokolhauses und seine Umwandlung in eine SA-Kaserne. Ob es nun zu diesen Massnahmen kommt oder nicht, eines steht fest: mit Hilfe solcher Gerüchte, die von Mittelsmännern der Nazis bewusst ausgestreut werden, will man die Tschechen provozieren und womöglich zu unüberlegten Aktionen hinreissen.

2. Bericht:

Die Macht der tschechischen Regierung ist praktisch gleich null. Man stellt sich die Frage, ob bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge die Form des Protektorats überhaupt noch einen Sinn hat. Selbst in Regierungskreisen ist man der Meinung, dass man ja doch nur der unaufrichtigen nazistischen Politik eine Kulisse abgibt und dass man es sich überlegen sollte, ob nicht die Demission Hachas und der Gesamtregierung vorzuziehen wäre, schon um die Situation vollkommen klarzustellen. Diesen Erwägungen hält man wiederum entgegen, dass gerade die Kreise um Frank auf eine Regierung tschechischer Faschisten spekulieren und dass es nicht im Interesse der Nation liegen könnte, den abenteuerlichen und zum Grossteil vorbestraften Elementen des tschechischen Faschismus zur Macht zu verhelfen. Mit ihrer Hilfe könnten die Nazis dann einen noch brutaleren Terror durchführen. Frank würde einen Rücktritt Hachas und der Regierung unweigerlich zu Gunsten der Faschisten ausnützen. Darum ist man letzten Endes doch der Meinung, die gegenwärtige Scheinregierung solle so lange bleiben, als sie nur kann.

Die Germanisierung schreitet rasch vorwärts. In Prag kann man bemerken, dass die Zahl der Deutschen fast täglich zunimmt. Man kann sich nur wundern darüber, mit welcher Disziplin die tschechische Bevölkerung die wiederholten Provokationen übersieht. Schwerwiegend sind die Auswirkungen der "Arisierung" auf den Besitzstand des tschechischen Volkes. Die Protektoratsbehörden erkennen die Ueberführung jüdischen Eigentums in tschechische Hände nicht einmal an, wenn diese vor dem 15. März erfolgt ist.

3. Bericht:

Der eigentliche Herrscher des Protektorats ist der Staatssekretär K.H. Frank. Das gespannte Verhältnis zwischen ihm und Herrn von Neurath besteht fort. Neuraths Berliner Besuch und seine Unterredung mit dem Führer hatte diese unerquicklichen persönlichen Angelegenheiten zum Gegenstand. Von Berlin kehrte Neurath am 6.

Juni zurück, und zwar nach Meinung von Personen, die ihn gesehen haben, in der besten Laune. Am 8. Juni unternahm Neurath eine Jagdpartie in die Gegend von Lana, die sich bis 21 Uhr ausdehnte. Weder Erregung noch Sorgen waren ihm anzumerken und doch waren zu diesem Zeitpunkte in Kladno tschechische Polizisten bereits verhaftet und die Polizei als Ganzes ihrer Funktion entkleidet worden. Um 22 Uhr abends verkündete der Rundfunk bereits die verschiedenen Massnahmen, die gegen die Kladnoer Bevölkerung ergriffen worden waren. Es besteht daher der begründete Verdacht, dass Neurath weder vom Kladnoer Zwischenfall, noch von den Verordnungen, die "er" erliess, etwas wusste. Alles, was im Zusammenhang mit der Ermordung des Polizisten Kniest geschah, zeugt davon, dass es sich um einen Hieb Franks gegen Neurath handelt, um dessen Position beim Führer durch den drastischen Beweis zu untergraben, dass die Tschechen unzuverlässig sind, und nach deutschem Blut lechzen, dass man also mit ihnen energisch verfahren müsse. Dass Neurath von seiner eigener Verordnung nichts wusste, ist auch nichts besonderes. Fast alle Protoktoratsverordnungen werden nur von Frank unterschrieben.

Für die Methoden von Frank ist auch bezeichnend, dass die Schutzpolizei von Kladno schon am 6. und 7. Juni verstärkt wurde, während die Mordtat sich in der Nacht vom 7. auf den 8. Juni ereignete.

4. Bericht (Aus Iglau):

In Iglau sind die Nazis gegen die Tschechen mit grosser Brutalität vorgegangen. Am Sonntag wurde das Sokolhaus und die Bank der Legionen demoliert. Es wird nur deutsch antiert. Alle wichtigen Gemeindeposten sind in deutschen Händen.

In der vergangenen Woche wurde eine Verordnung in der Stadt plakatiert, wonach sich alle Arbeitslosen zur Arbeit in Deutschland melden sollen. Die Nichtbeachtung dieser Verordnung wird mit 500 Kronen Strafe und 5 Tagen Arrest bestraft. Die tschechischen Arbeitslosen von Iglau bekamen tatsächlich Arbeit im Reich, während die Deutschen in der Heimat beschäftigt wurden.

In der Umgebung von Iglau haben die Nazis die Gebirgshütten des Angestelltenverbandes und der Arbeiterturnvereins DTJ verbrannt.

Alle tschechischen Schulen sind entweder von deutscher Polizei besetzt oder von der deutschen Schulverwaltung beschlagnahmt. Der tschechische Schulunterricht geht in Gasthäusern und Privatwohnungen vor sich. So mussten die Iglauer tschechischen Gymnasialisten heuer die Matura im Hotel Beseda machen. Auch in den Ortschaften in der Nähe von Iglau herrscht scharfer Terror, besonders in Hosová.

5. Bericht (Aus Kladno):

Wir haben jetzt schlimme Tage erlebt. Was auch immer den Sudentendeutschen in der Nachkriegsperiode von den Tschechen in Einzelfällen geschehen sein mag, eine solche Barbarei, wie sie sich in Kladno ausgetobt hat, hat es sicher nicht gegeben. Der deutsche Polizeibeamte wurde tot auf der Strasse gefunden. Niemand weiss, wer ihn erschossen hat. Es hat sich aber sofort in der ganzen Stadt herumgesprochen, dass bei der Obduktion eine deutsche Kugel gefunden worden ist. Der Erschiessung folgte die Verwandlung

des Stadtlebens blitzartig. Es war ein regelrechter Kriegszustand. Die ganze tschechische Polizei wurde am Donnerstag Abend nach Verhängung des Standrechtes in eine Stunde gesperrt. In der Nacht wurde wie toll überall herumgeschossen. Auf der Strasse gab es beim geringsten Anlass Ohrfeigen und Fusstritte.

Unter den Tschechen erwächst durch diese Drangsale und Unterdrückungen eine wunderbare Solidarität. Alles ist nervös und rechnet damit, dass das Protektorat bald ganz aufgehoben werden wird. Dennoch weiss man, die jetzt gebrachten Opfer werden uns so zusammenschweissen, dass diese Last bald wieder abgeworfen werden kann. Alle Kirchen sind jetzt voll, überall wird gebetet und ein Schwur abgelegt, mit dazu beizutragen, dass diese Prüfung eines ganzen Volkes gut bestanden wird.

Als bekannt wurde, dass in Prag zur Feier des Geburtstages von Benesch die Strassenlaternen in der Stadt brannten, so wirkte das auf unsere gehetzten Menschen wirklich wie ein Licht in der Finsternis. Ein einzelner an sich unwichtiger Akt, aber ein Glaubensbekenntnis zu einem Mann, der die Entwicklung richtig erkannt hatte, der von einem Teil seines Volkes missverstanden worden war, das sich aber in der Prüfung wieder zu ihm findet und ihm vertraut. Der Geburtstag von Frau Hanna Benesch wurde ebenfalls zu einer symbolischen Demonstration dieser Art. Es war in der Form der mündlichen Weitersage vereinbart worden, an ihrem Geburtstag ihre Lieblingsblume, das Maiglöckchen, sichtbar zu tragen. Und es wurde in einer solchen Anzahl getragen, dass dies ein neues Bekenntnis der Einigkeit und des Vertrauens wurde.

6. Bericht:

Nach Böhmen werden jetzt Lokomotiven eingeführt, die in einem erstaunlich schlechten Zustand sind. Alle Bestandteile sind so abgenutzt, dass sie sofort ersetzt werden müssen. Auch die tadellosen Maschinen, welche bei der Sudetenbesetzung der Tschechoslowakei weggenommen wurden, sind durch schlechte Handhabung unbrauchbar geworden. Während die tschechischen Bahnen dieses minderwertige Material jetzt übernehmen müssen, werden zwangsweise die tadellosen Lokomotiven tschechoslowakischer Erzeugung an das Reich geliefert.

Von den Deutschen werden alle Eisenbahner jetzt wieder eingestellt, die aus politischen Gründen in der Tschechoslowakei entlassen worden waren. Es handelt sich natürlich ausschliesslich um deutsche Nationalsozialisten, die man jetzt vorwiegend innerhalb des Protektoratsgebietes beschäftigt. Die dadurch um ihre Arbeit gebrachten tschechischen Eisenbahner werden nach Deutschland geschafft.

Ueber die Verschickung tschechoslowakischer Arbeiter ins alte Reichsgebiet wird berichtet:

1. Bericht:

Unter der Arbeiterschaft wird ein grosser Austausch durchgeführt. Arbeiter aus dem Altreich kommen nach Böhmen und Mähren, tschechische Arbeiter nach Mittel-, West- und Norddeutschland. In Niederbayern und der Oberpfalz wirbt man Arbeiter für böhmische

Gebiete an. Soweit die Arbeiter Parteianhänger sind, nehmen sie die Angebote freudig an und betrachten sich als eine Art von Kolonisten. Solche ausgesprochenen Parteianhänger bringt man z.B. in die Steinkohlengruben von Nürschan bei Pilsen mit der Begründung, dass dort vornehmlich Kommunisten tätig sind, denen durch diese Ueberwachung das Handwerk gelegt werden soll. Für die Skoda-Werke in Pilsen werden unter den Facharbeitern aus der Metallbranche, sowie unter den Tischlern in Fabrikbetrieben Musterrungen vorgenommen und dann regelrechte Transporte für Pilsen zusammengestellt.

Umgekehrt holt man die tschechischen Arbeiter für Baubetriebe, Steinbrüche und Bergwerke. Im Mai sind Transporte in den Gau Hannover gebracht worden, wo sie in den grossen Zementwerken umgeschult werden. Ein Teil dieser Arbeiter war schon im Fach bei Königshofer Zement im Berauntal tätig. Von den auf die Anlagen Misburg und Höver aufgeteilten 4.700 tschechischen Arbeitern kamen 2.835 aus anderen Berufen. Diese Arbeiter wurden zunächst mit freundlichem Händedruck empfangen. Die Frauengruppen verteilten Liebesgaben an sie. Es wurden Dorfgemeinschaftsabende veranstaltet, damit sie mit der Jugend bei Tanz und Bier bekannt wurden. Nach 3 Wochen zeigte sich jedoch bereits, dass die Tschechen zwar alles entgegennahmen, sich aber dadurch in ihrer Haltung nicht im geringsten beeinflussen liessen. Ihr Verhalten bei der Arbeit zeigte, dass es sich um Menschen handelt, die zähen Widerstand zu leisten entschlossen sind. Sofort wurde der Terror- und Spitzelapparat eingeschaltet. Es gibt keine Kneipe mehr, in der die Tschechen verkehren, wo nicht auch zuverlässige Spitzel mit hingeschickt würden, die der tschechischen Sprache einigermaßen mächtig sind. Die Postsachen der Tschechen werden strengstens überwacht und die ankommenden wie die abgehenden Briefe gehen erst in die Zensurstelle nach Hannover.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind verhältnismässig günstig. Es wird ein Wochenlohn von 74 RM gezahlt. Wollen die Arbeiter Gutschrift in Kronen haben, so werden 8 Kronen für 1 Mark gerechnet. Es gibt pro Woche nur einen Höchstbetrag von 300 Kronen pro Person. Diese Kronenbeträge können den Angehörigen überwiesen werden. Versuche der Tschechen, einen gewissen Handel dadurch zustande zu bringen, dass sie sich aus ihrem Gebiet Schuhe und gute Kleidungsstücke schicken lassen und sie dann unter den deutschen Arbeitern weiter verkaufen, sind sofort unterbunden worden.

Die Tschechen müssen 6 Monate auf den Arbeitsstellen bleiben. In dieser Zeit sollen sie zweimal 5 Tage Urlaub erhalten und die Urlauber in Sammeltransporten in die Heimat und wieder zur Arbeitsstelle zurückgebracht werden. Ihre Angehörigen dürfen aber nicht zu Besuch ins Altreich kommen. Da jeden vierten Sonntag ohne Extrabezahlung gearbeitet werden muss, sind es in Wirklichkeit nicht 5 Tage Urlaub, sondern nur 2. Der Wochenlohn ist fest, die Arbeitszeit schwankt zwischen 60 und 70 Stunden wöchentlich. Die Sonntagsschichten dauern 7 Stunden. Für Kost und Logis werden wöchentlich 21 Mark verrechnet, so dass nach Berücksichtigung der übrigen Abzüge ein Nettowochenlohn von 44 Mark verbleibt.

Die Arbeit ist sehr gesundheitsschädigend. Es muss viel getrunken werden, so dass im Durchschnitt wöchentlich noch 10 RM an Kantinengebühren auflaufen. Das Biertrinken ist auch während der Arbeitszeit erlaubt. Die Arbeitsanlagen sind, da sie zum grossen

Teil neu angelegt wurden, in hygienischer Beziehung einwandfrei.

Infolge dieser günstigen Arbeits- und Lebensbedingungen -die Tschechen erhalten auch brutto wöchentlich 6 Mark mehr als die deutschen Arbeiter- hoffte man, den besten Eindruck bei den Tschechen erzielen zu können. Man ging soweit, dass man zu Pfingsten eine Exkursion tschechischer Gewerkschaftler ins Gebiet holen wollte, um sie von den günstigen Verhältnissen zu überzeugen. In letzter Stunde wurde sie jedoch abgeblasen. Man merkt, dass die tschechischen Arbeiter sich dadurch in ihrer Haltung zum deutschen Regime nicht beeinflussen lassen.

2. Bericht:

Vor kurzem waren einige ins Reich abkommandierte tschechische Eisenbahner sowie einige tschechische Arbeiter anderer Branchen, die man ins Reich "exportiert" hatte, im Protektorat auf Urlaub. Aus Gesprächen mit ihnen ergibt sich der Eindruck, dass einige des Lobes voll waren, weil sie auf guten Plätzen beschäftigt sind. Diese Leute rühmten sich damit, dass sie ein gutes Stück Geld mit nach Hause bringen, dass sie genug zu essen und zu trinken haben und mit der ortsansässigen Bevölkerung auf freundschaftlichem Fusse verkehren. Manche sagten sogar, sie wollten ganz in Deutschland bleiben. Andere hingegen schimpften auf die Verhältnisse, beschwerten sich über unzureichendes Essen, schlechte Wohnung, sowie darüber, dass man sie von der Welt gänzlich abschneidet und sie überhaupt keinen Deutschen zu Gesicht kriegen. Sie wiesen auf die kleinen Verdienste hin und wären froh, wieder nach Hause zurückzukommen. Diese verschiedene Beurteilung der Arbeitsverhältnisse ist daraus zu erklären, dass sich die Nazis über jeden einzelnen Tschechen hinsichtlich dessen politischer Zuverlässigkeit genau orientieren und ihn dann entsprechend "einteilen". Darum gehe es den "braven" gut und den "bösen" schlechter.

b) Aus dem Sudetenland

1. Bericht:

Als im Jahre 1938 durch die Proklamation Henleins in Karlsbad der politische Kampf um das Sudetenland in sein entscheidendes Stadium getreten war, gab es einen Rückschlag für das gesamte Hotel- und Fremdengewerbe. Die Ausländer verschwanden, die Juden waren noch geduldet, aber Anrempelien ausgesetzt und deshalb auf andere Plätze im tschechischen Gebiet angewiesen. Diese geschäftliche Flaute wurde als selbstverständliches letztes Opfer gern gebracht; nach erfolgter Eingliederung sollten goldene Zeiten wiederkehren.

Nachdem dann die erste Ueberflutung durch die Militär- und Parteiorganisationen abgeebbt war, brachte der Winter schon die erste grosse Enttäuschung. Aus Mangel an Schnee und Menschen lag der ganze Wintersport brach und die prophezeite Wintersaison in den grossen Bädern beschränkte sich auf die Einmietung von Betten und Parteigrössen der neugeschaffenen Aemter. Aber für die Frühjahrs- und Sommermonate war der grosse geschäftliche Aufschwung angekündigt. Die Geschäftsleute waren zwar durch die bisherigen Enttäuschungen gewarnt, hofften aber dennoch auf den Be-

such vieler alt-neuer Gäste aus dem Altreich, die in den letzten Jahren wegen der Devisenbestimmungen ihre beliebten Bäder nicht mehr aufsuchen konnten.

Was ist nun bisher eingetreten? Während der Oster- und Pfingstfeiertage fand wirklich eine Ueberschwemmung des sudetendeutschen Gebietes von Besuchern aus dem Altreich statt. Die Strassen in den grossen Kurorten waren teilweise verstopft, keine Uebernachtungsgelegenheit mehr vorhanden, die Hotels ausverkauft usw. In der heimischen Presse wurde die Befriedigung über diesen Zustrom von Gästen ausgedrückt und die Organisationsfritzen erliessen eine Reihe von Aufrufen und Mitteilungen, dass das Ganze in Zukunft besser organisiert, jede Einzelzureise angemeldet werden müsse, wenn nicht der Zustand eintreten solle, dass viele keine Schlafgelegenheit finden und wegen Ueberlastung des Gebietes hungern müssen. Die Presse des Altreiches druckte diese Mitteilungen nach. Die Wirkung war erstens, dass das Hotel- und Fremden-gewerbe in den anderen Reichsgebieten sich bei den Organisationen beklagte, dass der ganze Gäste- und Fremdenstrom in erster Linie den sudetendeutschen Badeorten zugeführt und den anderen Bade- und Kurplätzen des Altreichs und der Ostmark entzogen wird, zweitens aber, dass die Kur- und Badegäste, die die Absicht hatten, die böhmischen Kurorte aufzusuchen, zu Hause blieben, weil sie nicht riskieren wollten, dort ohne Uebernachtungsgelegenheit aufzusitzen.

Zu Pfingsten waren aber in erster Linie nur "Feiertagsbesucher" in Autos, auf Fahr- und Motorrädern und im kleinen Grenzverkehr zu Fuss gekommen. Als die Feiertage vorüber waren, ergab sich, dass die Kurorte nicht nur überfüllt, sondern noch gar nicht besetzt waren. Durch den einmaligen Ansturm war nach allen Seiten ein völlig falsches Bild entstanden. Ausserdem stellten die Einheimischen nach dem Abzug der Fremden fest, dass eine Reihe von Waren von den Besuchern aufgekauft worden waren, für die es entweder überhaupt keinen Ersatz gab oder nur zu wesentlich höheren Preisen. Die Parteistellen sahen sich veranlasst, öffentlich gegen dieses Gebaren Stellung zu nehmen. Der Kreisleiter von Aussig machte den Anfang. Ihm folgte der Kreisleiter von Teplitz-Schönau. Beide Aufrufe hatten den gleichen Sinn. Der Aufruf von Teplitz-Schönau lautete:

"Die Polizei stellte in den letzten Tagen eine grosse Menge gehamsterter Genuss- und Lebensmittel bei Besuchern aus dem Altreich fest. Da trotz dieser Aktion diese üble Methode, wodurch manche Verknappung im örtlichen Bedarf herbeigeführt wird, kein Ende nimmt, sehe ich mich leider veranlasst, die gesamte Bevölkerung und namentlich die Kaufmannschaft zur Abwehr gegen diese sinnlosen Hamsterkäufe aufzurufen. Hierbei stelle ich ausdrücklich fest, dass sich viele Gegenstände als Reiseandenken besser eignen als Bohnenkaffee und Eier. Hiermit beauftrage ich die gesamte Amtswalterschaft der Partei, diese Aktion tatkräftig zu unterstützen und zwar 1) durch Aufklärung und 2) durch Anzeige bei den zuständigen Polizei-Dienststellen. Jedes Parteimitglied, gleichgültig ob Kaufmann oder Käufer, das sich irgendwie an diesen Hamsterkäufen beteiligt, wird auch seitens der Partei zur Verantwortung gezogen. Ich gebe unter keinen Umständen zu, dass durch derart herbeigeführte Massenkäufe eine örtliche Verknappung eintritt und wünsche, dass die Kaufleute nur ihrer angestammten Kundschaft und dieser nur die üblichen

Mengen an Genuss- und Lebensmitteln, an Stoffen, Wolle und anderen Artikeln verkaufen."

Trotz dieser Androhungen steigen selbstverständlich die Preise weiter. Die Käufer selbst wehren sich nicht gegen die erhöhten Preise, weil sie froh sind, wenn sie überhaupt etwas bekommen und weil sie wissen, dass die Geschäftsleute, wenn sie ihren alten Warenbestand verkauft haben, beim nächsten Einkauf ebenfalls höhere Preise zahlen müssen. Die Geschäftsleute haben es bei dem verknüpften Warenbestand ohnehin in der Hand, sich gute Kunden zu sichern und schlechte Zahler vom Halse zu halten.

Die westböhmisches Kurorte wollten, um ihrem Prestige nicht zu schaden, weniger massiv vorgehen. Es half aber nichts. So entschloss sich der Kreisleiter von Karlsbad am 1. Juni 1939 ebenfalls zu einem bezeichnendem Aufruf, in dem es hiess:

"Um umlaufenden Gerüchten zu steuern, gebe ich bekannt, dass von einer Verknappung der Lebensmittel infolge des starken Verkehrs in Karlsbad nicht die Rede sein kann. Der Bedarf an Kaffee für Karlsbad ist beispielsweise vollständig gedeckt. Die getroffenen Massnahmen lassen ferner eine regelmässige Anlieferung aller Waren gesichert erscheinen. Hamstereien seitens der einheimischen Bevölkerung sind daher vollkommen überflüssig. Durch Ueberwachung der Zureisen von Ausflüglern ist auch Vorsorge getroffen, dass unseren Kurgästen nichts entzogen wird, so dass die "Karlsbader Kur" ihren Jahrhunderte alten Ruf wahren kann."

Diese Bestimmungen haben dazu geführt, dass auf den aus Karlsbad führenden Strassen und insbesondere auf den Fusswegen Razzien durchgeführt und jeder aus der Stadt kommende Passant auf Hamsterware durchsucht wird.

Die grossen Karlsbader Hotels sind zur Zeit von den Neureichen in Partei- und Staatsstellungen voll belegt, aber die übrigen Pensionate bzw. Kurwohnhäuser warten noch immer auf den Andrang. Dieser Zustand veranlasste die Kurverwaltung am 4. Juni zu einer Veröffentlichung, in der festgestellt wird:

"Am 1. Juni befanden sich in Karlsbad 5.068 gleichzeitig anwesende Kurgäste. Da Karlsbad über rund 12.000 Betten verfügt, ist also auch die Unterbringung weiterer 7.000 Kurgäste gewährleistet. Dasselbe gilt für die Kureinrichtungen, die ebenfalls für einen weit stärkeren Kurbesuch gerüstet sind."

Das ist die Lage. Die Preise sind hochgeschwollen, die Lebensmittelzufuhr weist Mängel auf, die Qualitätswaren in Wäsche und Bekleidungsartikeln aller Art werden rar. Die Erholung suchenden Kurgäste sind nur zu einem geringen Prozentsatz Ausländer. Die Kapazität der Kurorte ist bei Beginn der Hochsaison noch immer nur zur Hälfte ausgenutzt. Der Durchgangsverkehr bzw. der Kurbesuch von Passanten ist ein Hamsterfischzug, gegen den die gesamte Polizei- und Parteimacht in aller Öffentlichkeit aufgeboten werden muss, ohne das Uebergreifen dieser Hamsterwelle auf die einheimische Bevölkerung verhindern zu können. Die Uebertreibungen der Reklame über die Organisation des Kurbetriebes und des Kurbesuches erfordern fortgesetzte Berichtigungen der verantwortlichen Stellen.

2. Bericht:

Die Ascher Industrie machte nach dem Umsturz in Deutschland gute Exportgeschäfte, da eine Reihe von ausländischen Einkäufern, die das Dritte Reich boykottierten, hier Waren von ebenso guter Qualität kaufen konnten. Die Arbeitslosigkeit war deshalb hier nicht so ausgeprägt, wie in anderen sudetendeutschen Bezirken. Dieser Vorteil ist mit der Annexion des Sudetenlandes verloren gegangen. Die Folge davon ist, dass seit dem 1. September 1938 bereits 840 Arbeiter ins alte Reichsgebiet in Arbeitsstellen vermittelt wurden. In dieser Zahl sind auch diejenigen Arbeiter enthalten, die in den letzten Tagen vor der Besetzung des Gebietes aus politischen Gründen ins Altreich geflüchtet waren. Sie durften nach der Besetzung nur in besonderen Fällen wieder zurückkehren. Die meisten der Ascher Arbeiter sind nach Mitteldeutschland in die Bunawerke und Braunkohlen-Vergasungswerke gebracht worden. Nur wenige kamen als Bauarbeiter zum Bau der KdF-Wagen-Werke nach Fallersleben. Die Arbeiter verdienen im Durchschnitt verhältnismässig gut, die Kaufkraft ihres jetzigen höheren Lohnes ist aber geringer geworden gegenüber ihren Verdiensten in der Ascher Industrie in der Tschechoslowakei. Es muss ein doppelter Haushalt geführt werden, da sich die Familien bisher in der Regel gestraubt haben, den Männern in die neuen Beschäftigungsorte zu folgen. Da aber nur in Einzelfällen die Rückkehr erlaubt wird, (z.B. bei Magen- und Darmerkrankungen) haben in der letzten Zeit doch die Übersiedlungen der Familien begonnen. Einzelne Arbeiter hoffen, sich durch sparsames Leben etwas zurücklegen zu können, um als Kleinbauern später wieder in die Egerer Heimat zurückkehren zu können.

Der Export von Pilsner Bier ist stark zurückgegangen. Die Brauereien werden zwar verpflichtet, keine Arbeiter zu entlassen, aber der bestehende Zustand kann nicht lange durchgehalten werden. Hauptabnehmer von Pilsner Bier war Amerika, das jetzt alle Produkte aus dem Protektoratsgebiet boykottiert. Der Inlandsabsatz hat sich aber bis jetzt nicht gehoben.

3. Bericht (Aus Reichenberg):

Im Reichenberger Gebiet wird eine umfassende Schrottsammelungsaktion durchgeführt. Um den Sammeleifer zu erhöhen, werden jetzt schon wieder Versprechungen auf die Winterhilfe gemacht. Man will offenbar das Sudetengebiet in kürzester Zeit in jeder Hinsicht ausräumen. Der Bezirk Reichenberg konnte im März 217 und im April 136 Waggons mit Schrott abliefern.

Der Export von Textilien aus dem Reichenberger Gebiet war bisher noch leidlich, weil die Firmen bemüht waren, ihre Lieferungsverträge einzuhalten. Sie haben aber ihren Käufern schreiben müssen, dass sie gern ganz oder teilweise von ihren bisherigen Lieferungsverträgen zurücktreten möchten, weil die Lagerbestände ins Altreich überführt worden seien. Die Rohstoffe sind schon so knapp, dass Feierschichten nicht mehr zu vermeiden sind. Es werden teilweise Maschinen abgebrochen, weil Stahl und Gusseisen notwendig gebraucht werden und man anscheinend nicht mehr darauf rechnet, noch einmal voll beschäftigt zu sein.

Die Reklame mit der neu ins Gebiet einzuführenden optischen Industrie nimmt rasch wieder ab. Bis Anfang Mai konnten bei den Zweigbetrieben von Zeiss und Rodenstock ganze 92 einheimische-

Arbeiter untergebracht werden. 326 Leute wurden aus dem Altreich mitgebracht.

Die Gablonzer Bijouterie-Industrie ist sehr besorgt, ob es den Emigranten aus dem Sudetenland gelingt, in England, Amerika und den nordischen Staaten Bijouterie-Industrien aufzubauen. Vor der Eingliederung der Sudetengebiete konkurrierte die Gablonzer Bijouterie-Industrie mit der des Altreichs auf diesen Märkten. Wenn jetzt dort selbständige Industrien entstehen, wäre Gablonz allein auf den Bedarf der Achsenmächte und der ihnen angeschlossenen Länder angewiesen, was nicht annähernd zur Vollbeschäftigung ausreichen würde.

Reichenberg soll ein eigenes Theater bekommen. Der Plan

ist schon entworfen. Der Bau soll 5 Millionen RM kosten. Den Löwenanteil haben die Reichenberger selbst aufzubringen. Die Arbeiter und Angestellten werden in den Betrieben aufgefördert, zum Bau beizusteuern. Ausserdem müssen sie Baudienst leisten. Pro Woche sind 3 Stunden festgesetzt. Wer sie nicht machen will, hat 1,50 RM zu zahlen, die gleich vom Lohn abgezogen werden. Dieses Verfahren hat bei den Arbeitern viel Unwillen erregt, auch bei den Parteimitgliedern.

A. Bericht:

Die Männer des Sudetengebiets sind entweder zur Arbeit ins Altreich verschickt oder zu Militärlübungen eingezogen worden. In allen Orten finden geradezu Massenverhaftungen statt. Kleine Städte von 6 - 7.000 Einwohnern haben mehr als 150 neu Verhaftete. Die Löhne werden immer mehr weggesteuert zum Aufbau des grossen deutschen Vaterlandes.

Unter den früher demokratischen Menschen und Gruppen kann man drei Richtungen unterscheiden. Die erste bereut, nicht rechtzeitig emigriert zu sein. Die Unterwerfung unter die Drangsalierungen fällt ausserordentlich schwer und es herrscht nur der eine Wunsch, diesem Leben entfliehen zu können.

Eine zweite Gruppe von Menschen lebt von der Schadenfreude über das, was eingetreten ist. Alles wird als bereits bekannt und erwartet hingenommen, ohne sich gross zu erregen und man lebt in der Ueberzeugung, dass auch die gegenwärtigen Zustände sich wieder ändern werden. Die Solidarität in der Schadenfreude ist ein wirksames Bindeglied.

Die dritte Gruppe besteht aus den Kapitulantem. Sie nehmen alle Verschlechterungen aus Opportunitätsgründen hin und heucheln Zufriedenheit und Begeisterung. Meist ist es Angst und Feigheit, gepaart mit Charakterlosigkeit.

Die indifferenten Mitläufer der Partei betäuben sich an den riesigen Festveranstaltungen, wie sie z.B. der 1. Mai brachte und die laufend aus den verschiedensten Gründen arrangiert werden. Gegenwärtig wird wieder eine Kolonialwoche vorbereitet. Diese Mitläufer stellen zweifellos das Gros der Sudetendeutschen dar. Sie sind glücklich, dass sie als grosse Herde einen Einsatzwert haben, an den appelliert wird.

Nachträge aus Danzig

Berichte vom 28. Juni bis 6. Juli.

28. Juni 1939:

Die Situation in Danzig ist äusserst bedrohlich. Man hört von Nazi-Seite immer wieder, Sonntag, den 2. Juli als das Datum nennen, an dem sich das Schicksal Danzigs "vollenden" soll. Die Vorbereitungen haben ein ausserordentliches Tempo angenommen. In den letzten Tagen sind immer neue Militärurlauber aus Deutschland in Danzig eingetroffen. Sie kommen natürlich in Zivil. Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche Leute, die erst zu Pfingsten in Danzig in Urlaub waren. Die Leute haben die Anweisung, sich innerhalb 24 Stunden in den SS-Dienststellen, die für jeden einzelnen genau benannt sind, zu melden. Dort erhalten sie SS-Uniformen mit Totenkopf. Ich schätze auf Grund von zahlreichen Angaben, die ich im Laufe der Zeit erhalten habe, die Zahl der bis jetzt nach Danzig beorderten deutschen Soldaten auf 7.000 bis 8.000. Es können mehr sein, weniger sicherlich nicht. Ich bemerke aber, dass niemand eine genaue Zahl nennen kann.

Von gestern Abend bis heute Vormittag etwa 11 Uhr sind in Danzig viele Pferdetransporte eingerückt. Man schätzt wesentlich mehr als 800 Pferde - soviel hatte der Senat bekanntlich in Danzig gekauft. Auch hier ist keine genaue Zahl zu erhalten. Die Pferde des Städtischen Fuhrparks waren heute Nacht fast sämtlich unterwegs. Sie haben von Dubbashaken an der ostpreussischen Grenze Flak-Geschütze geholt und sie nach der Schupokaserne Langfuhr gebracht. Es gibt in Danzig auch schon eine ganze Anzahl Tanks, von denen ich aber nicht genau weiss, wie sie nach Danzig hereingebracht worden sind.

Heute Vormittag rückten 22 Militärlastwagen mit je 6 bis 8 Mann Besatzung in die Stadt ein. Sie kamen aus der Danziger Niederung, sind also vermutlich über die ostpreussische Grenze gebracht worden. Was sie geladen hatten, weiss ich nicht. Auf dem Hof der Wiebenkaserne, die bereits zum Teil geräumt ist, stehen zahlreiche Gulaschkanonen, Typ JC.

29. Juni 1939:

Jetzt wissen wir auch, wie das vielgenannte Danziger Freikorps heisst. Seit heute tragen die Leute mit den SS-Uniformen Armbinden mit der Aufschrift "SS-Heimwehr Danzig". Auf dem linken Kragenspiegel haben sie den Totenkopf. Die SS-Heimwehr neigt nicht gerade dazu, sich zu verstecken. Sie macht im Gegenteil Umzüge durch die Stadt oder auch einen organisierten Bummel in den Hauptverkehrsstrassen. Macht man solche Theaterdarbietungen, wenn es wirklich ernst werden soll? Sonst sieht aber alles sehr bedrohlich aus.

Heute Nacht war hier der Teufel los. Man hatte wohl am gestrigen Tage bei Dubbashaken wieder in unheimlichen Mengen Waffen geschmuggelt, wenn man das überhaupt noch Schmuggel nennen kann. Alles geht jetzt ganz öffentlich vor sich, und die polnischen Zollkontrolleure scheinen überhaupt nicht mehr das geringste

gegen diese Dinge zu unternehmen oder unternehmen zu können. Jedenfalls befinden sich seit gestern Artilleriegeschütze und viel Artilleriemunition in Danzig, die neu angekommen sind. Die Waffentransporte wurden am späten Abend und in der Nacht zur Schichauwerft geleitet. Wir haben ja schon des öfteren über Waffenschmuggel zur Schichauwerft berichtet. Man brachte die Waffen durch die Elbinger Weichsel auf Prämen nach Danzig, in denen gleichzeitig von Schichau-Elbing Maschinen für in Danzig auf der Schichauwerft erbaute Schiffe transportiert wurden.

Gestern und heute hat man auch Geschütze und Flugzeugabwehrgeschütze auf dem Bischofsberg bei der neuen Jugendherberge installiert. Der Kasernencharakter der Jugendherberge wird immer deutlicher sichtbar. Die Absperrungen auf dem Bischofsberg werden weiterhin aufrecht erhalten. Wer keinen Passagierschein vorzeigen kann, wird nicht zugelassen. Die Passierscheine stellt die SS aus. Aber was auf dem Bischofsberg vor sich geht, weiss jeder Mensch in Danzig, der ein wenig offene Augen und Ohren hat.

Auch auf dem Hagelsberg hat man mit Befestigungsarbeiten begonnen. In den dortigen Kasematten befinden sich ja seit langem Infanteriewaffen, auch Maschinengewehre. Eine ganze Anzahl von Erdarbeitern, Maurern und Zimmerleuten haben dort mit der Arbeit angefangen. Ab heute wird die Absperrung, die ja zum Teil vorher bestand, genau so streng durchgeführt wie auf dem Bischofsberg.

Man muss noch die Bauarbeiten auf der Danziger Höhe bei Matzkau, Schönfeld, Kleschkau usw. beachten. Dort wird fieberhaft gearbeitet. Auch dorthin sollen Geschütze transportiert worden sein.

30. Juni 1939:

Die Militarisierung geht mit grösster Beschleunigung weiter. Wichtig erscheint mir die Wendung in der Stimmung der Bevölkerung zu sein, die jedem aufmerksamen Beobachter bemerkbar wird. Bisher hat die Ueberzeugung vorgeherrscht, dass Danzig ohne Krieg zum Reich kommen werde. Man hat sich eben an die "unblutigen" Siege des "Führers" gewöhnt. Dass die Danziger Bevölkerung ihre Meinung geändert hat, haben sich die Nazis selbst zuzuschreiben. Wenn die ganze Stadt im Zeichen der Bewaffnung, der Befestigungsarbeiten und der Bildung der sogenannten Heimwehr steht, liegt der Gedanke an einen Krieg doch zu nahe, als dass er unterdrückt werden könnte. Und in der Tat macht sich in Danzig plötzlich Kriegsfurcht breit. Wir haben mit vielen Leuten gesprochen, auch mit Nazis, die ihre Beklammungen nicht verbargen. So sagte mir jemand, der ein guter Pg. ist, und mich auch nicht für einen Gegner der Nazis hält, er glaube nicht mehr daran, dass Danzig jetzt schon zum Reich zurückkomme, da doch alles dafür spreche, dass sich die Polen wehren werden. Wenn also wirklich am Sonntag die Sache losgehen sollte, so könne man doch nur mit einem Krieg rechnen.

Eine ähnliche Ansicht äusserte ein Zollbeamter, der an der ostpreussischen Grenze Dienst macht. Er erzählte einem unserer Freunde von dem umfangreichen Waffenschmuggel, den er dort beobachtet hat. Dabei meinte er, dass alles sehr stark nach Krieg aus. "Von mir aus", so sagte er, "sollen sie ruhig so weiter machen. Ich mache da aber nicht mit. Ich habe den letzten Krieg noch nicht vergessen. Ich werde mich schon zu drücken wissen." Dieser Zöllner war schon vor dem Umsturz Mitglied der NSDAP.

3. Juli 1939:

Es ist also nichts geschehen. Der Sonntag ist wie alle übrigen Tage vergangen. Die Dinge sind jedoch noch alle im Fluss. Das Stadtbild hat sich in keiner Weise verändert, und die meisten sind hier der Auffassung, dass alles, was nicht gestern gekommen ist, sehr gut auch morgen oder an einem anderen Tage kommen könne. Es wird erzählt, dass nunmehr im September, und zwar in den ersten Tagen, losgeschlagen werde. Dass Hitler wieder einmal eine Schlappe erlitten hat, ist noch niemand zum Bewusstsein gekommen. Gerade heute hat der Senat ja eine richtige Kriegsverordnung erlassen. Ich meine den erweiterten Arbeitsdienst, zu dem jetzt alle Danziger Staatsbürger verpflichtet werden. Diese Verordnung hat grossen Eindruck auf die Leute gemacht. Jeder erkennt ihren ausgesprochenen Kriegscharakter. Natürlich wird viel geflucht und geschimpft, denn alle Leute fürchten, eingezogen zu werden. Unter den Arbeitern ist die Buddelei sehr verhasst. Autostrassen und Befestigungsarbeiten haben bei ihnen einen schlechten Ruf. Man rechnet, dass die Aushebungen bereits in den nächsten Tagen erfolgen werden.

Wie ich heute tagsüber gehört habe, ist der Waffenschmuggel noch im vollen Gange. In den letzten Nächten ist im Danziger Hafen täglich ein 150 bis 200-Tonnen-Dampfer mit Waffen aus Pillau gekommen. Die Ladung wurde stets nachts gelöscht. Die Waffen scheinen in grossem Umfang zur Schichauwerft gebracht worden zu sein. Von gestern ab sind gewisse Teile des Geländes auf der Schichauwerft abgesperrt. Niemand, der nicht durch Ausweis dazu ermächtigt ist, darf die Absperrung passieren.

Sehr auffällig ist auch der starke Flugverkehr zwischen Danzig und Ostpreussen. Die Flieger fliegen in grosser Zahl die Frische Nehrung entlang. Ich weiss darüber nichts Näheres.

Die Einberufung von Leuten, die bereits in der Reichswehr gedient haben, geht weiter. Sie werden zu Übungen von 6 bis 12 Wochen nach dem Reich geschickt. Seit etwa 2 Wochen nimmt die SS diese Einberufungen vor.

In der ganzen Vorwoche war in Forsters Villa in Wordel, Kreis Danziger Niederung, General der Flieger Bodenschatz zu Gast. Die Leute erzählen, dass bei dieser Gelegenheit der "Putsch"-Plan ausgearbeitet worden sei.

6. Juli 1939:

Am Montag und Dienstag sind unter den Arbeitern auf dem Bischofsberg und auch in Matzkau Verhaftungen vorgenommen worden. Die Leute sind noch nicht frei. Man spricht, wie immer, von Spionage.

Seit heute bemerken wir, dass die "Heimwehr" langsam "abgebaut" wird, aber nur insofern, als zahlreiche Leute, die bisher die Armbinde mit der Aufschrift "SS-Heimwehr Danzig" trugen, jetzt ohne diese Armbinde, nur mit dem Totenkopf auf der Uniform, erscheinen. Ein merkwürdiger Vorgang!

Alle Lenddienstjahr-Lager werden geräumt. Sie sollen zur Unterbringung von Militär dienen. Die grosse neue Volksschule in Danzig-Ohre wird ebenfalls noch in dieser Woche geräumt. Sie soll Lazarett für Militärverwundete werden. Das alles sieht nicht gerade danach aus, als wolle man noch lange warten.

II. Der Arbeitseinsatz

1) Die Erschöpfung der Arbeitskraftreserve

Keine Sorge lastet so schwer auf dem nationalsozialistischen Regime wie die zunehmende Erschöpfung der Arbeitskraftreserven. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist fast vollständig auf die Anstrengung konzentriert, von diesem Notstand nicht überwältigt zu werden. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, dass Deutschland, eines der dichtbevölkertsten Länder der Erde, zu wenig Menschen hat. Es ist die gewaltige Kriegsrüstung des Dritten Reichs, die die Menschenreserven aufzehrt und die zur Folge hat, dass immer grössere Menschenmassen in die Front der Kriegsvorbereitung einrücken und dass dennoch der Menschenmangel immer grösser wird. Es ist aber eine Lebensfrage für das Regime, in der Erreichung seiner Machtziele durch die Erschöpfung dieser unersetzlichen Kraftreserve nicht gehemmt zu werden. Ohne das dynamische Wachstum der deutschen Produktionsleistung muss die Methode der Einschüchterung durch Kriegsdrohung ihre Kräfte einbüssen und damit die Fortsetzung der aussenpolitischen Erfolge in Frage gestellt werden, mit denen das Regime bisher die Misstimmung im Innern einigermaßen kompensieren konnte.

Zu Beginn des vorigen Jahres wurden die fehlenden Arbeitskräfte auf 500.000 beziffert (siehe Heft 2/1939, Seite A 31). Ende Mai 1938 gab es nach der Statistik der Krankenkassen 19,9 Millionen Beschäftigte, Ende Mai 1939 21,6 Millionen. Es war also gelungen, im Laufe eines Jahres 1,7 Millionen Menschen mehr in Arbeit zu bringen, also mehr als das Dreifache der Fehlmengen von 1938. Trotzdem ist der Arbeitermangel nicht kleiner geworden, sondern noch mehr angewachsen. Staatssekretär Syrup schätzte Anfang April, dass in Industrie und Landwirtschaft rund 1 Million Arbeitskräfte fehlen. Dieser Schätzung liegen die bei den Arbeitsämtern angemeldeten offenen Stellen zugrunde. Aber nach der "Frankfurter Zeitung" (vom 2. 4. 1939) werden keineswegs alle offenen Stellen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Denn die Statistik könne die Fälle nicht erfassen, in denen die Hoffnung, geeignete Arbeitskräfte zu finden, aufgegeben worden sei, oder wo Projekte wegen des bestehenden Mangels an

Arbeitern erst gar nicht in Angriff genommen worden seien. Allein im Monat April 1939 wurden im Gesamtreich, also einschliesslich der Ostmark und des Sudetengaus, 910.000 Arbeiter und Angestellte in Beschäftigung gebracht. Der amtliche Bericht, der diese Zahlen mitteilt, sagt, dass "verwendungsfähige Kräfte immer knapper werden und dass trotz der starken Erhöhung des Beschäftigungsstands sich die Mangellage i. Arbeitseinsatz abermals verschärft hat". Nach der amtlichen Publikation "Arbeitseinsatz im deutschen Reich" vom März kamen im Februar in der Landwirtschaft auf 135.000 offene Stellen nur 9.000 Arbeitsangebote. Um 47.000 offene Stellen in der Metallindustrie bewarben sich nur 9.000 Metallarbeiter.

Die Reserve, die in den Arbeitslosen liegt, ist so gut wie völlig erschöpft. Dorthin sind kaum noch Arbeitskräfte, schon gar nicht brauchbare Fachkräfte zu gewinnen. Nach dem Reichsarbeitsblatt 1939, Nr. 13 gab es Ende März im Altreich 134.017 Arbeitslose. Davon waren 60.336, das sind 45%, nicht volleinsatzfähig. Von den "in ihrem Beruf volleinsatzfähigen und für den Ausgleich geeigneten" Arbeitslosen, d.h. von solchen, die Arbeit in ihrem Beruf annehmen und nach anderen Orten verschickt werden können, waren:

Bergarbeiter	41
Metallarbeiter	536
Chemiearbeiter	13
Gummiarbeiter	6
Textilarbeiter	101
Bauarbeiter	4.217
Maschinisten und Heizer	58.

Von diesen Arbeitslosen ist zweifellos eine grosse Zahl, vor allem von Bauarbeitern, nur vorübergehend bis zum Beginn der neuen Arbeit arbeitslos. Diese Reserve ist also praktisch vollkommen erschöpft. Eine industrielle Reservearmee, die diese Bezeichnung verdient, gibt es in Deutschland nicht mehr. Die als arbeitslos Registrierten haben an dem ausserordentlichen Zuwachs an Arbeitskräften, die das Regime bis in die letzte Zeit aufzubieten vermocht hat, einen nur ganz verschwindend geringen Anteil. Von 1937 bis 1938 wurden noch rund 450.000 Arbeitskräfte aus den Reihen der Arbeitslosen gewonnen, von 1938 bis 1939 nur noch rund 110.000.

Die Neubeschäftigten, die in den letzten Jahren in den Arbeitsprozess eingereiht wurden, entstammen also überwiegend den Schichten, die bisher noch nicht im Arbeitsverhältnis gestanden hatten.

den Selbständigen, die "ausgekämmt" d.h. zwangsweise proletarisiert werden, und ferner aus den Schichten derjenigen, die aus dem Arbeitsprozess bereits ausgeschieden oder in den Arbeitsprozess noch nicht eingereiht waren. Diese Reserven, auf die man erst nach dem Ausbruch der Kriegshandlungen zurückzugreifen brauchte, müssen also diesmal schon in der Zeit der Kriegsvorbereitung angegriffen werden. Aber die Möglichkeiten, mit ihrer Hilfe die produktionshemmenden Wirkungen des Arbeitermangels aufzuhalten, sind begrenzt. Einmal, weil der Arbeitsertrag sinken muss, wenn der Anteil minderleistungsfähiger Kräfte an der Gesamtarbeiterschaft wächst, und dann, weil die Einbeziehung neuer Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess in der Regel auch ihre Kaufkraft erhöht und damit einen Mehrverbrauch an Konsummitteln hervorruft, der an den Material- und Devisenreserven zehrt.

Sind also neue Arbeitskräfte nur in beschränkter Masse zu mobilisieren, so muss umso mehr mit den vorhandenen Kräften gespart werden. Das geschieht:

- 1) durch verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft;
- 2) durch Rationalisierung und Mechanisierung der Produktion;
- 3) durch planmäßige Lenkung der Arbeitskräfte.

Die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeitskräfte erfolgt insbesondere durch Verlängerung der Arbeitszeit. Im April 39 war die Zahl der Beschäftigten um 7,2%, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 7,9% höher als im April 1938. Die auf den einzelnen Arbeiter entfallende Arbeitszeit war also verlängert worden. Im April dieses Jahres betrug die tägliche Arbeitszeit in der Gesamtindustrie 7,9 Stunden, in der Industrie der Produktionsgüter 8,07 Stunden.

Aber diese amtlichen Durchschnittsziffern geben keinen Begriff von den wirklichen Verhältnissen in den Betrieben. Aus den amtlichen Zahlen darf man nicht etwa den Schluss ziehen, dass sich die Arbeitszeit in der deutschen Industrie um 8 Stunden bewegt. In diesen Durchschnittszahlen ist die gesetzlich begrenzte Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen enthalten. Es ist ferner zu berücksichtigen, dass im April wegen der frühen Jahreszeit teilweise noch nicht voll gearbeitet worden ist und dass in der Textilindustrie wegen Rohstoffmangels vielfach noch kurz gearbeitet wird. Nach dem März-Bericht

der Industrie- und Handelskammer Berlin war in der Metallindustrie die tägliche Arbeitszeit auf 9 bis 10 Stunden gestiegen. Gemeint ist aber offenbar, die normale Arbeitszeit ohne Ueberstunden. Alle diese Angaben lassen überdies die Steigerung des Arbeitstempos ausser acht.

Diese Verschärfung der Ausbeutung bringt zwangsläufig die Gefahr mit sich, dass die Arbeitsleistung infolge Erschöpfung der Arbeiter nachlässt. Die "Deutsche Wirtschaftszeitung" (Nr. 25) äussert ihre schweren Bedenken dagegen, dass die Arbeitszeit noch weiter verlängert wird:

" Die maximale Arbeitszeit, d.h. eine Arbeitszeit, die genügend Freizeit lässt, um den Kräfteverbrauch während der Arbeit vollständig wieder auszugleichen, dürfte auf keinen Fall überschritten werden, wenn man nicht die Gefahr eines dauernden Absinkens der Leistung und vorzeitiger Invalidität laufen will."

Die Tatsachen zeigen, wie begründet diese Warnung ist. In wichtigen Zweigen der Wirtschaft ist die Arbeitsproduktivität gesunken zum Teil wegen der Einstellung minderqualifizierter Kräfte, zum überwiegenden Teil wegen der Erschöpfung der Arbeiter infolge zu langer Arbeitszeit und zu scharfer Anspannung der Arbeitskraft. Die "Märkische Treuhandstelle für Bausteine und Ziegel", die im vorigen Jahre auf Anordnung Görings als eine Art Zwangskartell der Baustoffindustrie gegründet worden ist, schreibt in ihrem ersten Rechenschaftsbericht, dass sich in der Ziegelkampagne 1938 infolge unzureichender Arbeiterversorgung bei der Rohlingsherstellung Produktionsverluste von 25 bis 30% ergeben haben und dass hier und dort sich auch ein gewisser Leistungsrückgang bei einzelnen Gefolgschaftsmitgliedern gezeigt habe. Die Verwaltung dieser halbamtlichen Stelle ist natürlich gezwungen, sich über diesen Punkt sehr zurückhaltend auszudrücken.

Am folgenschwersten ist der Produktionsrückgang in zwei Wirtschaftszweigen von entscheidender Wichtigkeit, im Bergbau und in der Landwirtschaft. Es kann auf die Dauer nicht ausbleiben, dass sich der Rückgang der Erzeugung in diesen beiden Zweigen der Urproduktion auf andere Produktionszweige überträgt. Die Anziehungskraft der leichteren Arbeit und der höheren Löhne veranlasst die jungen Kräfte, der Grube und dem Bauernhof den Rücken zu kehren und in die Rüstungsindustrie abzuwandern. (siehe darüber Abschnitt 3 und 4).

Andererseits würde ohne diesen massenhaften Zuzug vom Lande und aus den Bergbaugebieten die Arbeitskraftlücke in der eigentlichen Kriegsindustrie noch grösser sein.

Wie der Steigerung der individuellen Arbeitsleistung, so sind auch der Rationalisierung und Mechanisierung schwer übersteigbare Grenzen gesetzt. Diese Grenzen sind einerseits vom Mangel an Material, andererseits vom Mangel an Arbeitskräften bestimmt. Das Optimum der Kapazitätsausnutzung ist in zahlreichen Fällen bereits überschritten. Neuinvestitionen, die Menschen und Material ersparen sollen, verbrauchen ihrerseits selbst erst einmal Menschen und Material. Es ist deshalb unmöglich, die kriegswichtige Produktion mit Maschinen auszurüsten, ohne das dafür erforderliche Quantum Arbeitskraft und Rohstoffe minder kriegswichtigen Zwecken zu entziehen. Deshalb ist die Rationalisierung auf wichtigen Gebieten der Industrie unter zentrale staatliche Lenkung gestellt worden mit dem Ziel, alles, was vom Gesichtspunkt der Kriegswichtigkeit überflüssig oder minderwichtig ist, aus der Produktion auszuscheiden und schon jetzt die Industrie auf den Kriegszustand umzustellen. (Vgl. auch Heft 5/1939, Seite A 56 ff.)

Je begrenzter also die Möglichkeiten sind, die Arbeitsleistung durch Verlängerung der Arbeitszeit, Verschärfung des Arbeitstempos und vermehrte Rationalisierung zu erhöhen, umso grössere Bedeutung kommt dem dritten Mittel zu: der Lenkung der Arbeitskraft.

2) Die staatliche Lenkung der Arbeitskraft

An die Stelle des Arbeitsmarktes ist in den letzten Jahren mehr und mehr die staatliche Arbeitslenkung, die Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskraft, die Rationierung des Arbeitermangels getreten. Diese staatliche Lenkung erfolgt nach folgenden Gesichtspunkten:

- 1) jeden kriegswirtschaftlich unerwünschten Wechsel des Arbeitsplatzes auszuschliessen;
- 2) der Kriegsrüstung die notwendigen Arbeitskräfte zuzulenken;
- 3) möglichst alles verfügbar zu machen, was als Arbeitskraft schon jetzt und im Ernstfall eingesetzt werden kann.

Die Bestimmungen, die die Freizügigkeit des Arbeiters aufheben und den Wechsel des Arbeitsplatzes von staatlicher Genehmigung abhängig machen, werden ständig verschärft, weil es bisher nicht

gelungen ist, zu verhindern, dass die Betriebe einander Arbeitskräfte abspenstig machen. Bereits 1934 wurde die Einstellung von Jugendlichen unter 25 Jahren von amtlicher Zustimmung abhängig gemacht. 1937 wurde verordnet, dass Maurer und Zimmerer nur mit schriftlicher Genehmigung des Arbeitsamtes eingestellt werden dürfen. Nach der III. Göring-Verordnung von 1938 muss die Beschäftigung von Metall- und Baufacharbeitern dem Arbeitsamt angezeigt werden, um die Abwanderung von Facharbeitern aus diesen Berufen zu verhindern. (siehe Heft 10/1937, Seite A 97; Heft 7/1938, Seite A 34). Da das Wegengagieren und die unerwünschte Fluktuation der Arbeitskräfte trotz dieser Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels nicht aufgehört hat, wurden schliesslich auch die Befugnisse der Arbeitsämter bedeutend erweitert. Die Grundlage dafür war die Verordnung Görings vom 22. Juni 1938 über die allgemeine Dienstpflicht (siehe Heft 7/1938, Seite A 31 ff.) und die Verordnung vom 13.2. 1939 "zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" (siehe Heft 2/1939, Seite A 33ff.) Die erste Verordnung sichert dem Staat die unbeschränkte Verfügung über die Arbeitskraft, die zweite bestimmt, dass jedes Arbeitsverhältnis von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig gemacht werden kann. Darit war die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, jeden Reichsbewohner an die Arbeitsstelle zu verschicken, die der Staat für ihn auswählt.

Inzwischen hat sich der Arbeitermangel weiter verschärft. Deshalb wird die Ermächtigung, die sich der nationalsozialistische Staat mit diesen beiden Verordnungen selbst erteilt hat, schärfer angewendet, als offenbar ursprünglich vorgesehen war. Das zeigen zwei ausserordentlich wichtige Massnahmen auf dem Gebiete der staatlichen Arbeitskraftlenkung, die zweite Durchführungsanordnung zur Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung (Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels) vom 10. März 1939 (Reichsgesetzblatt I, Seite 144) und die Verordnung über das Arbeitsbuch vom 22. April 1939 (Reichsgesetzblatt I, Seite 824).

Die Verordnung über die "Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels", die am 15. März in Kraft getreten ist, wird in ihrer Präambel damit begründet, dass sich Deutschland bei den grossen Aufgaben seines weiteren Wiederaufbaues auf die Dauer unmöglich den Verlust leisten

könne, der mit der ungesunden Fluktuation unter den Arbeitskräften verbunden ist, und dass es ebensowenig den Dauerverlust an Arbeitskraft ertragen könne, den einzelne staatspolitisch besonders wichtige Wirtschaftszweige, vor allem die Landwirtschaft, ständig erleiden.

In einer Anweisung, die der Reichsarbeitsminister den Arbeitsämtern zu dieser Anordnung erteilt hat (Reichsarbeitsblatt 1939, Heft Nr. 9, Seite 141 ff.) heisst es, dass die Vorschriften der Anordnung eine wesentliche Beschränkung der Freizügigkeit bringen. Um die Durchführbarkeit nicht in Frage zu stellen, habe man sich auf das Notwendigste beschränken müssen. Deshalb seien nicht alle Wirtschaftszweige erfasst, sondern nur die Wirtschaftszweige und Einzelbetriebe, die für die Durchführung des Vierjahresplanes besondere Bedeutung haben und deren Produktion durch den unerwünschten Abzug von Arbeitskräften unter keinen Umständen beeinträchtigt werden darf."

Nach dieser Anordnung ist die Kündigung und Einstellung von Arbeitskräften aus folgenden sechs Wirtschaftszweigen:

Landwirtschaft,
Forstwirtschaft,
Bergbau (ausser Steinkohlenbergbau),
Chemische Industrie,
Baustoffherstellung,
Eisen- und Metallwirtschaft,

nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes erlaubt. Unter diese Bestimmungen fallen auch öffentliche Betriebe und Verwaltungen. Zu der chemischen Industrie gehören auch die Kohlehydrierung, die Herstellung von Kunstseide, Zellstoff, Zellwolle, Buna und synthetischen Kraftstoffen, zum Bergbau selbstverständlich auch die heimische Erzförderung der Hermann Göring-Werke.

Die bisherigen Beschränkungen des Arbeitsplatzwechsels sind erheblich erweitert. Nicht nur Facharbeiter sollen den bevorzugten Wirtschaftszweigen erhalten werden, sondern Arbeitskräfte überhaupt. Z.B. darf nicht nur ein Facharbeiter, sondern auch eine Stenotypistin, die in einem Ziegeleibetrieb tätig ist, keine Stellung in einer anderen Branche ohne Zustimmung des Arbeitsamtes annehmen.

Das Mass der Einschränkungen ist nicht für alle erfassten Wirtschaftszweige gleich, sondern nach ihrer Kriegswichtigkeit und nach dem Grade und der Art des Arbeitermangels abgestuft. Z.B. ist im allgemeinen die Zustimmung zur Einstellung nur erforderlich, wenn es sich um den Übergang von einem Wirtschaftszweig zum anderen, nicht wenn es sich um einen Arbeitswechsel innerhalb des gleichen Wirtschaftszweiges handelt. Nur bei jugendlichen Arbeitern unter 25 Jahren und bei Arbeitskräften aus der Eisen-,

Metall- und Baustoffwirtschaft ist die Einstellung auch in einem Betrieb des gleichen Wirtschaftszweiges an die Zustimmung des Arbeitsamtes gebunden. Der jugendliche Arbeiter soll möglichst dazu angehalten werden, sich fachlich schulen zu lassen. Facharbeiter sollen möglichst nach der Rangordnung der Kriegswichtigkeit unter die Metall- und Baustoffbetriebe verteilt werden. Im Bergbau gibt es Freizügigkeit innerhalb desselben Bergbauzweiges, nicht z.B. von einer Erzgrube zu einem Braunkohlenbetrieb. Dass der Steinkohlenbergbau vorläufig von der Sperre ausgenommen ist, hat offenbar den Zweck, dass man den Zuzug von Bergarbeitern zu den Erzgruben der Hermann Göring-Werke nicht verhindern will.

Mit Rücksicht auf die besonders schwierigen Verhältnisse in der Landwirtschaft sind zum ersten Male in die staatliche Arbeitslenkung auch Personen einbezogen worden, die in keinem gesetzlichen Arbeitsverhältnis stehen, nämlich die mithelfenden Familienangehörigen. Auf diese Weise soll vor allem die Landflucht gebremst werden. Die Zustimmung des Arbeitsamtes ist in der Landwirtschaft nur zur Kündigung, nicht zur Einstellung erforderlich. Selbst Metallarbeiter brauchen keine amtliche Erlaubnis mehr, wenn sie Arbeit auf dem Lande annehmen wollen.

Nicht nur der Arbeiter und Angestellte, auch der Unternehmer darf ohne Erlaubnis nicht kündigen. Damit soll vor allem die Entlassung "älterer, nicht mehr voll leistungsfähiger Kräfte" verhindert werden, die notfalls, vor allem im Kriege als Ersatz für vollwertigere Kräfte verwendet werden können.

Löst ein Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis widerrechtlich, so kann der Unternehmer dessen Arbeitsbuch, ohne das ein anderer Unternehmer ihn nicht einstellen darf, zurückbehalten.

Streiten sich zwei Firmen um einen Arbeiter, so soll das Arbeitsamt so entscheiden, dass den Lohnsteigerungstendenzen nicht Vorschub geleistet wird. Es hat dabei auch den Auftragsbestand der beiden Firmen zu prüfen und die Wichtigkeit der Aufträge gegeneinander abzuwägen.

Von grosser Bedeutung ist schliesslich, dass die Präsidenten der Landesarbeitsämter ermächtigt sind, die Beschränkungen des Arbeitsplatzwechsels über den Rahmen der Verordnung hinaus auf einzelne Betriebe anderer Wirtschaftszweige auszudehnen.

Da das Regime immer mehr gezwungen ist, seine Arbeitsarmee aus den Schichten zu ergänzen, die bisher noch nicht in Arbeit standen oder die nicht mehr in Arbeit stehen, muss es auch die Stammrolle der Arbeit nach dieser Richtung erweitern. Ihre Grundlage sind die Arbeitsbücher, ohne die niemand eingestellt werden darf (siehe Heft

7/1938, Seite A 35), und die auf ihnen aufgebaute Arbeitskartei bei den Arbeitsämtern, die es dem Regime ermöglicht, die Arbeitskräfte nach Beruf, Fähigkeit usw. an die für sie ausgewählten Arbeitsplätze zu verschicken. Arbeitsbuchpflichtig waren bisher nur Personen, die im Arbeitsverhältnis standen, also Arbeiter und Angestellte. Nunmehr wird mit der Verordnung über das Arbeitsbuch vom 22. April 1939, die am 1. Mai in Kraft getreten ist und auch die Ostmark, den Sudetengau und das Memelland einschliesst, die Arbeitsbuchpflicht auch auf die Angestellten ausgedehnt, die ein Monatseinkommen von mehr als 1.000 RMk haben und bisher davon ausgenommen waren, ferner auf die selbständigen Berufe und auf Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister.

Darunter fallen auch die freien Berufe, Künstler, Schriftsteller usw. Sie konnten schon bisher auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht zu jeder Arbeit herangezogen werden. Aber mit ihrer Eintragung in die Stammmrolle der Arbeit wird die technische Möglichkeit dazu wesentlich vervollkommen. Das Arbeitsbuch bekommen nun auch mithelfende Familienangehörige, so dass es möglich ist, die Innehaltung der sie betreffenden Einstellungsbeschränkungen zu überwachen. Unter die mithelfenden Familienangehörigen zählen auch Ehefrauen, die ihrem Mann in seinem Beruf helfen, und zwar auch ausserhalb der Landwirtschaft.

Ausgenommen von der Arbeitsbuchpflicht sind, ausser Seelenten und im Ausland Beschäftigten, nur Rechtsanwälte, Aerzte und Apotheker, die ohnehin amtlich registriert sind. Neu ist die Verpflichtung des Arbeitsbuchinhabers, jede Eintragung in das Arbeitsbuch, jede Aenderung seiner Wohnung und seines Namens unverzüglich anzuzeigen. Das ist offenbar eine Vorsorge für den Kriegsfall, wo rasche Einberufungen zur Arbeitsarmee notwendig werden.

Bereits zu Anfang des Jahres wurden die Behörden von Göring angewiesen, ihre Büros von Leuten auszukämmen, die in ihrem erlernten Beruf dringender gebraucht werden. Offenbar ist dieser Befehl nur unvollkommen befolgt worden, denn der Reichsminister des Innern hat Mitte April in einem Runderlass an die Behörden, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften ersucht, die Arbeitsämter in dem Bemühen um Ueberführung von Behördenangestellten in andere Berufe zu unterstützen. Die in Frage kommenden Gefolgschaftsmitglieder sollen nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, dass sie persönliche Wünsche den staatspolitischen Notwendigkeiten unterzuordnen haben. Weil sich darunter viele Parteimitglieder befinden, die in

Aemtern Sinekuren gefunden haben, hat man aber bisher in diesem Falle nicht gewagt, mit Zwang vorzugehen.

Ueber Arbeitermangel und Zwangsverschickungen liegen folgende Berichte vor:

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die zwangsweise Zuweisung von Arbeit nimmt immer schärfere Formen an. Als im letzten Herbst insbesondere Bauarbeiter, Gipser und Maler arbeitslos wurden, erhielten sie keine Unterstützung, sondern wurden in die Betriebe geschickt. Vor einigen Wochen fehlten Bauarbeiter. Die Meister verlangten auf dem Arbeitsamt Zuweisung von Arbeitskräften. Das Arbeitsamt wies die Fabrikanten an, die betreffenden Arbeiter zu entlassen und dem Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Als nun einzelne Arbeiter sich weigerten, die vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit anzunehmen, weil sie auf dem Bau bedeutend weniger verdienen als in der Fabrik, wurde ihnen geantwortet, dann hätten sie an die Westfront zu gehen, da verdienten sie mehr. Ein Maler machte darauf aufmerksam, dass er den Vorderfuß einmal gebrochen habe und nur schwer auf einer Leiter stehen könne. Die Antwort war auch in diesem Falle, gehen Sie an die Westfront, da brauchen sie keine Leiter.

2. Bericht: Schwer fühlbar macht sich in den Betrieben die letzte Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels. Jeder muss jetzt, bevor er kündigt oder sonst aus dem Betrieb gehen will, die Genehmigung des Arbeitsamtes einholen.

Bisher war es auch noch möglich, die Stellung zu wechseln, indem man in eine andere Stadt ging. Dort war es besonders für Metallarbeiter oder gelernte Bauarbeiter leicht, Arbeit zu bekommen. Nach den neuen Bestimmungen darf ein Arbeitsamt keine Arbeit mehr anweisen, wenn nicht die Bescheinigung von dem Arbeitssuchenden vorgewiesen wird, dass er seine bisherige Arbeitsstelle mit Genehmigung seines bisherigen Arbeitsamtes verlassen hat. Ausnahmen gelten nur für die Landwirtschaft. So wurde ein Former, der seine Arbeitsstelle verlassen hatte und nach München kam, von dort wieder nach seinem alten Arbeitsplatz an der Schweizer Grenze zurückgeschickt und musste dort auch weiter arbeiten. Ein Kollege von ihm hatte noch das Glück, vor Erlass der neuen Verordnung eine solche Schiebung durchzubringen. Seinem Freunde ist es schon nicht mehr geglückt. Die Arbeiter reden nur noch ganz allgemein von deutscher Sklaverei.

3. Bericht: Vor dem Amtsgericht Pirmasens wurde ein Bauunternehmer mit 50 RM Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis bestraft, weil er einen Erdarbeiter eingestellt hat, ohne hierzu die Erlaubnis des Arbeitsamtes besessen zu haben.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Aus der Textilindustrie wandern viele Arbeiter in die Eisenindustrie ab bzw. werden dahin abkommandiert. - Aus Düsseldorf erfahre ich, dass die "staatspolitisch wichtigen Arbeiten" alle Arbeitskräfte in einem Masse aufsaugen, dass es für die übrige Wirtschaft immer schwieriger wird, ihre Produktion weiter zu führen. Das ist die Folge der neuen Verordnung, wonach Bergbau, chemische Industrie, Baustoffherstellung und Eisen- und Metallindustrie gegen willkürlichen Entzug von

Arbeitskräften geschützt werden sollen. Jetzt verlangen die übrigen Gruppen gleichfalls Schutz davor, dass ihnen die Arbeiter davonlaufen.

Besonders gross ist der Mangel an Tiefbauarbeitern. In Eschweiler allein fehlen 300 Bauarbeiter. Die Unternehmer versuchen, sich die Arbeiter gegenseitig vom Bau wegzuholen. Dabei kommt es trotz aller Bestimmungen über die Stabilisierung der Löhne ständig zu gegenseitigen Ueberbietungen und heimlich zahlen viele Unternehmer einen höheren Lohn als wie vorgeschrieben.

Besonders mangelt es natürlich den handwerklichen Betrieben an Arbeitskräften. Denn beim "Krauter" hat ein Metallarbeiter, ein Schlosser oder sonst ein Metall-Handwerker noch nie gern gearbeitet.

2. Bericht: In den Steinbrüchen und in den Kalkwerken fehlen dauernd Arbeitskräfte. Das gleiche gilt vom Tiefbaugewerbe. Alle verfügbaren Arbeitskräfte werden zu Strassen- und Festungsarbeiten verwendet. In der Metallindustrie fehlt es an Facharbeitern. Betriebe, die Teile für die Serienherstellung von Motoren und sonstigen Maschinen bearbeiten, kommen mit den Lieferungen in Verzug.

Berlin, 1. Bericht: Eine Reihe von KdF-Kreisleitungen, besonders in Norddeutschland hatte den Betreuten der DAF im vorigen Jahre empfohlen, ihren Urlaub nicht im Sommer und Herbst, sondern im Winter zu nehmen. Diese Empfehlungen waren verbunden mit grossen Urlaubsankündigungen für die Ostmark. Hinterher musste dann diese ganze Urlaubsankündigung abgestoppt werden mit der Begründung, eine solche umfassende Urlaubersaktion wirke produktionsstörend.

2. Bericht: Unter der Belegschaft unseres Betriebes, die zum grössten Teil aus gut angeleiteten Kräften besteht, befand sich eine Frau, die seit vielen Jahren in dem Betrieb beschäftigt und nicht ohne weiteres zu entbehren war. Diese Frau bekam eines Tages vom Arbeitsamt die Mitteilung, dass sie, da sie Näherin war, sich sofort in einem anderen Betrieb melden solle, wo Mangel an Näherinnen herrscht. Der Einspruch des Betriebsleiters war erfolglos, sie musste dorthin gehen. Sie wurde nach wenigen Tagen wieder entlassen, da sie den Ansprüchen nicht genügte. Was war der Grund der Verschickung? Diese Frau hatte in der Zeit der grossen Erwerbslosigkeit sich einmal als Näherin versucht und war als solche auf dem Arbeitsamt eingetragen. Solche und ähnliche "Arbeitskraftverteilungen" sind sehr häufig und kommen auf den verschiedensten Gebieten vor.

Schlesien: Trotz des Arbeitseinsatzes konnte man bisher auf den Arbeitsämtern in Hindenburg, Beuthen und Gleiwitz noch zahlreiche Arbeitslose vorfinden. Nunmehr hat eine sogenannte Auskämmung der bisher nicht Verwendungsfähigen eingesetzt, die auf den genannten Arbeitsämtern vom 13. bis zum 20. Juni in Gegenwart von Aerzten und Offizieren erfolgte. Ein Regierungsrat stellte an die Arbeitslosen, die meist kriegsverletzt sind, Fragen und prüften sie hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes. Sie mussten dann in Gegenwart der Kommission Fragebogen ausfüllen und eine eidesstaatliche Versicherung darüber abgeben, aus welchen Gründen sie keiner Beschäftigung nachgehen können.

3) Arbeitermangel und Produktionsrückgang im Bergbau

Schon 1938 war es nach der "Frankfurter Zeitung" (16.3.39) schwierig, ohne Drosselung der Ausfuhr den Inlandsbedarf an Kohle zu decken. Allein die Hermann Göring-Werke, die Kohlenverflüssigungsanlagen und andere Betriebe des Vierjahresplanes verbrauchten soviel, wie durch Rückgang der Ausfuhr erspart worden war. Mit der Forcierung des Vierjahresplans wächst natürlich der Kohlenverbrauch weiter. Es muss also mehr Kohle erzeugt werden, wenn das Tempo der Kriegsvorbereitung nicht wegen Kohlenmangels vermindert werden soll. Umso bedenklicher ist die Gefahr des Produktionsrückganges im Kohlenbergbau.

Eine Ursache des Produktionsrückganges im Bergbau ist die Grubenflucht, eine Parallelerscheinung zur Landflucht. Der Bergarbeiter Nachwuchs und die jugendlichen Bergarbeiter fliehen die schwere und gefährliche Arbeit in der Grube und wandern zu leichteren und oft auch besser bezahlten Arbeitsstellen in der Rüstungsindustrie ab. Die Neigung zum Bergmannsberuf verringert sich, und es machen sich ausserdem die Geburtenausfälle aus der Inflationszeit bemerkbar. Der normale Nachwuchsbedarf beträgt bei den Ruhrzechen 13.000 bis 14.000 im Jahr, aber Mitte 1938 gab es nur 11.800 14- bis 15-jährige Jungbergleute. Die Bergbaulehrlinge aus zwei Jahresklassen reichten also nicht aus, um auch nur den Bedarf eines Jahres zu decken. Von den Zechenverwaltungen wurden Lehrlingswerkstätten eingerichtet, um dem Mangel an fachlich geschultem Nachwuchs abzu helfen. Solche Lehrlingswerkstätten bestehen in allen 145 in Betrieb stehenden Zechen an der Ruhr, aber es fehlt der Zuzug der Jugend.

Der unzureichende Nachwuchs und die Abwanderung der jungen Bergarbeiter haben zur Folge, dass die Arbeitsplätze mit ungelernten Kräften besetzt werden müssen und dass sich die Alterszusammensetzung der Bergarbeiter verschlechtert. Bei den Mitgliedern der Knappschafts-Versicherung betrug das Durchschnittsalter in der Zeit von 1925 - 1928 nur 33 Jahre, 1938 dagegen 36 Jahre. Die körperliche und fachliche Qualifikation der Grubenbelegschaften ist also geringer geworden.

Da weitere Reserven an Arbeitskräften kaum noch vorhanden sind, und auch eine weitere Mechanisierung des Bergbaus auf grosse Schwierigkeiten stösst, war der nächstliegende Ausweg die Verlängerung der Arbeitszeit.

Am 2. März erschien Görings "Verordnung zur Erhöhung der Förderleistung und der Leistungslöhne im Bergbau", durch die die Schichtzeit der Untertagearbeiter um drei Viertelstunden verlängert wird. Für diese Mehrarbeit wird ein Zuschlag von 25% und für Leistungssteigerungen, die über die Gedingegrundlage hinausgehen, eine Prämie von 200% des Gedingelohnes gezahlt. Rein rechnerisch konnte man von dieser Verlängerung der Arbeitszeit eine Zunahme der Förderleistung um 12% erwarten. Der Erfolg ist aber bisher weit dahinter zurückgeblieben. Im ersten Monat der Neuregelung, im April, war die arbeitstägliche Erzeugung nur um 3,6% höher als im März. Ende April wurde mit 434.642 Tonnen ein Höhepunkt der arbeitstäglichen Erzeugung erreicht. Seitdem ist sie Ende Mai/Anfang Juni, wieder auf 423.980 Tonnen zurückgegangen. Das ist nicht mehr, als im Durchschnitt des Januar (423.781 Tonnen) gefördert worden war. Die Ueberstunden haben also allenfalls den Ausfall, den der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitsleistung verursacht hatte, ausgeglichen. Die durchschnittliche Stundenleistung des Bergarbeiters ist weiter gesunken.

Die Folge dieser Entwicklung ist, dass zum ersten Mal die Erzeugung von Koks um 5% eingeschränkt werden musste, um Kokskohle für den Inlandsverbrauch und für die Ausfuhr freizubekommen. Die Zeitschrift "Stahl und Eisen" vom Juni klagt darüber, dass infolge der Einschränkung der Kokserzeugung die Versorgung der Hüttenwerke und Giessereien mit Koks besondere Schwierigkeiten bereite. "Auch hier gehen", heisst es da, "die letzten Bestände zur Neige". "Der Reichsbahn konnten die von ihr angeforderten Mengen nicht voll ausgeliefert werden. Auch für die Bebunkerung der Schiffe in den deutschen Seehäfen und für die Ausfuhr der Bunkerkohle konnte die erforderliche Menge nicht in vollem Umfang freigemacht werden." Trotz der Einschränkung der Kokserzeugung ist also auch die Kohlenversorgung unzureichend. Ohnehin wird wegen Holz mangels das Brennholz industriell verwertet und dessen Ersatz durch Kohle propagiert. Aber sowohl die Versorgung mit Kohle wie mit Koks darf sich nicht verschlechtern, wenn der Vierjahresplan nicht scheitern soll.

Die Verlängerung der Arbeitszeit musste ein Fiasko werden, weil schon vorher in erheblichem Umfange Mehrarbeit in Form von Ueberstunden und Ueberschichten geleistet worden war. Die Arbeitskraft des Bergmannes war schon vorher im Uebermass beansprucht und es machen sich Ermüdungserscheinungen bemerkbar, die mit Sabotage und passiver Resistenz gar nichts zu tun zu haben brauchen und doch der Wirtschaftspolitik des Regimes sehr gefährlich werden können. (vgl. hierzu die Darlegungen im Teil B dieses Heftes).

Die folgenden Berichte vermitteln ein anschauliches Bild von den Ursachen des Förderungsrückganges, den Folgen der Arbeitszeitverlängerung und der Stimmung, die sie in den Bergbaurevieren auslöst hat:

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Die Kohlenproduktion sinkt. Für den Westen wurde am 19. November 1938 vom Staatsrat Börger das Generalgedinge angeordnet und zugleich der Achtstundentag garantiert. Angeblich sollte diese Verordnung dem Wohle der Arbeiter dienen, aber zugleich auch die Kohlenförderung steigern. Der Bergmann weiss aber, dass man mit dem Generalgedinge vielleicht vorübergehend die Förderungsziffer steigern, jedoch niemals dem Bergmann helfen kann. Aber auch der eigentliche Zweck der Gedinge-Verordnung, die Steigerung der Förderung, wurde nicht erreicht. Und so wurde dann von Göring die Arbeitszeit im Bergbau um 45 Minuten pro Tag, in Wirklichkeit um eine Stunde, erhöht. Jetzt arbeiten die Bergleute praktisch 9 Stunden täglich.

In den ersten drei Monaten 1938 konnte man noch halbwegs von normalen Betriebsverhältnissen sprechen. Es wurden keine Ueberstunden geleistet, und der Bergbau verfügte noch über überschüssige Kräfte. Aber schon im April 1938 begann sich die Lage zu ändern, die vorhandenen Arbeitskräfte reichten nicht mehr aus und das Ueberstundenwesen setzte ein. Die Ueberarbeit betrug auf einige Schachtenanlagen des Ruhrgebiets pro Kopf der Belegschaft 12 bis 14 Stunden monatlich. Wer sich weigerte, Ueberstunden zu leisten, wurde von seiner Familie getrennt und an die Westgrenze zu den Befestigungsarbeiten geschickt. Es gab allerdings auch Bergarbeiter, die glaubten, durch Ueberstunden ihren Lebensstandard heben zu können. Im ganzen aber wurde die Steigerung der Förderung nicht erreicht. Alle künftigen Massnahmen können im günstigsten Falle das Ergebnis haben, das Fallen der Förderungsziffern zu verhüten. Aber auch das wird für die Dauer nicht gelingen. Die Ursachen dieser Entwicklung sind:

- 1) die ungenügende Ernährung des deutschen Bergmannes,
- 2) die ungenügende Beschaffenheit und der Mangel des Materials,
- 3) das immer mehr nachlassende Verantwortungsgefühl des Bergmannes.

Dem Bergmann, der für seine grosse körperliche Leistung einen erhöhten Bedarf an kräftigen Nahrungsmitteln nötig hat, fehlt schon seit Jahren die angemessene Ernährung. Es fehlt vor allem an Fett. Die Folge ist, dass heute bei vielen Bergarbeitern be-

reits nach der 6. oder 7. Arbeitsstunde eine erhebliche Ermüdung eintritt.

Das bleibt auch den Naziführern nicht verborgen. Aber es bleibt dann bei Versprechungen wie denen, die der Gauleiter Terboven auf der Sondertagung des Fachamtes für den Bergbau von sich gab: "Bei der anstrengenden Arbeit des Bergmanns spielt zu seiner Kräftigung und Gesunderhaltung eine befriedigende Fettversorgung eine grosse Rolle. Deshalb soll der Fettversorgung des Bergmanns erhöhtes Augenmerk zugewandt werden."

Wie sich alles im Kreise dreht, dafür gibt Terboven in derselben Versammlung gleich ein treffendes Beispiel, wenn er erklärt: "Mit Wehmut hat der Bergmann in seinen leeren Schweinestall gesehen. Die Ställe sind bei der grossen Futtermittelknappheit rapid leer geworden. Es fehlt an Futtermitteln." Nur hat Terboven verschwiegen, dass 1937 und 1938 mancher Bergmann mit drei bis vier Monaten Gefängnis bestraft wurde, weil er geäussert hatte, dass er Hühner und Schweine wegen Futtermangel habe abschaffen müssen. Jetzt soll nun der Bergmann wieder seine Ferkel bekommen. Es fragt sich nur, ob er auch reichlicher mit Futtermitteln versorgt wird.

Ganz erheblich wird die Produktion auch durch den Mangel an Grubenholz und Eisenmaterial gestört. Abgesehen davon, dass die Unfallgefahr steigt, wenn das Material schlecht oder ungenügend ist, werden die Reparaturen und die ganze Produktion beträchtlich verteuert. So sind auch die in Reparatur verfahrenen Schichten im Jahre 1938 bedeutend höher gewesen als in den Jahren 1936 und 1937. Nach einem Bericht der Hapenser Bergbau A.G. Dortmund gingen dieser im Jahre 1938 11.000 Schichten wegen Mangel an Transportmaterial verloren. Der Verschleiss an Transportwagen im Untertagebetrieb ist gross und erfordert laufende Erneuerung, die aber im Interesse der Aufrüstung auf das Mindestmass herabgedrückt wurde. Durch Anbringung eines Laufsatzes an den Förderwagen erhöhte man zwar die Lademöglichkeit und verminderte dadurch vorübergehend den Förderausfall, der durch den Wagenmangel entstanden ist, steigerte aber dadurch gleichzeitig wieder den Verschleiss der vorhandenen Wagen noch mehr. Im gleichen Zustand befinden sich Transportbänder und Transportrutschen sowie das übrige Grubenmaterial.

Die körperlichen Kraftreserven sind verbraucht und das Material wird ständig schlechter. Das Material kann man nicht verbessern, wenn man die direkte Kriegsproduktion nicht schädigen will. Deshalb versucht man, neue Arbeitskräfte anzuwerben. Nach Angabe der Führung der DAF fehlen dem deutschen Bergbau, um allen Anforderungen genügen zu können, 50.000 Bergarbeiter. Sie aus anderen Berufen zu nehmen, ist zur Zeit unmöglich. Durch eine rege Propaganda konnte man schätzungsweise 4 bis 5.000 Bergarbeiter aus den westlichen Ländern für das rheinisch-westfälische Bergbauggebiet anwerben. Allerdings kehren viele schon wieder in ihre Heimat zurück. Auch diese Möglichkeit ist jetzt erschöpft.

Die Erhöhung der Schichtzeit hat einen Sturm der Entrüstung entfacht. Im rheinischen und westfälischen Kohlenrevier kam es zu Widerstandshandlungen. Auf vielen Schachtenlagen verliessen die Bergarbeiter nach 8 Stunden ihren Arbeitsplatz. Ein Protest ging durch den ganzen deutschen Bergbau und begann, gefährlich zu werden. Um diesen Gefahren zu begegnen, sprach der Preiskommissar Wagner, der gleichzeitig Gauleiter von Westfalen ist, in Dortmund

vor einer Versammlung von Bergarbeitern, die aus ganz Westfalen Rinkommandiert worden waren. Er tat zunächst sehr radikal, schimpfte demagogisch auf die Kapitalisten und auf die offenbar noch immer in Deutschland vorhandenen Börsenspekulanten. Zum eigentlichen Thema sagte er u.a.

"Als der Beauftragte für den Vierjahresplan zu dem Entschluss kam, die Arbeitszeit um drei Viertel Stunden zu verlängern, da wurde damit die Absicht verbunden, eine durchgreifende Besserung der Lage des Bergmanns zu erreichen. Ob die getroffenen Massnahmen in der Praxis richtig und ausreichende sind, ist dabei noch nicht entschieden... Auch die Sonderprämie wirft eine Reihe von Problemen auf. Dabei muss dem Bergmann klar sein, dass nicht jeder in den Genuss der Prämie kommen kann. Auf die Dauer werden Geschick und Fleiss entscheiden, wie es bei der Festsetzung der Prämie beabsichtigt war.

..Es wäre leicht gewesen, den Lohn des Bergmanns einfach zu erhöhen, aber die verantwortlichen Stellen mussten auch die Auswirkung einer solchen Lohnerhöhung prüfen. Es ist leicht, dumm zu reden, aber schwer, mutig zu sein und das zu tun, was man verantworten kann...

Wir geben das Versprechen, dass wir dafür sorgen wollen, dass der deutsche Bergmann eine Sozialversicherung erhält, die kein Almosen sein wird. Das sind keine Versprechungen, die morgen erfüllt werden können, an denen aber unverrückt festgehalten wird."

Diese Kundgebung sollte die Bergarbeiter beruhigen. Der Erfolg jedoch blieb aus, und so setzte eine Welle von Betriebsversammlungen ein, in denen der Versuch gemacht wurde, den Raub des Achtstundentags schmachhaft zu machen. Wer jedoch zu erkennen gab, dass er den Versicherungen der Versammlungsredner und der Betriebswäler keinen Glauben schenkt, der bekam den Terror zu spüren, und mancher wurde in jenen Wochen und wird noch heute eingesperrt. Damit erreicht man, dass die Bergarbeiterschaft vorerst die Zwecklosigkeit des Widerstandes wenigstens des offenen, ein- sieht.

Alle diese Dinge, dazu der Verlust der Freiheit, den der Bergmann viel stärker empfindet als der Arbeiter anderer Berufe, haben ihn in eine Geistesverfassung gedrängt, die den Zielen des Systems nicht zum Vorteil gereicht. Wenn seitens der Bergbauunternehmer von einer böswilligen Arbeitssenkung gesprochen wird, so liegt darin eine gewisse Wahrheit. Jahrelanger Terror, Freiheitsberaubung und Verelendung haben im deutschen Bergarbeiter das Verantwortungsgefühl, das er benötigt wie kaum ein anderer Arbeiter, vernichtet. Ohne dieses aber können sich die Nazis auf den Kopf stellen; sie werden im Bergbau immer mehr an Anhang verlieren.

2. Bericht: Unter den Bergarbeitern im Recklinghausener Revier herrscht eine an Empörung grenzende Misstimmung, die neben den allgemein bekannten Gründen aus der kürzlich erfolgten Verlängerung der Arbeitszeit herrührt. Diese physische Ueberanstrennung wiegt umso schwerer, weil die Ernährung ungenügend ist. In letzter Zeit häufen sich die Todesfälle, die auf Lungenkrankheiten zurückzuführen sind. Auch die Zahl der Unglücksfälle steigt erschreckend; die Krankenhäuser weisen deshalb eine rasch steigende Frequenz auf. Je ungünstiger die Lage der Bergarbeiter wird,

desto geringer wird natürlich die Neigung des Nachwuchses, sich dem Bergarbeiterberufe zuzuwenden. Diese Umstände haben jetzt schon dazu geführt, dass auf die schulentlassene Jugend ein Zwang ausgeübt wird, auf die Zeche zu gehen, während andererseits auch auf die Eltern eingewirkt wird, ihre Söhne dem Bergarbeiterberufe zuzuführen.

Das alles macht die Stimmung der Bergarbeiter nicht besser. Hinzu kommt noch, dass Bergarbeiterfrauen, die Unterstützung bezogen haben, unter Androhung des Unterstützungsentzuges zu Arbeiten gezwungen werden, denen sie körperlich nicht gewachsen sind. Rentenbezieher hat man unter der Vorspiegelung, dass ihre Renten nicht gekürzt werden würden, zu den Arbeiten an der Westbefestigung herangezogen. Nachdem die Leute sich dazu bereit erklärten und eine Zeit lang diese Arbeit leisteten, hat man die Renten nun doch gekürzt. Dieser offenkundige Betrug hat naturgemäss die Verbitterung noch verstärkt.

3. Bericht: Im Bergbau herrscht ein sehr starker Arbeitermangel. Bei der schlechten Ernährung und der scharfen Antreiberei ist der Bergbau einer der aufreibendsten Berufe geworden. Das Regime macht sich um den Nachwuchs grosse Sorge, denn während es früher Tradition war, dass Bergarbeitersöhne wieder Bergarbeiter wurden, strebt jetzt die Jugend in andere Berufe. In den Volksschulen der Bergarbeiterkolonien wird den zur Entlassung kommenden Schülern im vaterländischen Unterricht ein Vortrag über die Schönheiten des Bergarbeiterlebens gehalten, mit der Schlussfolgerung, das Dritte Reich könne es nicht zulassen, dass Bergarbeitersöhne einen anderen Beruf ergreifen als den des Bergmanns. Der Sohn eines Bergarbeiters, der schon eine andere Lehrstellung angetreten hatte, musste sie auf Befehl wieder aufgeben und im Bergwerk antreten. Seine Mutter beklagte sich, dass er vor Aufregung und Erbitterung nachts nicht schlafe, denn er sehe seinen zum Skelett abgemagerten Vater vor Augen, der hochgradig tuberkulos sei und dem Jungen immer sage: "Nur nicht in den Berg, schau zu, dass Du was anderes tust." Die Mutter klagte dem Lehrer ihr Leid, der achselzuckend sagte: "Was wollen Sie, unsere Gefühle sind heute tot."

Saargebiet: Der Versuch, bei verlängerter Arbeitszeit die alten Arbeitsleistungen zu halten oder gar noch zu steigern, ist vielfach gescheitert. Bei uns sind einige Fabriken ganz von selbst dazu übergegangen, wieder die frühere Arbeitszeit einzuführen, weil die Unternehmer nur Schaden hatten. Es hat sich als unmöglich erwiesen, das während der 44-Stundenwoche hinaufgetriebene Arbeitsquantum auch bei einer verlängerten Arbeitszeit aufrechtzuerhalten. Hier liegt keine bewusste Sabotage vor, sondern einfach Unmöglichkeit. Ich gebe allerdings zu, dass im Bergbau auch absichtliche Leistungsrückgänge vorliegen können, denn die Verärgerung über die dort eingeführte Arbeitszeitverlängerung in Verbindung mit weiteren Verschlechterungen ist ausserordentlich gross und hat das Gefühl einer gewissen Wurstigkeit und Interesslosigkeit ausgelöst. In der Hauptsache dürfte aber auch dort der Rückgang auf die physische Unmöglichkeit zurückzuführen sein, die bisherige Arbeitsleistung weiter durchzuhalten. Die Bergleute sind sich selbst klar darüber, dass die schlechte Ernährung und das scharfe Arbeitstempo einen Zustand geschaffen haben, den sie nicht lange aushalten.

4) Arbeitermangel und Produktionsrückgang auf dem Lande

Nach einer Untersuchung des Reichsnährstandes über die Landflucht hatte die Zahl der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben von 5 und mehr ha in den vier Jahren von 1935 bis 1938 um 650.000 abgenommen. In dieser Statistik sind die Kleinstbetriebe nicht erfasst, der Verlust an Arbeitskräften ist also tatsächlich noch grösser. Dieser Verlust erscheint umso beträchtlicher, wenn man damit vergleicht, dass die Abwanderung vom Lande in den acht Jahren von 1925 bis zum Machtantritt Hitlers nur 400.000 Arbeitskräfte erreicht hatte. Dabei gibt die Zahl von 650.000 nur den Ueberschuss an Abwanderungen vom Lande über den Zuwachs an neuen Arbeitskräften an, um dessen Steigerung man sich in den verschiedensten Formen bemüht hat. Durch Vergleich der Ergebnisse der Betriebszählung von 1933 mit der Arbeitsbuchehebung von 1938 hat der Reichsnährstand den gesamten Wanderungsverlust seit dem Machtantritt Hitlers auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Diese geschulten und mit den Betriebsverhältnissen der Landwirtschaft vertrauten Arbeitskräfte konnten nur notdürftig durch ungeschulte und landfremde ersetzt werden. Nach einer Untersuchung des Reichsnährstandes war 1938 gegen 1935 die Zahl der ständigen fremden Arbeitskräfte um 18% niedriger, die der ständigen mitarbeitenden Familienangehörigen um 3%, dafür war die Zahl der nichtständigen fremden Arbeitskräfte um 7% höher.

Nach der "Frankfurter Zeitung" (2.6.39) rechnet man damit, dass in der Landwirtschaft 800.000 Arbeitskräfte fehlen. Darnach entfielen auf die Landwirtschaft der überwiegende Teil des gesamten Fehlertes an Arbeitskräften. Aber ohne diesen ausserordentlichen Kräfteverlust des Landes hätte schon längst das Tempo der Kriegsrüstung gestoppt werden müssen. 1938 war nach der "Frankfurter Zeitung" (22.6.39) das Jahr, in dem der Zug vom Lande zur Stadt die heftigste Form angenommen hatte, denn die Industrie "musste für die Arbeiten an der Westgrenze und für die zahlreichen Einberufungen von Reservisten Arbeitskräfte abgeben, so dass ihr Drang, auch zu den höchsten Kosten Ersatz zu finden, nochmals zunahm."

Die Bezeichnung Landflucht stammt aus der Zeit vor dem Kriege. Damals waren es die Lohnarbeiter auf den grossen Gütern des Ostens, die die schlechten Löhne und miserablen Wohnverhältnisse aus dem

Dorf in das freiere Leben der Stadt trieben und der Industrie zu-
führten. Das nationalsozialistische Regime hatte in den ersten Jah-
ren seiner Herrschaft die Abwanderung vom Lande gehemmt oder zu hem-
men versucht. Das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15.5.
1934 schuf eine Zuzugssperre nach Berlin und nach den Wirtschafts-
gebieten von Hamburg und Bremen, bestimmte, dass aus der Landwirt-
schaft stammende Arbeitskräfte in gewissen Industriezweigen nur mit
Genehmigung der Arbeitsämter eingestellt werden durften, und ermög-
lichte die Rückführung von Arbeitskräften aufs Land. 1936 wurde die-
se Abwanderungssperre aufgehoben, weil ohne diese Auffüllung vom
Lande her die Durchführung des Vierjahresplanes unmöglich geworden
wäre.

Aber der Hauptstrom der Abwanderung geht jetzt nicht von den gros-
sen Gütern aus, die finanziell imstande sind, ihre Lantarbeiter mit
Lohnerhöhungen festzuhalten, sondern es handelt sich vor allem um
eine Abwanderung aus den Bauernhöfen. Bauernknechte und Bauernmägde,
Bauernsöhne und Bauerntöchter, die nach dem Erbhofgesetz von der
Erbfolge ausgeschlossen sind, ziehen die leichte und höher bezahlte
Arbeit in der Industrie vor. "Selbst grössere und alteingesessene
Bauern, die infolge des erheblichen Landbedarfs der Wehrmacht und
der neuen Industriebauanlagen abgesiedelt wurden, ziehen es häufig vor,
ihre Barentschädigung nicht zum Ankauf eines neuen Hofes zu verwen-
den, sondern in der Stadt zu verzehren". (Frankfurter Zeitung vom
2.6.39). Die Landflucht hat also jetzt einen von der Vorkriegszeit
wesentlich verschiedenen Charakter angenommen. Nach einer Erhebung
des Reichsnährstandes über den augenblicklichen Fehlbedarf an land-
wirtschaftlichen Arbeitskräften sind davon die Betriebe umso stärker
betroffen, je kleiner sie sind, am schwersten die Grössenklassen von
5 bis 20 ha. Diese kleinbäuerlichen Betriebe, hatten schon 1938
38% weniger männliche und 27% weniger weibliche Arbeitskräfte über
18 Jahre als 1935. Auf die kleinen und mittleren Betriebe, auf de-
nen der Arbeitskraftmangel am schwersten lastet, entfällt der weit-
aus grösste Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Umso stärker
wirkt sich der Mangel an Lantarbeitern auf die landwirtschaftliche
Erzeugung aus.

Dass der Arbeitermangel einen bedrohlichen Rückgang der landwirt-
schaftlichen Erzeugung verursacht, besonders auf dem spezifischen

Gebiete der bäuerlichen Produktion, der Viehwirtschaft, wird auch von den Führern des Reichsnährstandes zugegeben (Siehe Heft 2/1939, Seite A 64). Auf der Grünen Woche, die im Januar in Berlin stattgefunden hatte, erklärte Darré, dass die künftige Versorgung des deutschen Volkes mit Rindfleisch, Milch, Butter, Schweinefleisch und Schweinefett schon jetzt durch die Landflucht beeinträchtigt sei. Am 14. Juni schrieb die "National Zeitung", Essen, der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande habe zur Folge, dass die Bauern ihre Milchkühe zum Teil verkaufen mussten, weil sie Fütterung und Melkarbeit nicht mehr bewältigen konnten. Daher seien Milch- und Buttererzeugung zurückgegangen. Am drastischsten wird die Entleerung der Bauernhöfe von Arbeitskräften am 28.3.39. in der gleichen Zeitung in einem Artikel "Mehr Ländarbeiter - mehr Brot" von Dr. A. Schürmann, Professor der Nationalökonomie an der Universität Göttingen, geschildert:

"Uebriggeblieben sind auf unseren Bauernhöfen nur jugendliche Arbeitskräfte, die noch nicht voll arbeitsfähig sind, oder aber ältere Leute, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind. Dieser Kräfte-mangel ist nicht nur zu einer Gefahr für unsere Landwirtschaft geworden, sondern fängt allmählich an, die Grundlagen unseres nationalen Lebens zu gefährden. Grosse Teile unseres Bauerntums sind heute an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Besonders bei den Frauen stellen wir die Folgen der Ueberanstrengung fest. Die Frauen und Mütter auf unseren Höfen altern früh. Die Kinderzahlen nehmen ab, so dass manche Dörfer heute in ihrer biologischen Leistung hinter den Städten zurückstehen. Damit besteht die Gefahr, dass späterhin der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande noch grösser wird. Ebenso müssen wir bei den Jugendlichen gewisse Erscheinungen der körperlichen Ueberanstrengung feststellen. Besonders bei ihnen macht sich, wenn sie allzu früh und allzu sehr zur Arbeit herangezogen werden, ein gewisser Missmut breit; sie ziehen infolge der Ueberlastung vom Lande weg, weil sie den physischen Druck nicht mehr aushalten."

Die Massnahmen, die den Abfluss der Fachkräfte vom Lande aufhalten sollen, sind folgende:

- 1.) Einschränkung der Abwanderung.
- 2.) Förderung der Rückwanderung.
- 3.) Zuführung jugendlicher Arbeitskräfte aus der Stadt,
 - a) zur vorübergehenden Aushilfe (Erntehilfe)
 - b) zum dauernden Verbleiben im Landwirtschaftsberuf,
- 4.) Zuführung ausländischer Arbeiter.

Der Beschränkung der Abwanderung und der Förderung der Rückwanderung dienen die betreffenden Bestimmungen der Verordnung zur Sicher-

stellung des Kräftebedarfs usw. (Siehe Abschnitt 2).

Es wird aber auch sonst alles getan, um die nicht kriegswichtig beschäftigten Arbeiter für die Landwirtschaft freizustellen. Das muss natürlich eine weitere Einschränkung der Konsumindustrie zur Folge haben.

Am 17. April hat die Protektoratsregierung eine Verordnung erlassen, wonach landwirtschaftliche Arbeiter nur mit Zustimmung der Bezirksbehörde der Beschäftigung in der Landwirtschaft entzogen werden dürfen. Die Wirtschaftsbehörden von Thüringen richteten am 3. Mai einen Aufruf an die Gewerbebetriebe, in dem die gewerblichen Betriebe mit 20 und mehr Arbeitern aufgefordert wurden, mindestens 2% ihrer Belegschaft für 6 Monate sofort für den Einsatz in der Landwirtschaft freizustellen. Auf Grund eines Erlasses des Reichsarbeitsministers vom 6. Mai sollen die Arbeitsämter gemeinsam mit den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft feststellen, welche Gewerbebetriebe für die Abgabe von Arbeitskräften an die Landwirtschaft in Betracht kommen, und daraufhin auch die Arbeitsbuchkarteien überprüfen. Es sollen Arbeiter sowohl für landwirtschaftliche Dauerarbeit, als auch für vorübergehenden Einsatz herangezogen werden. Als Dauerarbeitskräfte kommen Arbeiter in Betracht, die früher landwirtschaftliche Arbeit ausgeübt haben, für vorübergehenden Einsatz solche Kräfte, die nicht für immer entbehrt werden können oder die wegen persönlicher Verhältnisse für eine ständige Arbeit in der Landwirtschaft ungeeignet sind. Soweit wie möglich soll an die Freiwilligkeit appelliert werden. Wo keine Bereitwilligkeit besteht, wird von der Dienstverpflichtung Gebrauch gemacht. Den in Frage kommenden Arbeitskräften kann eine geringere Entlohnung als bisher zugemutet werden. Zahlung von Trennungsbihilfen kommt höchstens bei vorübergehendem Einsatz Verheirateter in Betracht, also nicht bei Dauerarbeit. Damit soll ein Zwang zur dauernden Ansiedlung auf dem Lande ausgeübt werden.

Schon in den vergangenen Jahren sind zur Bergung der Ernte ganze Arbeitshere der städtischen Jugend aufs Land geschickt worden. (Siehe Heft 8/1937, Seite A 54 ff., Heft 4/5 1938, Seite A 130, Heft 2/1939, Seite A 65 und 66.)

Da der Arbeitermangel und die Gefahr, dass ein Teil der Ernte deshalb verloren geht, noch grösser geworden sind, wird der Ernteeinsatz 1939 systematischer betrieben als bisher und der Kreis der zur Erntearbeit Einberufenen erweitert.

Schon Ende Januar hat der Reichsarbeitsminister den Arbeitsämtern ausführliche Anweisungen für die Vorbereitung des Ernteeinsatzes 1939 erteilt. Alle bei den Vermittlungsstellen gemeldeten Arbeitssuchenden sollen auf ihre Eignung als Erntehilfskräfte geprüft und Personen mit zur Zeit nichtarbeitsbuchpflichtiger Beschäftigung in möglichst grosser Zahl zur Erntearbeit herangezogen werden. Betriebe, die landwirtschaftlich geeignete Kräfte beschäftigen, sollen diese vorübergehend beurlauben, vor allem Betriebe

mit saisonüblicher Arbeitsstille in den Erntemonaten. In solchen Fällen soll die Freigabe einer grösseren Zahl von Arbeitskräften notfalls durch Stilllegung ganzer Abteilungen des Betriebes erzwungen werden können. Als Reserve für den Ernteeinsatz stehen ausserdem Schuljugend und Studentenschaft zur Verfügung. Nur soweit mit diesen Massnahmen der Bedarf an Erntehilfskräften nicht gedeckt werden kann, sollen Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht und SS-Verfügungstruppen herangezogen werden.

Für die Heranziehung der Schuljugend zum landwirtschaftlichen Hilfsdienst sind amtliche Richtlinien erschienen. Sie soll in erster Linie in den Ferien eingesetzt werden. Notfalls können die Sommer- und Herbstferien um eine Woche verlängert werden. Aber auch ausserhalb der Ferien dürfen Schüler eingesetzt werden, wenn andere Hilfsmittel erschöpft sind.

Die Schüler werden von den Arbeitsämtern angefordert und von der Hitlerjugend betreut. Die Schulleiter sind verpflichtet, eine Liste der dafür in Frage kommenden Schüler und Schülerinnen zu führen. Es gibt Einzeleinsatz und Klasseneinsatz. Für den Einzelseinsatz kommen Schüler in Betracht, die im Landwirtschaftsbetrieb von Eltern und Verwandten helfen wollen. Der Einsatz ganzer Klassen ist auf die höheren und Mittelschulen beschränkt. Städtische Schuljugend unter 14 Jahren soll im allgemeinen nicht zur landwirtschaftlichen Hilfsarbeit herangezogen werden. Die Zustimmung der Eltern ist zwar notwendig, es wird aber erwartet, dass sie die Zustimmung nur in wohlbegründeten Ausnahmefällen versagen. Schülern und Schülerinnen über 14 Jahren wird grundsätzlich der Tariflohn bezahlt.

Der Reichsstudentenführer hat am 20. Juni die Erntehilfspflicht für alle Mitglieder der deutschen Studentenschaft für den Sommer 1939 befohlen und 25.000 Studenten und Studentinnen zum Ernteeinsatz im Osten aufgerufen. Sie werden zu Einsatzgruppen zusammengefasst: 10 bis 12 Studenten bilden eine Zelle, die nach Möglichkeit in einem Dorfe eingesetzt wird.

Die SA-Standarte 26 in Magdeburg hat jedem ihrer Stürme ein Patenddorf zugeteilt, in dem er im Frühjahr und im Herbst zur Landerbeit eingesetzt werden soll. In einer Reihe von Gegenden wird ein Ehrenlanddienst aufgezoogen, so z.B. im Industriegebiet von Salzgitter, wo sich zahlreiche Einwohner der Stadt zur Verfügung stellen wollen, um einige Stunden am Tage bei der Ernte, an der Maschine oder im landwirtschaftlichen Haushalt zu arbeiten. In Burgsdorf bei Hannover wird ein Aufruf zum freiwilligen Ehrenlanddienst an alle Gliederungen der NSDAP und andere Organisationen gerichtet.

Das Pflichtjahr der Mädchen, das im Februar 1938 eingeführt wurde und damals nur Berufe erfasste, in denen Frauenerbeit überwiegt, ist mit dem 1. Januar auf die gesamte weibliche ledige Jugend unter 25 Jahren ausgedehnt worden, die noch nicht als Arbeiterinnen oder Angestellte beschäftigt waren (Siehe Heft 4/5 1938, Seite A 132 ff, Heft 2/1939, Seite A 66 und 67). Die weibliche Dienstpflicht soll die Bauernfrau von hauswirtschaftlicher Arbeit entlasten, um sie für die Arbeit auf dem Acker und im Stall freizumachen. Im vorigen Jahr sind 130.000 Mädchen auf Grund des Pflichtjahres in die Hauswirtschaft überführt worden, davon allerdings nur 60.000 in landwirtschaftliche Haushalte. Infolge der Ausdehnung des Pflichtjahres wird für dieses Jahr mit 300.000 Pflichtjahrmädchen gerechnet.

Der eigentliche Zweck des Pflichtjahres, Bekämpfung des Arbeitermangels auf dem Lande, ist offenbar bisher nur sehr unzureichend erfüllt worden. Das ist einer Anweisung des Landesarbeitsamtes Hessen zu entnehmen, in der festgestellt wird, dass ein erheblicher Teil der Mädel und ihrer Eltern den Sinn des Pflichtjahres noch nicht erfasst hätten. Denn in den grösseren und grossen Städten habe sich der überwiegende Teil der Mädel zur Ableistung des Pflichtjahres in städtische Haushalte gemeldet, während der Hauptbedarf an Pflichtjahrmädeln auf dem Lande liege. Deshalb dürfen in Zukunft körperlich geeignete Pflichtjahrmädel nur noch in landwirtschaftlichen Stellen beschäftigt und die Zustimmung zum Antritt einer Stellung darf ihnen nur noch erteilt werden, wenn es sich um eine Stelle in der Landwirtschaft handelt. Nach Entscheidung des Reichsarbeitsministers soll auch eine einjährige Beschäftigung in einem Gartenbaubetriebe, dessen Erzeugnisse der Volksernährung dienen, als landwirtschaftliche Tätigkeit angesehen und auf das weibliche Pflichtjahr angerechnet werden.

Es besteht die Absicht, die weibliche Dienstpflicht noch weiter auszudehnen. Auch die sogenannten Haustöchter sollen zur Arbeitspflicht herangezogen werden. In einer Rede vor dem Mitteldeutschen Sparkassentag in Magdeburg kündigte der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Dr. Syrup an, dass wahrscheinlich noch in diesem Jahre ein Gesetz erlassen wird, wonach jedes Mädchen bis zum 25. Lebensjahr das Pflichtjahr ableisten muss. Damit wäre die allgemeine Arbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend eingeführt.

Der Landdienst soll die städtische schulentlassene Jugend, und zwar Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren und Mädel von 14 bis 25 Jahren dauernd aufs Land bringen, damit sie den fehlenden bäuerlichen Nachwuchs ersetzen.

Die einjährige Dienstzeit beim Landdienst gilt bei den Mädchen als weibliches Pflichtjahr. Die Landdienstler bekommen ausser Arbeitskleidung, freier Kost und Wohnung 10 bis 30 Mark monatlich, sind also in Anbetracht ihrer Jugend als ungeschulte und der landwirtschaftlichen Arbeit ungewohnte Kräfte nicht schlecht bezahlt. Es sind zwei neue Landdienst-Reichsschulen errichtet worden, in denen junge Leute zu Landdienstführern geschult werden. Der Chef des Sozialamtes der Reichsjugendführung, Obergebietsführer Axmann, bezeichnete auf einer Tagung sämtlicher Landdienstreferenten, die im April in Berlin stattgefunden hat, den Beruf des Landdienstgruppenführers als einen der aussichtsreichsten in der ganzen Landwirtschaft.

Der Landdienst wird jetzt vom Reichsschatzmeister der NSDAP finanziert. Es sollen 150 neue Landdienstheime errichtet, die bisherigen verschönert und mit neuen Einrichtungen versehen werden. Landdienstler aus kinderreichen Familien sollen ausreichend mit Kleidern, Schuhen und Uniformen versorgt werden. Der Landdienst wird also der städtischen Jugend so anziehend wie möglich gemacht.

Aber der Erfolg der intensiven Propaganda für den Landdienst ist gering. Im vergangenen Jahr hatten sich nur 18.000 Jungen und Mädchen gemeldet. In diesem Jahr war die Meldefrist verlängert worden und trotzdem meldeten sich nicht mehr als 25.000.

Im Übrigen entnehmen wir über den Arbeitermangel auf dem Lande unseren Berichten:

Bayern: Fast ein Jahrzehnt war den knapp verdienenden Bergwohnern des bayrischen Waldes die industrielle Erschliessung ihres Gebietes versprochen worden. Nach einigen Ansätzen in dieser Richtung ist nicht nur alles beim Alten geblieben, sondern man unterbindet jede Möglichkeit der Abwanderung in die Industrie. Es darf niemand mehr in die Stadt. Alle Gesuche, z.B. bei den Regensburger Bayrischen Flugzeugwerken Aufnahme zu finden, werden abgelehnt. Man holt für diese Betriebe Arbeiter aus der Augsburger und Nürnberger Gegend heran.

Rheinland-Westfalen: In bäuerlichen Kreisen der Rheinpfalz und Westfalen wird über den Mangel an Arbeitskräften laute Klage geführt. Die Ernte in diesen Bezirken soll gut stehen. Es wird aber bei dem Anhalten des Mangels an Arbeitskräften befürchtet, dass ein grosser Teil davon verloren geht.

Pommern: Hier herrscht grosser Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Beim Arbeitsamt in Arnswalde ergab sich folgendes Bild:

	<u>Registrierte freie Stellen:</u>	<u>Besetzt werden konnten:</u>
Kuertow	212	140
Liebenwerda	325	192
Berkenbrügge	480	235
Pessnik	518	370
Falkenberg	854	410
Buchholz	390	282
Marienwalde	614	409
Forstenu	1.050	645

Registrierte freie Stellen: Besetzt werden konnten:

Granow	170	120
Kranzin	200	133
Gubsdorf	1.260	715
Zuchow	960	450

Es fehlen mehr weibliche als männliche Kräfte und man hofft auf das baldige Eintreffen von slowakischen Arbeitern.

Schlesier: Bereits zu Beginn der Ferien wurde den Studenten und höheren Schülern bekannt gegeben, dass sie sich unmittelbar zur Landerbeit zu melden haben. Schüler oder Studenten, die bisher dieser Aufforderung noch nicht nachgekommen waren, sucht man jetzt einzeln auf und weist ihnen Landerbeit zu. Wer die ihm zugeteilte Arbeitsstelle nicht antritt, wird hierzu nochmals aufgefordert, was mit der Prüfung verbunden wird, dass er anderenfalls in Hinkunft vom Studium ausgeschlossen werde.

5) Ausländische Arbeiter in Deutschland

Die ausländischen Arbeiter, die Deutschland bisher zur Deckung seines Fehlbedarfs an Arbeitskräften herangezogen hat, wurden fast ausschliesslich als Landerbeiter verwendet. Da aber der Facharbeitermangel grösser ist, werden Ausländer auch in der Industrie beschäftigt. Bisher war man bei der Heranziehung ausländischer Arbeiter im wesentlichen auf Länder beschränkt, die überwiegend agrarisch sind und denen es selbst an industriellen Fachkräften mangelt; das gilt vor allem für Italien. Seit der Annexion der Tschechoslowakei verfügt man über ein Gebiet mit einer grossen Zahl hochqualifizierter Facharbeiter. Von der Möglichkeit, diese Arbeitskräfte ins Reich zu deportieren, ist bereits in erheblichem Umfange Gebrauch gemacht worden. Nach Schätzung tschechischer Blätter sind zur Zeit 40.000 Tschechen aus Böhmen und Mähren im Altreich beschäftigt.

Im ganzen sollen in diesem Jahre 200.000 ausländische Arbeiter herangezogen werden. Mit Ungarn ist ein Abkommen über die Stellung von 12.000 Landerbeitern abgeschlossen worden.

Ueber die Beschäftigung ausländischer Arbeiter liegen folgende Berichte vor, die vor allem zeigen, wie streng diese Arbeiter von den einheimischen abgeschlossen werden:

Südwestdeutschland: Die italienischen Landerbeiter und -Arbeiterinnen tragen als Uniform eine dunkelblaue Bluse -auch die Mädchen- und haben auf der Brust ein Abzeichen. Sonst ist die Kleidung dieser Leute mehr als armselig, das Schuhwerk geradezu miserabel.

Allmonatlich an einem Sonntag findet eine Versammlung statt, in der jeweils ein Italiener aus Karlsruhe spricht und die von allen Italienern des betreffenden Bezirks besucht werden muss.

An der badisch-schweizerischen Grenze werden schweizer Arbeitslose angeworben. Sie werden in Fabrikbetrieben beschäftigt, jedoch nicht in Rüstungsbetrieben. So arbeiten in der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen in Gottmadingen und in Lörracher Betrieben seit einiger Zeit eine grössere Anzahl junger Schweizer. In Waldshut bei den Lonza-Werken hat sich die Zahl der Schweizer Grenzgänger bedeutend vermehrt. In der Pforzheimer Gegend sind ebenfalls eine grössere Anzahl schweizer Uhrmacher eingestellt worden. Der Zuzug hat in der letzten Zeit noch bedeutend zugenommen. Die Leute werden in der Goldwarenindustrie beschäftigt. Nach Angaben der deutschen Arbeiter bekommen diese Schweizer Arbeiter einen höheren Lohn als die deutschen.

Bayern: In München werden in vielen Betrieben viele Tschechen als Hilfsarbeiter verwendet, hauptsächlich zu minderwertigen oder gesundheitsschädlichen Arbeiten. Es handelt sich vorwiegend um Arbeiter aus dem Böhmerwald. Diese sind noch rückständig und genügsam genug, um die dreckigsten Arbeiten zu machen. Wie sie sagen, heisst es bei ihnen im Böhmerwald einfach, entweder ihr geht ins Reich und arbeitet dort oder ihr bekommt keine Unterstützung mehr und auch in Böhmen keine Arbeit.

Mitteldeutschland, 1. Bericht: In das Gaugebiet Hannover sollten für die Landwirtschaft polnische und italienische Landarbeiter kommen. Es waren 13.000 Leute angekündigt worden. Im Mai sind diese Transporte ohne jede Begründung abgesagt worden, und man weiss noch nicht, ob an ihrer Stelle Slowaken "geliefert" werden.

2. Bericht: In den Monaten Januar und Februar 1939 sind etwa 14.000 Arbeiter aus dem Sudetengebiet in Hannover eingetroffen. Etwa 10.000 Arbeitskräfte werden nach der Inbetriebnahme der neuen Betriebsanlagen der Continental-Gummiwerke weiter erforderlich sein. Ausser jenen 14.000 Arbeitern aus dem Sudetengebiet sind im Laufe des April im Bezirk des Landesarbeitsamtes Niedersachsen (Hannover) 4.000 slowakische Landarbeiter eingetroffen. Sie sollen den Landarbeitermangel beseitigen, da die Aufrufe zum freiwilligen Landdienst nicht den erwarteten Erfolg gehabt hätten. Man rechnet damit, dass im Laufe des Sommers mindestens 30.000 Arbeiter für die Volkswagenwerke in Fallersleben und die Göring-Werke in Salzgitter angefordert werden.

Oberschlesien: In der Donnermarckhütte wird eifrig ein Vorfall diskutiert, der sich am 16. Mai abgespielt hat. Dort wurde ein Dreher aus Polnisch-Oberschlesien eingesetzt, ihm auch der ortsübliche Tariflohn in Aussicht gestellt. Nach etwa 4 Stunden verschwand der "Auslandsdeutsche" und war nicht wieder aufzufinden. Am nächsten Tag erschien er wieder, um sich seine Sachen abzuholen, machte gegenüber dem Betriebsführer abfällige Bemerkungen, u.a.: "Hier geht es ja schlimmer zu, wie im bolschewistischen Russland, viel Arbeit und wenig Lohn." Als er das Hüttentor verlassen wollte, wurde er von der Gestapo verhaftet, sein Verbleib ist bisher unbekannt.

Zwei Flüchtlinge aus Lodz, ein Ofensetzergereselle und ein Photograph, wurden bei der Baufirma Bankmeyer-Hindenburg eingesetzt.

Sie mussten schon in den ersten Tagen im strömenden Regen ihre Arbeit verrichten und wollten am nächsten Tage nicht arbeiten. Man drohte ihnen, sie nach Polen abzuschieben. Nach einer Woche, als sie den ersten Lohn im Betrage von 22 RM erhielten, erklärten sie vor dem Vertrauensrat, dass sie mit diesem Gelde nicht auskommen und ihren Familien, die sich im Flüchtlingslager auf dem St. Anneberg befinden, nichts schicken könnten. Es lange kaum zum Essen und fürs Quartier. Man könne nicht einmal zur Familie fahren, das es nicht zum Fahrgeld reiche. Darauf erhielten sie zur Antwort: "Nun, Ihr könnt es ja besser haben, geht nach Polen zurück, wenn es Euch nicht gefällt. In Deutschland wird gearbeitet und nicht gemeckert. Wollt Ihr mehr verdienen, so müsst Ihr mehr Ueberstunden machen." Diese Auslandsdeutschen beklagten sich dann bei ihren Arbeitskollegen, ob das hier immer so sei, worauf man ihnen ironisch sagte: "Ihr liebt das neue Deutschland doch, es wird Euch noch so manches neu erscheinen, was Ihr von Polen her nicht kennt."

Denzig: Aus Danzig sind eine ganze Anzahl von ungelerten Arbeitern in das sogenannte Sa-Umschulungslager nach Contienen bei Königsberg geschickt worden, das dort als Zweiglager des Lockstedter Lagers bei Kiel von der Firma F. Schichau, Königsberg, unterhalten wird. An dem Lagerkursus, der der Ausbildung von Facharbeitern dient, sollen 400 Arbeiter teilnehmen. Die Teilnehmer müssen ihrer Wehrpflicht genügt haben und ein Mitgliedszeugnis irgend einer nationalsozialistischen Organisation beibringen. Der Kursus soll 40 Wochen dauern. Während dieser Zeit erhalten die Arbeiter freie Verpflegung, Unterkunft, im Bedarfsfalle Kleidung und wöchentlich 1 Mark Taschengeld. Ausserdem werden jedem Teilnehmer täglich 50 Pfennig gutgeschrieben, die später zur Beschaffung von Kleidung dienen sollen. Während der Ausbildung sollen die Teilnehmer auch ein- oder zweimal Urlaub erhalten. Gegen Unfall und Krankheit werden sie ebenfalls versichert.

Wasserkante: In den Städten Schleswig-Holsteins, in denen sich Werft- oder sonstige Rüstungsbetriebe befinden, sind eine grosse Anzahl tschechischer Arbeiter untergebracht; nicht etwa Sudetendeutsche, sondern richtige Tschechen, zum grössten Teil Facharbeiter, an denen in der Rüstungsindustrie Mangel herrscht. Es sind jedoch auch Handlanger und ungelerte Arbeiter dabei. Soweit wir feststellen konnten, werden sie nicht einzeln bei kleinen Meistern eingestellt, sondern in grösseren Abteilungen auf den Werften und in besonderen Werkstätten. Es wird alles versucht, um sie von den deutschen Arbeitern getrennt zu halten, in einigen Betrieben sind sogar eigene Kantinen für sie geschaffen worden. In Neumühlen-Dietrichsdorf bei Kiel, in der Nähe der früheren Howaldswerke, die seit einigen Jahren zu den Deutschen Werken in Kiel gehören, sind eine grosse Anzahl alter Pachtgärten gekündigt. Auf diesem Gelände sollen für die tschechischen Arbeiter besondere Wohnungen errichtet werden, man weiss noch nicht, ob Baracken oder feste Häuser.

Auf der Schiffswerft in Flensburg sind etwa 150 tschechische Arbeiter beschäftigt, Facharbeiter der verschiedensten Branchen, Brenner, Schweisser, Schlosser, Kesselschmiede usw. Das Verhältnis zwischen den deutschen und tschechischen Arbeitern ist sehr gespannt, nicht nur von Seiten der Tschechen, sondern auch von Seiten der Deutschen, die darüber empört sind, dass die tsche-

chischen Arbeiter ausser einer gewöhnlichen Zulage von 20 - 25% zu ihrem Lohn auch noch höhere Stundenlöhne bekommen. So beträgt z.B. der Stundenlohn eines ungelernten tschechischen Arbeiters 65, eines ungelernten Flensburger Arbeiters 61 Pfg.

Deutsche, die im Ausland arbeiten, werden vielfach zur Rückkehr gezwungen. Darüber wird aus der Nähe der Schweizer Grenze berichtet:

Einige tausend deutsche Dienstmädchen, die in der Schweiz arbeiten, wurden aufgefordert, nach Deutschland zurückzukehren, um hier eine Stellung oder Fabrikarbeit anzunehmen. Diese Heimkehr erfolgt nicht so freiwillig wie die deutschen Zeitungen behaupten, denn man gibt den Mädchen zu verstehen, dass sie keine Papiere bekommen, wenn sie jetzt nicht zurückkehren.

Ein Teil ist dieser Aufforderung gefolgt, andere haben sich geweigert, zurückzukehren.

6) Die Frauenarbeit

Im Jahre 1938 waren nach der Statistik der Krankenkassen mehr Frauen beschäftigt als 1929, das bis dahin das Höchstjahr der Frauenbeschäftigung gewesen ist. Im Vergleich mit 1933 waren 1938 sogar 53% mehr Frauen erwerbstätig. Nach dem Bericht des Arbeitsamtes Magdeburg hatte in Mitteldeutschland im letzten Jahr die Zahl der beschäftigten Männer um 26.000, die Zahl der beschäftigten Frauen dagegen um 56.000 zugenommen. Seitdem hat zweifellos die Zahl der berufstätigen Frauen sich noch weiter vermehrt. Die Zahl der durch Vermittlung der Arbeitsämter in Arbeit gebrachten Männer betrug im April 1937 797.000, im April 1939 aber nur 445.400. Die entsprechenden Zahlen für die untergebrachten Frauen waren dagegen 170.000 und 213.000.

Auch auf die Frauen als Arbeitskraftreserve muss also jetzt - im Gegensatz zum letzten Krieg - schon im Stadium der Kriegsvorbereitung zurückgegriffen werden, wenn auch noch nicht in so grossem Umfange, so doch mit grösserer Systematik.

Diese vorzeitige Inangriffnahme der Frauenreserve ist nicht zuletzt eine Folge der umfangreichen militärischen Mobilisierungsmassnahmen, die Deutschland immer wieder von neuem vornimmt. Wenn diese Mobilisierungen auch nur vorübergehend der Wirtschaft männliche Arbeitskräfte entziehen, so machen sie doch wegen des ohnehin vorhandenen Arbeitermangels einschneidende Umstellungen im Arbeitseinsatz erforderlich.

Man bringt die Frauen vorwiegend in Berufen unter, die nicht unbedingt von Männern, vor allem von Facharbeitern ausgeübt werden müssen. Teilweise werden sie sogar auf Grund der Dienstpflichtverordnung einer fachlichen Schulung unterworfen. Schon vor einigen Monaten erliess die DAF eine Aufforderung an die Unternehmer, Anregungen zu geben, wie nach der Mobilisierung der letzten männlichen Arbeitskräfte durch eine verstärkte Beschäftigung der Frauen der Arbeitermangel erleichtert werden könnte (Siehe Heft 2/1939, Seite A 47,48). Es werden etwa aus den gleichen Berufen wie während des letzten Krieges Männer herausgezogen und durch Frauen, zum Teil durch ihre eigenen, ersetzt werden.

Nach Feststellungen des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront waren Mitte des vergangenen Jahres in den Energie-, Verkehrs- und Verwaltungsbetrieben 286.000 Frauen beschäftigt. Inzwischen hat sich die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen auf weit über 300.000 Frauen erhöht. Sie soll aber noch weiter erhöht werden.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat verfügt, dass weibliche Kräfte, besonders Jugendliche über 16 Jahren, eingestellt werden sollen, falls die Arbeitsämter keinen männlichen Nachwuchs vermitteln können. Sie sollen besonders im Verwaltungsdienst, in Büros, in Fahrkartenausgaben, Stationskassen, Güterabfertigungen usw. beschäftigt werden.

Wie in anderen Städten sind in Bremen Frauen als Briefträger beschäftigt. Die Reichspost hat dort 50 weibliche Briefträger eingestellt. In Remscheid werden während der Urlaubszeit weibliche Hilfskräfte ohne Uniform Briefträgerdienste versehen.

Die Dresdner Strassenbahn plant, Schaffnerinnen einzustellen. Zunächst sollen die Ehefrauen von Strassenbahnern berücksichtigt werden.

Die Stadt Dessau will jeden zweiten Schaffnerplatz mit einer Frau besetzen, um männliche Arbeitsplätze für wichtigeren Aufgaben freizubekommen.

Die Strassenbahnen Hannover haben sich entschlossen, mit Rücksicht auf den immer fühlbarer werdenden Mangel an Personal weibliche Schaffner einzustellen.

Bisher war in Preussen durch eine Verordnung aus dem Jahre 1933 die Beschäftigung weiblicher Kräfte in Schankatätten anstelle von Kellnern Beschränkungen unterworfen. Jetzt will man die Kellner soweit wie möglich von Kellnerinnen ablösen lassen. Kurse zur Ausbildung im Kellnerinnenberuf sind bereits eingerichtet.

Es werden Einrichtungen getroffen, Frauen, die Kinder zu betreuen haben, die Berufsarbeit zu ermöglichen. So hat ein grosses Werk in Bielefeld zur Steuerung des Facharbeitermangels mit einem in der Nähe gelegenen Kindergarten ein Abkommen getroffen, wonach die Kinder neuingestellter Mütter dort beaufsichtigt und beschäftigt werden.

Aus dem Reich liegen folgende Berichte vor:

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Im Lebensmittelbetrieb X. wurde letzte Woche ein Anschlag angebracht, in welchem die Arbeiter aufgefordert wurden, Bekannte zu veranlassen, besonders Frauen, bei der Firma einzutreten. Die betreffenden können wählen, ob sie normal arbeiten wollen, ob sie Schichtarbeit wollen und welche Schicht ihnen am besten passt. Ja, verheiratete Frauen können eintreten, wenn sie nur einen halben Tag, vormittags oder nachmittags arbeiten wollen.

2. Bericht: Die durch die Einberufungen zum Militärdienst entstehenden Lücken können nicht immer gleich wieder ausgefüllt werden. Tugendliche rücken deshalb rasch vor zu Männerarbeiten, aber auch Frauen und Mädchen werden schon zu Männerarbeiten herangezogen.

Sachsen: In einem grossen Leipziger Rüstungsbetriebe, in dem Flugzeuge hergestellt werden, ist vor einiger Zeit eine besondere Abteilung für Frauenschulung eingerichtet worden. Sie ist für 600 Frauen bestimmt und sofort voll belegt worden. Die Schulung dauert zunächst 6 Wochen. Die Zuteilung der Frauen erfolgt durch die Arbeitsämter. Nach Ablauf der 6 Wochen entscheidet die Schulleitung in Verbindung mit dem Arbeitsamt, ob die Frauen wieder nach Hause können, im Schulungsbetrieb noch verbleiben müssen oder in andere Fabriken vermittelt werden. Es sind bereits die ersten Frauen weiter vermittelt worden. Ein Teil kam zu einer Radiofirma, ein anderer zu einem Flugzeugbau-Betrieb.

Dieser Ausbildungspflicht unterliegen selbst Witwen, die Renten beziehen, sowie kinderlose Ehefrauen, deren Männer längere Zeit ortsabwesend sind. Wenn der Aufruf durch das Arbeitsamt erfolgt, helfen keinerlei Einwände. Denn die Frauen erfahren dann, dass sie schon lange von den Blockwarten überwacht worden sind und das Arbeitsamt genau über sie informiert ist.

Anfang Mai kamen aus dem sächsischen Erzgebirge und dem Gebiet von Borna-Penig 1.400 Frauen auf Grund von Verfügungen der Arbeitsämter nach Wolfen bei Bitterfeld. Sie müssen in den Photoartikel-Abteilungen der IG-Farben arbeiten. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 70 Stunden einschliesslich Sonntagsarbeit. Der wöchentliche Lohn beträgt einheitlich 35 RM. Davon sind für Kost und Logis und kleine Auslagen insgesamt 20 RM abzuführen. Alle sonstigen Einkäufe, Kleidung, Schuhe usw. müssen im JG-Farben-Kaufhaus im bergeldlosen Verkehr vorgenommen werden. Die Frauen sind in den ehemaligen Baracken der Wolfener Flak-Abteilung wie Militär kaserniert. Sie haben nur alle drei Wochen das Recht, nach Hause zu fahren. Das Fahrgeld beträgt für sie 5 bis 7 RMk. Was da übrig bleibt als Beitrag zum Familienunterhalt - trotz des Kasernenlebens und der langen Arbeitszeit - lässt sich leicht errechnen. Dabei ist ein Teil der Frauen noch verpflichtet, an das Wohlfahrtsamt Rückzahlungen zu leisten.

Berlin: In den Tageszeitungen erscheinen häufig Inserate, in denen die Arbeitsämter Personal für Halbtagsbeschäftigung als Verkäuferinnen und Kontoristen suchen. Es wird dabei auf Hausfrauen gerechnet, die zum unzureichenden Einkommen ihres Mannes einen Zuschuss verdienen wollen. Seit einiger Zeit werden Fahrstuhlführer in den Warenhäusern durch Frauen ersetzt, z.B. im

Warenhaus Hertie (früher Hermann Tietz) am Alexanderplatz. In der Presse wird für die Ersetzung der Kellner durch weibliche Kräfte, die dafür angelehrt werden sollen, Stimmung gemacht.

Danzig: Kürzlich fand in Danzig eine Prüfung von 40 Mädchen statt, die einen Ausbildungskursus als Kellnerinnen absolviert hatten. Die Mädchen, die aus den verschiedensten Berufen kommen, sollen männliche Kellner ersetzen, die im Laufe der Zeit zu Erdarbeiten nach Deutschland geschickt worden sind oder noch werden. Ein neuer Kursus, an dem wieder 40 Mädchen teilnehmen, laufe bereits.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: In der Metallindustrie nimmt der Umfang der Frauenarbeit ständig zu. Man versucht jetzt in erster Linie, die "Drohnen" an die Arbeit zu bringen, damit meint man die Frauen, die weder verheiratet, noch sonst irgendwie entgeltlich oder ehrenamtlich beschäftigt sind. Für die verheirateten Frauen versucht man, die sogenannte Halbtagsarbeit einzuführen, d.h. man lässt die Frauen in zwei Schichten arbeiten und sorgt dafür, dass die Betriebe Kindergärten einrichten, damit die Kinder gleich in der Nähe der Mütter sind.

Damit die Möglichkeit der Zweisichten ausgenutzt werden kann, soll nach einiger Zeit eine Teilung der Männer- und Frauenarbeit vorgenommen werden, d.h. die Arbeitsvorgänge der Frauen sollen vollständig von denen der Männer getrennt werden.

Da die Frauen in zwei Schichten arbeiten sollen, fragt es sich, ob sich die Arbeit unter solchen Umständen für sie noch lohnt. Denn ein langer Weg, Fahrtkosten usw. stehen unter Umständen in keinem Verhältnis zu dem Lohn.

2. Bericht: In Esweiler und in Düren, kleineren Industrieorten, fehlen besonders viel Arbeitskräfte. Es können nur die dringendsten Arbeiten erledigt werden. Besonders fehlen in den Metallbetrieben gute Facharbeiter. Jetzt werden mit besonders grossem Nachdruck verheiratete Frauen eingestellt. Werber der Arbeitsämter gehen in die Familien und versuchen, die Frauen zum Eintritt in eine Arbeitsstelle zu bewegen. Dabei überprüfen sie die Familienverhältnisse und erteilen Ratschläge, wie man den Haushalt umstellen und die Möglichkeit schaffen kann, dass die Frau auch zur Arbeit geht.

7) Die letzten Reserven

Da Vollarbeiter nicht mehr aufzutreiben sind, werden weiter minderleistungsfähige Kräfte herangezogen. Diese letzte Reserve an inländischen Arbeitskräften besteht in der Hauptsache aus drei Kategorien:

- 1.) selbständige Handwerker und Einzelhändler, deren Betriebe zwangsweise geschlossen werden,
- 2.) alte Leute, die bereits aus dem Beruf ausgeschieden sind,
- 3.) Menschen, die wegen körperlicher Gebrechen bisher nicht im Erwerbsleben gestanden haben.

Mitte Juni hat der Reichswirtschaftsminister angeordnet, dass die Massnahmen zur Durchkämpfung der Handwerksbetriebe im Sinne des Vierjahresplanes beschleunigt durchgeführt werden müssen. Die Handwerkskammern haben die zur Löschung in Betracht kommenden Betriebe festzustellen, die Entscheidung liegt aber ausschliesslich bei den Arbeitsämtern. Für ihre Entscheidung ist ausschlaggebend, ob die Versorgung der Bevölkerung gesichert bleibt, und vor allem, ob der Betriebsführer arbeitseinsatzfähig ist. Die Löschung in der Handwerksrolle darf erst erfolgen, wenn das Arbeitsamt dem Handwerker einen Arbeitsplatz besorgt hat. Die so gewonnenen Arbeitskräfte sollen überwiegend in Handwerksbetrieben eingestellt werden, vor allem in solchen, die besonders vordringliche Aufgaben zu erfüllen haben.

Die Beseitigung der Uebersetzung im Einzelhandel, d. h. die Auskämpfung der Kleinhändler nach Arbeitskräften, erfolgt auf Grund einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 20. März. Eine gleichzeitig erschienene Erste Durchführungsanordnung bestimmt, dass zunächst die Einzelhandelsbetriebe geschlossen werden sollen, die ihrem Inhaber nicht erlauben, eine selbständige Existenz zu fristen. Aber die Schliessung soll nur dann erfolgen, wenn der Betroffene für den Arbeitseinsatz geeignet ist. Die Siebung der Einzelhandelsgeschäfte ist nicht ganz so streng wie die der Handwerksbetriebe. Die Auswahl wird nicht von den Arbeitsämtern getroffen, sondern vom Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel.

Im April hat der Reichswirtschaftsminister die dafür zuständigen Stellen angewiesen, den Zugang zum Einzelhandel erheblich einzuschränken. Die Massnahme ist bis zum 1. Oktober 1939 befristet. Wenn dann die Wirkung der Sperre erwartungsgemäss ausgefallen ist, soll eine Lockerung eintreten. Inzwischen ist der Arbeitermangel gewachsen, und man will dem Einzelhandel schärfer, als ursprünglich beabsichtigt, zu Leibe gehen. Der Präsident des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hat einen Plan entworfen, der vorsieht, die Personen, die im Kleinhandel beschäftigt sind, auf zwei Drittel des gegenwärtigen Bestandes zu reduzieren.

Ueber die Auskämpfung von Handwerk und Einzelhandel wird folgendes berichtet:

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Bei der Auskämpfung des Handwerks in unserem Gebiet ist anscheinend eine Pause eingeschaltet worden. Wohl werden die Kleinmeister immer wieder ermahnt, sich im

eigenen Interesse freiwillig zur Schliessung ihrer Geschäfte zu melden. Zwangsmassnahmen werden aber erst für den 1. Oktober ds. Jhrs. angedroht.

2. Bericht: Vor kurzem wurden alle männlichen und weiblichen Hausierer bis zu 55 Jahren einer ärztlichen Untersuchung unterzogen. Weit mehr als der Hälfte von ihnen, hauptsächlich den Männern, wurde mitgeteilt, dass sie keinen Wandergewerbeschein mehr erhalten. Sie wurden dem Arbeitsamt überwiesen und erhielten dort einen Zuweisungsschein für einen Betrieb.

Im Laufe des Monats Juni bekam wieder eine Anzahl der noch tätigen Hausierer die Aufforderung, sich vom Vertrauensarzt des Bezirksamtes untersuchen zu lassen, d.h., dass sie ab 1. Juli wieder eine neue Bestätigung ihres Hausierscheines brauchen.

Auch bei den Geschäftsreisenden soll eine Auskämmung erfolgen. Man spricht von 200.000 Reisenden, die umgeschult, beziehungsweise in ihrem früheren Beruf beschäftigt werden sollen.

In den Städten wurden erneut Handwerker, die nicht in ihrem ursprünglichen Beruf beschäftigt sind, den entsprechenden Betrieben zugewiesen.

Sachsen: Am 1. Juni stellen von den 11 Vertretern einer Radiohandlung 6 ihre Tätigkeit ein. Sie haben bei freiwilliger Aufgabe ihrer Stellung jetzt noch die Chance, sich selbst eine zweckmässige Tätigkeit suchen zu können. Tun sie es nicht rechtzeitig, so laufen sie Gefahr, dass sie vom Arbeitsamt aufgefordert werden, anstelle des "überflüssigen Berufs" eine andere Arbeit anzunehmen. Das bedeutet in der Regel eine Umschulung auf die Metallbranche. Wer sich dazu nicht sofort entschliesst, der wird einfach dem Strassenbau zugeteilt.

Die Leipziger Baugewerbe-Innung erliess am 12. Mai ein Rundschreiben, in dem den Bauschlossern angeraten wird, sich baldmöglichst für die Autobranche umzuschulen. Im Leipziger Baugewerbe sei dieses Jahr wenig Aussicht auf Beschäftigung. Es werden im einzelnen die Werke angeführt, die sich zur Umschulung bereiterklärt haben.

Westdeutschland: Zur Umschulung werden grosse Teile der Bevölkerung herangezogen: Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und Arbeitsinvaliden, kleine Geschäftsleute, deren Betrieb geschlossen wird, Musiker, Kellner, Hausierer usw.

Bei einer Untersuchung in einer kleineren westdeutschen Stadt wurden 150 untersuchte als für die Umschulung geeignet ausgesucht. Nicht für Umschulung geeignete Leute wurden nach Oesterreich und in das Sudetengebiet geschickt. Bei den Abtransporten wurde eine harte militärische Sprache geführt. Frauen, die ihre Männer bis auf den Bahnsteig begleiteten, wurden grob angeschnauzt mit Worten wie: "Los, los, macht das Ding nicht so feierlich. Eure Männer bekommt Ihr sowieso die nächsten zwei Jahre nicht wieder zu sehen." Solchen Vorgehen fördert eine Stimmung von dumpfer Unzufriedenheit.

Ein früherer Handwerksmeister, der in eine Maschinenfabrik geschickt wurde, hatte wegen schwerer Erkrankung seiner Frau um Urlaub gebeten. Dieser wurde ihm verweigert. Er verliess mit mehreren Kameraden auf eigene Faust das Werk. Die Frau war bei seiner Rückkehr bereits tot. Die Zurückgekommenen erklärten, dass die Arbeit eine Hölle sei. Die Arbeitszeit sei völlig unbestimmt. Der Antritt zur Schicht muss pünktlich erfolgen, aber das Ende ist nie

abzusehen. Auch wenn nur eine Pause von drei bis vier Stunden zwischen dem unvorhergesehenen hinausgeschobenen Ende der früheren Schicht und dem Anfang der neuen liegt, muss pünktlich angetreten werden. Selbst Sonntags mussten sie jederzeit auf Anforderung zur Stelle sein.

Nach der Umschulung kann der Umgeschulte nicht mehr in seinen früheren Beruf zurück. Die Eintragung im Arbeitsbuch, das von den Arbeitern Steckbrief genannt wird, macht das unmöglich.

Ueber die Heranziehung der alten Arbeiter liegen Berichte aus dem Reich vor:

Saargebiet: Ab 1. April wurden alle Pensionäre und Empfänger von Invalidenrentner auf ihre Verwendungsfähigkeit in der Wirtschaft ärztlich untersucht. Die früheren Begriffe: Berufsunfähigkeit oder Invalidität gibt es nicht mehr. Wer für verwendungsfähig befunden wird, wird dem Wirtschaftsprozess in irgendeiner Weise eingereiht. Pension und Rente werden nicht abgezogen; der Wiederbeschäftigte erhält eine zusätzliche Bezahlung und zwar je nach dem Nutzeffekt dergelasteten Arbeit. Herangezogen werden alle Pensionäre und Invalidenrentenempfänger, die das 65. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Für pensionierte Beamte, Angestellte und Büromenschen ist die Altersgrenze auf 70 Jahre festgesetzt.

Sogar Invalidenrentenbezieher von mehr als 70 Jahren werden zur Aufnahme einer Arbeit aufgefordert. Dieser Aufforderung wird aus Angst vor dem Verlust der Rente Folge geleistet.

Rheinland-Westfalen: Die über 45 Jahre alten Bergleute werden wieder in die Gruben dirigiert. Angeblich soll das jüngere Element zum Zwecke der besseren Leistung mit älteren Leuten durchgesetzt werden und den älteren ausgedienten Bergleuten solle ein zusätzlicher Verdienst geschaffen werden usw. Tatsächlich sollen die alten den fehlenden Bergarbeiternachwuchs ersetzen. Die Leistungsfähigkeit der meisten alten Bergleute ist bis zur Arbeitsunfähigkeit beschränkt. Aber sie gehen ganz gern wieder in den Pütt, denn mit ihrer Rente kommen sie nur spärlich aus. Bei "Berufsbergleuten" soll der Verdienst aus Lohnarbeit nicht auf die Rente angerechnet werden, ebenso wenig bei Altersinvaliden das Einkommen aus Besitz und Vermögen. Soweit eine Kürzung der Renten überhaupt in Betracht komme, soll der einzubehaltende Betrag ganz wesentlich herabgesetzt werden.

Es ist nicht anzunehmen, dass durch die neuen Massnahmen die Förderung im Ganzen so steigt, dass der Mangel an Kohlen behoben wird. Auf jeden Fall wird die Durchschnittsleistung weiter fallen und damit dürften die Produktionskosten erheblich steigen.

Mitteldeutschland: Bei den Büssing-Werken in Braunschweig wurde am 1. Mai eine besondere Gruppe von 456 Leuten vorgeführt, die über 65 Jahre alt sind und sich freiwillig zur Arbeitsleistung dem Werk zur Verfügung gestellt haben.

Oberschlesien: Von den Arbeitsämtern Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg wurden alle Rentner, Unfall- und Alterspensionäre vor ärztliche Untersuchungskommissionen vorgeladen, die nachprüften, wieweit sie noch zur Arbeit an den Befestigungsarbeiten

herangezogen werden können. Zahlreiche Unfallrentner bis zu 60 Jahren haben solche Aufforderungen zur ärztlichen Nachuntersuchung erhalten.

Im Mai hat der Reichsarbeitsminister die Arbeitsämter angewiesen, der beruflichen Beschäftigung der jugendlichen Schwerhörigen und sonstiger Erwerbsbeschränkter besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden:

Rheinland: Die Stadt Düsseldorf hat eine besondere Abteilung in der Berufsschule eingerichtet, in der die sogenannten Körperbehinderten für kaufmännische Berufe ausgebildet werden. Jugendliche können einen besonderen Kursus nehmen, in dem auf ihre besonderen körperlichen Fehler Rücksicht genommen wird. (Rückgratverkrümmung, einseitige Lähmung, Amputation). Die Körperbehinderten werden besonders in Maschinenschreiben, Kurzschrift, Buchführung und ähnlichen Spezialarbeiten geschult. Allmählich sollen die Schüler zur vollen Leistungsfähigkeit herangebildet werden. Nach Beendigung der Lehrzeit werden ihnen Stellen zugewiesen.

Am bezeichnendsten für den in Deutschland herrschenden Arbeitermangel ist die Tatsache, dass sich das Regime neuerdings gezwungen sieht, sogar die Einstellung von Juden wieder zuzulassen. So wird berichtet:

Mitteldeutschland: Es hat nicht geringes Aufsehen erregt, als kürzlich bei den Unternehmern Vertreter der Arbeitsfront erschienen, um ihnen mitzuteilen, dass wegen des herrschenden Arbeitermangels jetzt auch wieder Juden eingestellt werden könnten - vorausgesetzt, dass sie in gesonderten Räumen beschäftigt würden. Einem Unternehmer, der sich nach den Gründen dieser Umstellung erkundigte, wurde erklärt: "Ja, sehen Sie, die Juden sind eben doch die Intelligenteren." Und als der Unternehmer sein Erstaunen über eine solche Erklärung aus dem Munde eines Nazifunktionärs aussprach, sagte jener berichtend: "Na, ich meine natürlich: die Gerisseneren".

Die neue Wendung in der Judenfrage gibt Anlass zu mancherlei Diskussionen. Man fragt sich, warum man die Leute erst hinausgeworfen hat, wenn man sie nun wieder hereinholt; man fragt aber auch, warum man jüdische Aerzte, Techniker usw. nicht entsprechend ihren Fähigkeiten verwendet, da doch ein so ungeheurer Mangel an geeigneten Kräften besteht.

- - - - -

III. Aus den Betrieben

1) Die Haltung der Arbeiterschaft

Jede Berichterstattung aus den Betrieben läuft Gefahr, die tatsächliche Haltung der deutschen Arbeiter wenn nicht falsch, so doch ungenau wiederzugeben. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben und die Unterschiede innerhalb der Arbeiterschaft sind zu gross, als dass sich subjektive Verzerrungen des Bildes, das sich aus der Gesamtheit aller Berichte ergibt, ganz vermeiden liessen. Solche Unterschiede hat es auch früher schon gegeben. Es gab "rote" und "gelbe" Betriebe, Betriebe mit vorwiegend sozialdemokratischer, kommunistischer oder indifferenter Belegschaft. Und es gab Unterschiede in der Haltung der Arbeiterschaft selbst. Die politisch Denkenden, gewerkschaftlich Aktiven waren immer eine Minderheit. Aber solange es eine freie Arbeiterbewegung gab, fiel dieser Minderheit von selbst die Führung zu, gingen diese Unterschiede im Rhythmus der Gesamtbewegung unter.

Diese einschmelzende Kraft der Arbeiterbewegung besteht nicht mehr. Die Nationalsozialisten haben sie bewusst vernichtet und stattdessen ihre Politik systematisch darauf abgestellt, die Arbeiterschaft zu atomisieren. Sie haben noch etwas anderes getan: sie haben die geistige und moralische Widerstandskraft der Arbeiter durch unmässig lange Arbeitszeit und ein zermürendes Arbeitstempo zu brechen versucht. Aeusserlich scheint es, als ob ihnen das gelungen ist; die grosse Masse ist übermüdet und abgestumpft. In Wirklichkeit aber hat auch diese Methode die Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft nur vertieft: Diejenigen, die früher gedacht haben, denken auch heute noch, und die, die schon früher nicht gedacht haben, denken jetzt noch weniger. Nur dass die Denkenden heute die Nichtdenkenden nicht mehr zu führen vermögen.

Diese Tatsachen muss man berücksichtigen, wenn man die Berichte aus den deutschen Betrieben richtig bewerten will. Dazu kommen noch andere Umstände, die auf eine solche Berichterstattung nicht ohne Einfluss bleiben können. So wird z.B. ein Bericht eines Unternehmers über die Arbeiter immer anders gefärbt sein als ein Bericht aus der Arbeiterschaft selber, auch bei ehrlichem Willen zur Objektivität.

tivität auf beiden Seiten. Ferner ist es noch aus einem anderen Grunde besonders schwer geworden, sich ein zutreffendes Bild von der wirklichen Stimmung der Arbeiterschaft zu machen: Der Arbeitermangel und die Bedürfnisse der Wehrwirtschaft haben zu einer ständigen Verschickung und Auswechslung der vorhandenen Arbeitskräfte geführt, so dass die Arbeitskollegen einander zum grossen Teil fremd sind und kein aufrichtiges Gespräch wagen können. Wir stellen drei Berichte an den Anfang, aus denen hervorgeht, dass sich das Regime dieser Wirkung seiner Arbeitspolitik durchaus bewusst ist.

Sachsen: Im Bergbau von Regis-Breitungen bei Borna war bekanntlich vor kurzer Zeit eine Explosion erfolgt, die 14 Bergleuten das Leben kostete. Das veranlasste die Belegschaften der Bornaer Braunkohlenwerke zu heftigen Protesten, weil alle Sicherheitsmassnahmen immer mehr vernachlässigt werden. Nach dem Unglück hatten die Parteistellen grosse Worte gemacht, dass "rücksichtslos durchgegriffen werde". Die 14 Bergleute dürften nicht umsonst als Opfer der Arbeit gefallen sein. Die Belegschaften hatten aus diesen Worten geschlossen, dass sie nun auch Anklage gegen die Betriebsleitungen erheben und die vielen Unterlassungen im Sicherheitsdienst bemängeln dürften. Sie hatten ihre Einwände durch einen pensionierten Bergart vom Bergamt sachlich begutachten lassen und sie als Denkschrift den zuständigen Stellen eingereicht. Das passte nicht in die Absichten der Partei. Am 1. Juni wurden von den Bornaer Braunkohlenwerken 422 Leute nach Herne zur Arbeitsleistung in den dortigen Betrieben verschickt, darunter auch die 18 Leute, die die Denkschrift gegen die Betriebsleitungen ausgearbeitet hatten. Die Bornaer Werke bekommen als Ersatz für die nach Herne abgegebenen Leute 250 Arbeiter aus der Tschechoslowakei und 130 Arbeiter aus Deutsch-Oberschlesien.

Nordwestdeutschland: Bei den Arbeitern dring immer mehr die Einsicht durch, dass ihr Verhältnis im Betriebe ein Sklavenzustand ist. So wurden die Arbeiter im vorigen Jahre mächtig aufgerüttelt, als allein aus Hannover 3.000 Arbeiter zu den Westbefestigungen verschickt wurden. Manche Betriebe mussten jeden zwanzigsten Mann abgeben; sie wurden ausgesucht ohne Rücksicht auf die Verhältnisse; man wählte keineswegs nur Ledige oder die aus dem Saargebiet und dem Rheinland nach hier gekommenen Arbeiter aus, sondern man schickte wohlweislich ansässige Arbeiter fort und liess die auswärtigen hier.

In den Hannoverschen Continentalwerken wurden vor kurzem alle Spezialarbeiter innerhalb des Betriebes versetzt und zum Teil auch mit gleich qualifizierten Arbeitern aus anderen Betrieben ausgewechselt.

Wasserkante: Durch das ständige Wachsen der Betriebe und die Einstellung immer neuer Arbeiter wird die Verbindung zwischen den Arbeitern vom alten Stamm immer schwieriger. Der Arbeitermangel, verbunden mit der Vermittlung der Arbeitskräfte von einem Ort in den anderen, führt dazu, dass Fremde in die Belegschaft hineinkommen. In den letzten Monaten sind eine ungeheure Anzahl sude-

tendeutscher und tschechischer Arbeiter über Deutschland verteilt und in die Betriebe hineingesteckt worden. Die Folge davon ist, dass die alten Arbeiter sich immer mehr von den anderen absondern und dass sie nur unter sich gelegentlich ihre Auffassungen und Meinungen austauschen. So wird es immer schwieriger, ein wirkliches Bild von der Stimmung innerhalb der Betriebe zu geben. Es wird natürlich gemurrt und kritisiert, allerdings weit mehr ausserhalb der Betriebe als in den Betrieben selbst. Dort, wo sich zufällig Menschen zusammen finden, auf dem Markt, beim Kaufmann, in der Bahn usw. wird meistens offener und stärker kritisiert und geschimpft als in den Betrieben.

Ein Unternehmer äussert sich in einem Brief über die Haltung der Arbeiter wie folgt:

Was die Arbeiter angeht, so werden sie, wie alle Menschen, vorwiegend von materiellen Beweggründen geleitet. Ich habe Deine Ansicht nie geteilt oder doch für übertrieben gehalten, dass eine stärkere Betonung der nationalen und religiösen Frage notwendig sei. Mit Idealismus ist zurzeit wenig zu machen und auch nicht mit der Demokratie, soweit sie idealistisch begründet wird. Der Marxismus hatte schon weitgehend Recht, wenn er sich aufs Materielle stützte, aber er war ja im Grunde auch idealistisch und in seiner Ausdrucksweise verschroben. Der grosse Fehler des Marxismus war und ist, nach meiner Meinung wenigstens, der ich immerhin die Arbeiter aus dem Betrieb kenne und nicht aus Versammlungen im Sonntagsanzug, dass er ihnen eine Solidarität zutraute, die nur eine Elite hat. Die anderen sind bei grossen Aktionen nur mitgerissen oder mitgeschleift worden. Das sind diejenigen, die sich jetzt ohne viel Beschwerden dem Zwang fügen, und das sind viele Millionen, die sich mit dem System ganz gut abfinden, solange sie Arbeit und Brot haben. Die Unzufriedenheit ist rein ökonomischer Natur und erstreckt sich nie aufs Weite. Es geht ums liebe Einzelschicksal und nicht um Klassenschicksale. Es war früher auch nicht viel anders; Ihr habt das nur in Euren Organisationen nie recht gemerkt, aber ich bin älter als Du und mag zu pessimistisch sein. Aber auch von anderen Leuten höre ich, dass, soweit von Rebellion überhaupt gesprochen werden kann, sie von anderen Schichten kommt als von den Arbeitern.

Das ist z.B. mein Bruder, den Du als Erzieher und Schriftsteller kennst. Er mag insofern recht haben, als ja allmählich alles Streben im bürgerlichen Sinne ertötet wird. Früher hat man viel über Rentnerpsychose geschrieben. Jetzt, so scheint mir, kommen wir trotzdem allem Gepredige über Heroismus in so etwas wie eine Sicherheitspsychose hinein. Das heisst also, Rentner sind wir gewiss nicht, weil wir alle schuften müssen, aber die allgemeine Sehnsucht ist weder Krieg noch Revolution noch Spekulation, sondern Sicherheit des Einkommens und des geretteten Kapitals, und das scheint mir auch die Grundhaltung der Arbeiter zu sein. Endlich mal Schluss mit der ewigen Aufregung von Krieg und Revolution und Nazitheater, sondern wieder mal ein behagliches Dasein mit Schinkenstullen und gutem Bier. Wenn das der Sozialismus bieten kann, bon, wenn es der Kapitalismus bieten kann, auch gut, wenn es irgend ein anderes System mit solchen guten Sachen und Sicher-

heit gibt, noch besser! Wenn ich unrecht behalte, kannst Du mich auslachen, wenn es dann noch etwas zum Lachen gibt, aber ich behaupte, dass die Masse der Deutschen viel mehr reaktionärer im Spiessbürgerinne ist als jemals zuvor.

Demgegenüber stammen die folgenden Stimmungsrechte von Arbeitern selbst:

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: (Aus dem Brief eines Arbeiters) Unsere Ansicht über die Zukunft? Wir wissen sehr wohl, was in der Welt vorgeht. Wir kennen auch die sich steigernden Nöte des Systems aus täglicher Erfahrung. Aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt es auf die Dauer keinen anderen Ausweg für das System als den Krieg. Die Machthaber glauben an den Sieg in einem solchen Kriege. Wir nicht. Die Niederlage wird kommen und dann wird Hitler mit Gewalt gestürzt werden. Darum ist uns auch alles gleich, was nach dem Kriege kommt. Hauptsache ist der Sturz der Gewalt. Solange diese Kriegsniederlage nicht kommt, ist an eine Revolution in Deutschland nicht zu denken, es sei denn in vielen Jahren, wenn innen alles morsch und faul geworden ist. Zur Zeit überwiegt noch die Gewalt.

2. Bericht: In den meisten Betrieben wird politische debattiert, natürlich nur über Aussenpolitik. Da kann man genau feststellen, dass die Leute ausländische Sender hören. An deutschen Sendern haben die meisten wenig Interesse. Manche, die sich früher Genüsse anderer Art leisteten, die ein Glas Bier tranken usw. beschaffen sich jetzt lieber einen anständigen Radioapparat oder bauen sich ihren alten um, damit sie ja die ausländischen Sender bekommen.

Nordwestdeutschland, 1. Bericht: Im Betriebe spürt man immer deutlicher, dass der Nachwuchs nichts mehr von gewerkschaftlicher Arbeit weiss. Gibt es schon einmal eine Gelegenheit, dass man offen sprechen kann, dann reagieren die jungen Arbeiter sehr oft so, als ob die älteren Kollegen aus einer Zeit von vor 100 Jahren erzählten.

2. Bericht: Es ist immer wieder zu beobachten, dass die auswärtigen Arbeiter mehr zu sagen wagen als die einheimischen. Dies trifft besonders auf die Berliner zu, die am ehesten noch die Schnauze aufmachen. Im übrigen ist eine gegenseitige Fühlungnahme sehr schwierig. Manchmal kommt sie zufällig zustande. So wird uns ein Fall bekannt, wo ein Arbeiter in einem Laden etwas kauft und in der Unterhaltung mit dem Inhaber eine gemeinsame Vorliebe für den Schwimmsport feststellte. Es ergab sich, dass beide früher dem Arbeitersportverein angehört hatten. Das war der erste Schritt zum engeren Kontakt.

3. Bericht: Es geht kaum eine Rede eines Arbeitsfrontlers vorüber ohne dass nicht triumphierend darauf hingewiesen wird, wie Leys Prophezeiung, die Unternehmer würden sich noch um die Arbeiter reissen, in Erfüllung gegangen sei. Dass die Beseitigung der Freizügigkeit und die Militarisierung der Betriebe für die Arbeiter den Verlust der persönlichen Freiheit bedeutet, das wird den Arbeitsfrontangestellten, die zum grossen Teil niemals in einem

Arbeitsverhältnis gestanden haben, nicht bewusst. Sie sind meist völlig vom Zwangsprinzip, das in ihrer Bewegung herrscht, durchdrungen und halten es nur für richtig und ideal, dass das ganze Leben davon beherrscht wird. Allerdings gibt es unter den Arbeitsfrontlern auch Leute, die diese Dinge kennen, wenn es wohl auch nur wenige sind. Ein Genosse wurde von einem früheren Kommunisten aufgefordert, einmal mit zu einer Versammlung zu gehen, der Arbeitsfront-Gauleiter sei "ein richtiger Kommunist". Der Redner sprach dann in der Tat mit sehr scharfen Worten darüber, dass bisher die Arbeiter den grössten Teil der Kosten des "Aufbaues" getragen hätten. Die daraus für sie entspringenden Vorteile, auf die sie ein Recht hätten, müssten sie erst noch erhalten. Das aber würde geschehen, wenn der Lebensraum des deutschen Volkes endgültig gesichert sei.. Mancher lässt sich durch den scharfen Ton solcher Kritik irreführen und sieht nicht ein, dass es oft nur eine gut inszenierte Posse ist, durch die man die Arbeiter versöhnen will. Allerdings geht daraus doch auch hervor, dass man sehr gut weiss, dass die Arbeiter keineswegs zufrieden sind.

4. Bericht: Gespräche mit Eisenbahnern ergeben, dass auch in diesen Kreisen lebhaft über eine zu starke Arbeitsüberlastung geklagt wird. Die aufgehäuften Misstimmung macht sich mitunter in stärksten Redewendungen Luft. So bekamen wir z.B. zu hören: "Der Dienst ist jetzt in eine solche Schinderei ausgeartet, dass wir beinahe lieber heute als morgen den Krieg wünschen, um endlich wieder aus dieser Sklaverei herauszukommen."

Südwestdeutschland: Als der Führer den Westwall besichtigte, war er auch in Kehl. Er nahm Betriebsbesichtigungen vor, und aus den Betrieben wurden ihm Abordnungen der Arbeiter vorgestellt, auch Abordnungen der Baustellen. Nur ausgespichte Nazis wurden ausgewählt, die übrigen Arbeiter standen soweit vom Führer entfernt und die Absperrung war so dicht, dass die Arbeiter "ihren Führer" kaum inmitten seiner zahlreichen Trabanten erkennen konnten. In allen Orten war übrigens bekannt gemacht worden, dass es streng verboten sei, Blumen in den Wagen des Führers zu werfen.

Bayern: Die internationale Entwicklung und die Ueberzeugung der meisten Menschen, mit Ausnahme der jungen, dass der Krieg kommen und für Deutschland verloren gehen werde, machen Mut, wenn auch nur ganz leise. Da gibt es schon mal Aeusserungen im Betrieb, die leicht gefährlich werden können. So sagte neulich ein Arbeiter, als über den Inhalt des Lohnbeutels diskutiert wurde: "Nun wird man bald was anderes in den Lohnbeutel stecken." Das hörte der Vertrauensrat, der sonst nichts tut und sagte: "Haben's net so grosse Goschen, sonst könnens halt mal nach Dachau gehn." Darauf wurde ihm allerdings erwidert, dass man dann ja gleich den ganzen Betrieb nach Dachau bringen könne.

Die alten Kämpfer sind übrigens im allgemeinen anständig und verstehen die Arbeiter viel besser als die nachgemachten Nazis.

Schlesien: In den Betrieben ist ein Ueberhandnehmen der Feierschichten zu verzeichnen. Man führt einen lebhaften Kampf gegen den Alkohol. Es sind Unfälle bekannt, die auf Sabotage zurückgeführt werden. Die Arbeitszeitverlängerung hat nur Unruhe in die Betriebe gebracht, wer sich drücken kann, tut es, jeder erzählt

seine häuslichen Sorgen, und dabei kommt das Regime schlecht weg. Witze sind heute an der Tagesordnung, und man trifft selten einen Nazi, der es wagt, die Erfolge Hitlers öffentlich zu verteidigen, weil er ja doch am Ende zugeben müsste, dass die Lösung nur durch einen Krieg kommen kann, und zum Kriege will sich keiner offen bekennen.

Ueber die Maifeiern liegen einige Berichte vor, aus denen ersichtlich ist, dass sich der "Tag der nationalen Arbeit" nicht eingebürgert hat. Es ist den Nazis nicht gelungen, die Tradition der freien Arbeiterbewegung "gleichzuschalten" und aus einem sozialistischen Feiertag ein nationalsozialistisches Propagandefest zu machen.

Südwestdeutschland: Gegenüber den ersten Jahren ist der Trubel am 1. Mai sehr abgeflaut. In den pfälzischen Städten haben diesmal keine Umzüge stattgefunden. Sogar in Ludwigshafen begnügte man sich mit einem Betriebsappell im Konzertsaal des Pfalzbaues, der noch nicht ein Zehntel der Arbeiterschaft fasst. Oberbürgermeister Stolleis hielt die Festrede und sprach vom gottgesandten Führer. Da der Tag bezahlt wurde, konnten sich die Arbeiter und Angestellten nicht von den Zusammenkünften in den Betrieben drücken. Aber die Hauptdemütigung wurde ihnen diesmal erspart. Auch in Kaiserslautern und Pirmasens begnügte man sich mit Betriebsfeiern oder Appellen und mit Gemeinschaftsempfang der verschiedenen Reden. Da diesmal zum Schmücken mit Grünzug eine besondere Erlaubnis der Forstbehörde erforderlich war, unterblieb es in den meisten Fällen. Auch der Fahnschmuck war nicht so allgemein wie in den ersten Jahren, wo der Druck und die Angst stärker waren.

Berlin: Der erste Mai ist jetzt jeden politischen Sinns entkleidet. In den ersten Jahren nach der Machtergreifung bemühten sich die Nationalsozialisten noch, ihre eigenen Grosskundgebungen anstelle der früheren Arbeiteraufmärsche zu setzen. Jetzt führt man "die Arbeiter der Stirn und Faust" nicht mehr zu Grossveranstaltungen zusammen. An ihre Stelle sind die Betriebsfeiern, sprich Saufgelage, getreten, die jeden politischen Sinnes bar sind. Die Kameradschaftsabende sind gleich allen anderen Betriebsveranstaltungen sehr selten geworden. Der 1. Mai vereint fast als einziger Tag die Angehörigen der einzelnen Betriebe zu einer sogenannten Feierstunde. Es wird ein Saal gemietet, in dem je nach der Freigebigkeit des Betriebsführers der 1. Mai gefeiert wird. Als Beispiel sei hier die Maifeier eines Betriebes geschildert, zu dem etwa 40 Gefolgschaftsmitglieder gehören und der sich mit dem Export von Werkzeugmaschinen befasst.

In einem östlichen Vorort wurde in einem kleinen Restaurant ein Zimmer gemietet, das alle Betriebsangehörigen am 29. April nach einem vorzeitigen Betriebsschluss gemeinsam aufsuchten. Dort wurde zunächst ein reichliches, nach Wahl zu bestimmendes Mittagessen aus drei Gängen eingenommen. Der Betriebsführer hielt dann eine kurze Ansprache an die Gefolgschaft, die keinen politischen Inhalt hatte. Er äusserte lediglich seine Freude über die Zusammenkunft und wünschte einen ungetrübten Verlauf des Tages. Eine

von den Betriebsangehörigen selbst geschaffene achtseitige sogenannte Festzeitung wurde verlesen bzw. einzelne Sachen nach bekannten Volkliedermelodien gesungen. Der Inhalt dieser hektographierten Zeitung war auch nicht im geringsten politisch. Das Blättchen enthielt lediglich satirische Verse über die Eigenarten der Gefolgschaftsmitglieder, selbst der Chef wurde mit kleinen ironischen Bemerkungen bedacht. Alles auf ziemlich seichtem Niveau. Der Tag verlief entsprechend. Es gab in unbeschränkter Menge alkoholische Getränke für jeden nach Wahl, so dass die ganze Betriebsgemeinschaft in ausgelassenster Fröhlichkeit fast buchstäblich erstoff. Nach Schluss fuhren einzelne Betriebsangehörige heim. Der grösste Teil sonderte sich gruppenweise ab und ging auf eigene Faust in irgendwelche Vergnügungsstätten. Etwa 8 Personen hatten sich um den Chef geschart und fuhren auf Rechnung des Betriebes mit Autotaxen in die Nachbars am Kurfürstendamm, wo bezeichnenderweise an dem Tag ausschliesslich solche Gruppen aus anderen Betrieben anwesend waren, und setzten den Abend in ausgelassenster Stimmung fort. Die letzten Gefolgschaftsmitglieder sind am Mittag des folgenden Tages in ihren Wohnungen eingetroffen. Dies ist der durchschnittliche Verlauf einer Feier des "Tages der nationalen Arbeit".

Einzelne Betriebe haben auch Ausflüge mit Bahn, Schiff oder Autobus durchgeführt, die meistens mit kleinen Wanderungen und einem Essen endeten. Manche Betriebsausflüge aus Anlass des 1. Mai gehen sogar über die Strecke von 250 km und mehr. Auch diese Ausflüge sind nicht politisch gefärbt. Wenn auch vielleicht bei Zusammenkünften der Betriebe mit 1.000 und mehr Gefolgschaftsmitgliedern eine Rede des Obmannes steigt, so findet sie an diesem Tag wenig Beifall. Es will kein Mensch mit politischen Episteln bedacht werden.

Befragt man einen der Teilnehmer nach einer solchen Veranstaltung über seine Eindrücke, dann hört man ein begeistertes: "Sehr nett wars!" oder irgend eine kleine sachliche Bemängelung, aber alle Antworten beschränken sich auf oberflächliche Eindrücke.

2) Rückgang der Arbeitsleistung

Bereits vor Monaten (in Heft 3/1939, Seite A 75) und auch in dem vorliegenden Heft (Seite A 53) ist auf den Rückgang der Arbeitsleistungen, vor allem im Bergbau, hingewiesen worden. Diese Erscheinung, die zu einer Gefahr für die gesamte Wirtschaftspolitik des Regimes werden kann, lässt verschiedene Deutungen zu. Es gibt Berichterstatter, die darin das Ergebnis bewusster Sabotage und passiver Resistenz sehen, während die Mehrzahl solche Zusammenhänge leugnet. Es spricht in der Tat vieles dafür -u.a. auch die allgemeinen Berichte über die Haltung der Arbeiter, die wir im vorhergehenden Abschnitt zusammengestellt haben- dass der Leistungsrückgang weniger die Folge einer bewussten Handlungsweise als der Ausdruck einer weiter umsich greifenden Ermüdung ist. Wir haben auf

diese Ermüdungserscheinungen schon frühzeitig aufmerksam gemacht. Sie können angesichts der übermässig langen Arbeitszeit und des oft geradezu unmenschlichen Arbeitstempos auf die Dauer nicht ausbleiben. Es ist nicht verwunderlich, dass sie im Bergbau, der die grössten körperlichen Anforderungen an die Arbeiter stellt, zu erst zu einem offensichtlichen Nachlassen der Arbeitsleistung geführt haben.

Aber auch wenn der Leistungsrückgang "nur" die Folge von Ermüdungserscheinungen ist, so sind die Gefahren, die daraus der nationalsozialistischen Wirtschaft erwachsen, nicht geringer. Im Gegenteil, gerade dann muss er vom Standpunkt des Regimes besonders bedenklich erscheinen. Denn gegen Ermüdungserscheinungen ist mit Zwang und Terror, sogar mit Versprechungen und Vergünstigungen auf die Dauer nicht anzukommen. Das Regime ist sich dieser Gefahren bewusst. Es versucht, zunächst einmal Klarheit darüber zu gewinnen, auf welche Ursachen der Leistungsrückgang zurückzuführen ist. So wird uns aus Rheinlan^d-Westfalen berichtet:

Aus einer Reihe von rheinisch-westfälischen Unternehmungen sind bei der DAF-Zentralstelle in Köln seit Mitte April Berichte über beunruhigende Vorkommnisse in den Betrieben eingegangen. Daraufhin ist zur Beobachtung dieser Entwicklung bei der DAF ein "Sonderstab" gebildet worden. Allein bei der Kölner Zentrale wurden 5 Beamte eingesetzt, die ausschliesslich solche Berichte zu bearbeiten haben. Gegenwärtig muss zweimal wöchentlich an das Büro des Leiters der mehrwirtschaftlichen Abteilung im Generalstab, von Henneken in Berlin nach besonderen Richtlinien berichtet werden. Einige Gesichtspunkte sind:

- 1.) Wie erklärt man sich die Krankenziffern, die überall im Ansteigen begriffen sind?
- 2.) Wie erklärt man sich die Zunahme der Unfallziffern? (Hier ist bekannt, dass an erster Stelle die Reichsbahn, an zweiter Stelle die Werksbahnen stehen.)
- 3.) Wie erklärt man sich den Umsatzrückgang?
- 4.) Auf welche Gründe stützen sich Beschwerden aus der Belegschaft?

Das Beschwerdematerial ist wieder nach 21 Leitsätzen zu gliedern. Die Intensität, mit der sich die DAF-Stellen dieser Aufgabe widmen, lässt den Schluss zu, dass man ermitteln will, inwieweit eine etwa bereits organisierte Opposition in Erscheinung tritt. Objektive Beobachter glauben allerdings an eine solche Opposition noch nicht.

Darüber hinaus versucht das Regime, geeignete Gegenmassnahmen zu ergreifen. Unmittelbar auf die Vermehrung der Arbeitsleistung sind gerichtet:

- 1) Die Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere im Bergbau.
- 2) Die Einführung des Gruppenakkords, im Bergbau bekannt unter der Bezeichnung Generalgedinge. Sie soll die Arbeiter zu gegenseitiger Antreiberei anreizen.
- 3) Der Einsatz von "Stachanow"-Arbeitern, die die anderen zum Nacheifern veranlassen sollen.

Mittelbar soll die Steigerung der Arbeitsleistung durch die Massnahmen zur Verbesserung der Ernährung der Betriebsarbeiter angestrebt werden. Diese Massnahmen haben in den letzten Monaten ebenfalls besonders im Bergbau grösseren Umfang angenommen. Es handelt sich vor allem

- 1) um die Gewährung von Fettzulagen,
- 2) um die Einführung von Betriebsküchen und Betriebskantinen.

Diese Gegenmassnahmen werden auch in den nachstehenden Berichten erwähnt.

Wir lassen zunächst die Berichterstatter zu Worte kommen, die der Auffassung sind, dass der Leistungsrückgang Ausdruck von Sabotage und passiver Resistenz ist oder die über aktive Widerstandsregungen in den Betrieben zu berichten haben.

Nordwestdeutschland: Nicht alle Konflikte in den Betrieben werden durch eine einfache Intervention des Vertrauensrates oder des Arbeiters beim Arbeitgeber erledigt. Eine Grossdruckerei setzte bisher alle paar Monate einige Wochen aus. Nun konnten mehrere Drucker andere Arbeitsstellen bekommen. Der Arbeitgeber sagte ihnen, sie sollten nicht fortgehen; denn in Zukunft brauchten sie nicht mehr auszusetzen. Kurz darauf wurden wieder ein paar Wochen verkürzter Arbeit angekündigt. Die Drucker waren natürlich erregt, und am nächsten Morgen standen plötzlich sämtliche Maschinen still. Der Obmann des Vertrauensrates holte den Arbeitgeber, und als der nicht mit den Druckern fertig werden konnte, liess er den Beauftragten der DAF kommen. Es gab dann eine sehr erregte Versammlung, in der der Arbeitgeber und der Arbeitsfrontmann von einer "Palastrevolution" und strenger Bestrafung der Schuldigen sprachen. Die Drucker verteidigten sich sehr lebhaft und kennzeichneten das Unrecht, das darin liege, dass man sie in einem Betrieb halte, der nicht genügend Arbeit für alle hätte, während sie anderswo Arbeit bekommen könnten. Die Folge dieser Aktion war, dass die Arbeitsfront dem Betriebe grössere Druckaufträge städtischer Amtsstellen besorgte, so dass diesmal die Kurzarbeit vermieden wurde.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Bei den Ruetgerswerken in Köln (chemische Produktion) mehren sich die Berichte über Sabotagevorfälle. Im Mai gab es drei geheimnisvolle Explosionen beim Abtransport von Chlorsäure für Gasmunition nach dem Füllplatz Wahn

Es wurden 57 Verhaftungen vorgenommen. Die Firmenleitung klagt, dass sie mit völlig abgenutztem Wagenmaterial arbeiten muss. Trotz aller Mahnungen sind die bereits 1937 erteilten Aufträge für Spezialtransportwagen noch nicht alle ausgeführt. Aufträge, die Anfang dieses Jahres erteilt wurden, sind überhaupt noch unberücksichtigt geblieben. (Die Wagen werden hergestellt bei Gothaer Waggon und bei Lauchhammer.) Auch die Kraftwagen, die Ende 1938 geliefert werden sollten, sind erst im März 1939 fertig geworden. (Hier sind die Hersteller Henschel-Kassel und NAG in Bremen).

Die Harpener Bergbau AG hat allein in letzter Zeit 5 Anklageschriften wegen Sabotage eingereicht. Trotz der Gestapobemühungen sind keine Beweise gefunden worden. Man musste sich mit allgemeinen Drohungen zur Abschreckung begnügen.

Das sind aber keine Ausnahmerecheinungen mehr. Im ganzen Dortmunder Bergbaurevier häufen sich die Widerstandsregungen. So haben z.B. nach drei geheimnisvollen Vorgängen auf den Schachtanlagen und Brennereien der Bergwerksgesellschaft "Hibernia" in Herne Untersuchungen stattgefunden, ohne dass strafbare Handlungen Einzelner ermittelt werden konnten.

2. Bericht: In verschiedenen Rheinhäfen hat die Arbeitsleistung der Hafendarbeiter stark nachgelassen. Schiffe, die früher in 8 Stunden gelöscht wurden, haben für diesen Zweck jetzt oftmals 10 und 11 Stunden Liegezeit nötig. Die Meinung der Hafendarbeiter ist: "Je mehr wir arbeiten, desto weniger bekommen wir zu fressen; also haben wir Zeit."

3. Bericht: Aus dem Bergbau im Wurmgebiet wird eine Verminderung der täglichen Förderleistung gemeldet. In "Mariadorf 1 und 2" und in "Eschweiler Reserve" beträgt die Minderung der Arbeitsleistung sogar 15%. Mit allen Mitteln sucht man dem Nachlassen der Förderung zu begegnen. Man redet den Arbeitern gut zu, mehr zu leisten "für Freiheit und Brot", man sucht ihnen klar zu machen, dass sie durch das neue Gedinge-Verfahren mehr verdienen könnten, und man gibt ihnen etwas mehr Fett. Vorübergehend kann in der nächsten Zeit wohl mit einer grösseren Förderung gerechnet werden. Auf die Dauer aber sind die Bergleute nicht mehr in der Lage und auch im Grunde nicht mehr gewillt, mehr zu arbeiten. Sie wissen, dass man sie braucht. Es entwickelt sich immer mehr eine Stimmung, die zur Explosion führen kann. Schon zeigen sich jetzt ernstlich Ansätze zur passiven Resistenz. Der Gang der Dinge beweist, dass der Kampfwille schneller und echter zu entwickeln ist, wenn die Arbeitskraft gesucht wird. Bemerkenswert ist schliesslich, dass die sogenannten "alten Kämpfer", die einfachen SA-Leute im Bergbau bei der allgemeinen Misstimmung keine Ausnahme machen und oft spontan erklären, dass sie sich das Dritte Reich anders vorgestellt hätten.

In Elberfeld hat Dr. Ley in einer Versammlung in der Stadthalle gesprochen. Dabei sagte er u.a.:

"..Ein Arbeiter mit nicht so vollem Magen kann bessere Leistungen vollbringen als einer mit einem vollen. Eine Hausfrau, die vorteilhaft kochen kann und Verständnis für die Lage des deutschen Volkes aufbringt, kann ein Mittagessen für drei Köpfe mit 50 Pfg. zureichten. Eine Frau, die das nicht fertig-

bringt, ist verschwenderisch und arbeitet gegen die eigene Familie."

Diese Aeusserungen waren selbst den SA-Leuten zu viel. Sie brachten ihren Unmut sehr deutlich zum Ausdruck. Die meisten Versammlungsteilnehmer waren der Meinung, dass Ley besoffen gewesen sei.

4. Bericht: An einen Sieg Deutschlands im Falle eines Krieges glaubt in der Arbeiterschaft eigentlich niemand. Selbst in SA-Kreisen aus dem Arbeiterstand ist keine Siegesicherheit spürbar. Das deutsche Volk ist nervös und ausgehungert. Seit dem 15. März hat sich viel geändert. Man ist an einen Punkt gekommen, wo es passiven Widerstand des Volkes auf allen Gebieten gibt. Die Leistungen in der Rüstungsindustrie lassen überall nach. Man zwingt den Arbeiter zu Ueberstunden, aber von einer Mehrleistung kann im Grossen und Ganzen nicht die Rede sein. Die Arbeiter, die täglich ermahnt werden, "Verantwortungsgefühl bei der Arbeit zu zeigen", tun das Gegenteil. In einer Fabrik in X. werden hauptsächlich Transportautos für militärische Zwecke hergestellt. Am 31. 3. sollten noch 10 Stück raus und verladen werden. Zu diesem Zweck musste ein Teil der Belegschaft Ueberstunden machen, nämlich an diesem Tage 14 Stunden arbeiten. Man blieb zwar im Betrieb, die Wagen aber gingen nicht heraus. Nun versucht man es mit Leistungsprämien. Aber auch hier bleiben die gewünschten Resultate aus.

Die Arbeiter sind auf neue Gesetze gefasst, mit deren Hilfe sie "arbeitsfreudiger" gemacht werden sollen. Jedoch wird kein neues Gesetz an der Passivität etwas ändern. Die Arbeiter fühlen sich als Gefangene ohne Rechte, sie antworten darauf -und können es sich jetzt leisten- mit dem Mittel der Resistenz. Hin und wieder gibt es Verhaftungen. So wurden in unserer Fabrik, in der Abteilung Y. letztthin 5 Leute verhaftet und im Auto weggebracht. Niemand weiss, wohin sie gekommen sind. Die Nörgelei hat jedoch nicht aufgehört.

Provinz Brandenburg: Im Opel-Werk in Brandenburg a.d.Havel gab es am 30. April einen regelrechten Streik. Im Werk finden oft Bestrafungen statt. Sie betragen in der Regel 1 bis 2 Mark pro Woche und werden mit Werkzeugverlust oder zuviel Materialverbrauch begründet. Diese Gelder flossen einer Sparkasse zu und sollten nach einer Vereinbarung der Belegschaft mit der Betriebsleitung nach einer gewissen Zeit gleichmässig verteilt an die Belegschaft wieder ausgezahlt werden. Ueberraschend wurde aber entschieden, dass diese Straf gelder nicht ausgezahlt, sondern als Adolf Hitler-Spende nach der Slowakei überwiesen werden sollten. Der Belegschaft bemächtigte sich eine solche Erregung, dass es zu einer spontanen Arbeitsniederlegung kam. Die Arbeiter schilderten im einzelnen, was sie an notwendigen Anschaffungen zu machen hätten, Anzüge, Schuhe und andere Bedarfsartikel. Viele hatten die Gegenstände bereits bei der SA-Warenbezugsstelle bezogen, um sie später mit dem versprochenen Geld zu bezahlen. Dadurch ergab es sich, dass sich sowohl die Abteilungsleiter und Werkmeister als auch die SA-Leute des Betriebes, die am Umsatz der Warenbezugsstelle beteiligt sind, gegenüber der Betriebsleitung für die Forderung der Belegschaft einsetzten. Der Erfolg war, dass von dem pro Kopf auszahlenden 40 RMk immerhin 30 RMk zur Auszahlung gelang-

ten und der Rest von 10 RM pro Mann nach der Slowakei überwiesen wurde. Vielleicht war das ganze von vornherein mit der Absicht eingefädelt worden, nur einen Teil des Betrages zurückzuhalten. Der Effekt war natürlich, dass die Belegschaft den Eindruck bekommen hat, nur durch ihr spontanes Vorgehen seien drei Viertel des Geldes gerettet worden. Man hatte der Betriebsleitung durchaus zugestimmt, dass sie sich mit den Geldern der Belegschaft wieder einen Namen zu machen versuchte.

Schlesien, 1. Bericht: In den Skalleywerken, einem Kokereibetrieb bei Hindenburg, geht schon seit Monaten ein Kampf um die Einführung des Reichstarifs für die Chemische Industrie. Nun hat man auch hier den Versuch einer Arbeitszeitverlängerung unternommen, wobei die Einführung des Reichstarifs für die Chemische Industrie in Aussicht gestellt wurde. Bei den stationär arbeitenden Belegschaften sollte die Schicht von 8 auf $9\frac{3}{4}$ Stunden ohne Ueberstundenzuschlag verlängert werden, und dafür sollte die dritte Betriebsschicht ausfallen. Die Ankündigung an der Betriebs-tafel, dass die neue Bestimmung mit dem 1. April in Kraft trete und ab 3. April ausnahmslos durchgeführt werden müsse, hatte zur Folge, dass ohne Befragung der Arbeitsfront oder des Vertrauensrates die zunächst betroffene Belegschaft der Teerdestillation in den Streik trat und erklärte, man werde die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn die frühere Arbeitszeit wieder eingeführt sei. Der Vertrauensrat wurde niedergeschrien, als er zu den Streikenden, etwa 450 Mann, sprechen wollte. Die Belegschaft der Teerdestillation zog geschlossen zur Betriebsverwaltung und forderte Verhandlungen über die Wiedereinführung des Achtstundentags. Sie berief sich darauf, dass die Ankündigung der Verwaltung ungesetzlich sei, da sie mindestens 14 Tage vorher zu erfolgen hätte. Als die Streikenden eine ziemlich drohende Haltung einnahmen, erklärte der Generaldirektor Oberschiffhaus, dass er nichts dagegen habe, wenn weiter in der bisherigen Form gearbeitet wird, aber unter diesen Umständen könne auch keine Rede davon sein, dass der Reichstarif eingeführt werde. Die Arbeiter sollten die Arbeit wieder aufnehmen. Mit dem Treuhänder der Arbeit wurde darüber beraten werden, wieweit die Kokerei sich der Anordnung, die Arbeitszeit zu verlängern, entziehen kann. Lediglich die Tagesarbeiter seien verpflichtet, ihre Arbeit um $\frac{3}{4}$ Stunde zu verlängern. Sie würden den Ueberstundenzuschlag erhalten. Dabei blieb es. Die Arbeiter in der Teerdestillation nahmen gegen 12 Uhr die Arbeit wieder auf, wobei versichert wurde, dass die Freistunden während der Arbeitsruhe voll bezahlt würden. Man sprach nur den Wunsch aus, dass der Produktionsausfall nachgeholt werde.

Interessant ist dabei, dass sowohl der Treuhänder der Arbeit, der im Betrieb erschien, als auch Generaldirektor Oberschiffhaus und der Vertrauensrat die Belegschaft baten, dass dieser Vorfall streng vertraulich bleibe und nichts darüber aus dem Betrieb komme. Das sei man doch einander schuldig.

In den anderen Betrieben der Skalleywerke hat man den Tages-schichtern die Arbeit um $\frac{3}{4}$ Stunden verlängert. Hier erschien der Generaldirektor Oberschiffhaus mit dem Direktor Korten und dem Treuhänder der Arbeit und ordnete an, dass die Arbeitszeit nach dem neuen Tarif für die Chemische Industrie um $\frac{3}{4}$ bis zu 2 Stunden verlängert werden könne, je nach Bedarf, jedenfalls ab 5. April zunächst um $\frac{3}{4}$ Stunden. Wer irgendwelche Ausstände

mache oder es gar wage, die Arbeit niederzulegen, werde unmittelbar durch die Werkspolizei der Gestapo überstellt. Durch Aushang wurde dann am 6. April bekanntgegeben, dass der Reichstarif für die Chemische Industrie auch in Oberschlesien gelte. Dadurch seien die Stundenlöhne um etwa 2 Pfennig erhöht, aber Zuschläge für Ueberstunden würden erst nach der zehnten Arbeitsstunde gewährt. Während der Belegschaftsversammlung erschienen Gestapo und SA-Formationen. Die Arbeiter haben die Bedingungen angenommen. Allerdings bleibt in den stationären Betrieben die durchgehende Dreierschicht bestehen. Für etwa 800 Arbeiter von insgesamt 2.300 Mann Belegschaft gibt es also keine Arbeitszeitverlängerung.

2. Bericht: Wenn irgend etwas geeignet war, die Antikriegsstimmung zu fördern, so die Arbeitszeitverlängerung. "Wir sind keine Menschen mehr, sondern nur noch Sklaven," kann man oft hören, und in den Gruben kommt es sehr häufig vor, dass die Leute erklären, sie seien nicht mehr in der Lage, die Mehrarbeit zu leisten. Sie gehen einfach nach 7 1/2 Stunden weg oder bleiben am Vorort, ohne zu arbeiten. Als Entschuldigung wird dann angegeben, man habe nicht genügend zu essen. Die politischen Diskussionen sind ausschließlich gegen das System gerichtet, das beschuldigt wird, es könne nicht mehr weiter und treibe einfach in den Krieg.

Ostpreussen: Die Bahnhöfe Passenheim und Kurwien hatten im April auffallend viel Weichenunfälle. Beide Orte liegen in der Nähe von Ortelsburg. Da sich die Unfälle an beiden Stellen an den gleichen Tagen, am 4. 11. und 17. 4. ereigneten, ist man bei den zuständigen Stellen überzeugt, dass es sich nur um Sabotage handeln könne. Die Weichenunfälle häufen sich im allgemeinen wegen der schlechten Beschaffenheit des Materials; die Gleichzeitigkeit deutet aber darauf hin, dass es sich nicht um Zufälle handelt. Diese Vorgänge bilden erneuten Anlass, den Bahnschutz zu verstärken. Um das vorhandene Dienstpersonal nicht für den Bahnschutz verwenden zu müssen, sind die 60- bis 70-Jährigen einberufen worden, so dass ein dauernder Tag- und Nacht-Bahnschutz funktioniert.

Alle übrigen Mitarbeiter, die über das Nachlassen der Leistungen berichten, neigen der Auffassung zu, es handle sich um eine Ermüddungserscheinung, oder lassen zumindest die Frage offen, ob Sabotage oder Ueberanstrengung zu den in grosser Anzahl auftretenden Betriebsstörungen geführt hat.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Die Lage auf dem Lebensmittelmarkt hat dazu geführt, dass z.B. im Bergbau Folgen der zunehmenden Unterernährung bei den Arbeitsleistungen deutlich festgestellt werden können. Offen zugegeben wird, dass die Ernährung der Bergleute im Wurmgebiet verbessert werden muss. Die Betriebsführer sind aufgefordert worden, Kantinen zu erstellen und für die Verabreichung einer warmen Mahlzeit zu sorgen. Der Betriebsführer soll auch dafür sorgen, dass die Kantine wirklich benutzt wird, dass die Ernährung durch die Kantine nach neuzeitlichen Gesichtspunkten erfolgt, dass man den Arbeitern die alte Gewohnheit des Essen-Mitbringens ausredet und überhaupt in Ernährungsfragen Aufklärung schafft. Das Brot für einen ganzen Tag werde zu sehr aus-

getrocknet, die Arbeiter tranken sehr oft Kaffee aus verrosteten Kannen und auch sonst gäbe es manche Unsitte, die den Arbeitern abgewöhnt werden müssen.

Inzwischen hat die "Arbeitsgemeinschaft Steinkohlenbergbau" im westdeutschen Industriegebiet zu der Angelegenheit Stellung genommen. Das Resultat dieser Stellungnahme ist, dass neben den schon genannten Reformen die Bergarbeiter ab 1. April im Monat ein Pfund Fett zusätzlich erhalten. Dieses Zugeständnis wurde durch die Arbeiter mehr oder weniger erzwungen. Die Kritik in den Betrieben hatte in den letzten Monaten derartige Formen angenommen, dass man nicht mehr an ihr vorübergehen konnte und die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter hatte deutlich nachgelassen.

Die "Essener Steinkohlen" z.B. klagen darüber, dass eine rückläufige Entwicklung des Schichtförderanteils im gesamten Ruhrbergbau zu beobachten ist. Trotz der Erhöhung des Belegschaftsstandes um rund 7% ist eine Steigerung der Förderung nicht festzustellen. Neben anderen Gründen für das allgemeine Absacken der Arbeitsleistung im Bergbau hat zu diesem Rückgang der Förderleistung der starke Wechsel der Belegschaften erheblich beigetragen. Rund 30.000 Bergleute wechselten in andere Berufe über. Natürlich fordern die Unternehmer nun gebieterisch neue Massnahmen auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes.

Am 12. April hat der Reichstreuhandler für das Wirtschaftsgebiet Rheinland, Binz, die "Grube Maria" in Mariadorf inspiziert. Er wollte sich, wie er sagte, zusammen mit dem "Gaufach-Abteilungsleiter", über die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter unter Tage unterrichten. Bei den Gesprächen mit den Bergarbeitern hat der Herr natürlich nicht allzuviel erfahren können. Und ausserdem ist seine aufgeblasene Art keine Empfehlung für ihn gewesen. Wenn der wüsste, was die Arbeiter nach seinem Weggang gesagt haben, so würde er sich sicher nicht freuen. Natürlich war das Hauptthema: Steigerung der Förderziffer und Handhabung des sogenannten Gedin- ges nach der neuen Verordnung. Der Herr erkundigte sich auch danach, ob die Autorität überall genügend anerkannt werde und ob nicht ein gewisser Mangel an Autorität die Ursache für das Nachlassen der Förderung sei. Natürlich stimmt das nicht. Es liegt vielmehr daran, dass die Vorrichtungs- und Gesteinsarbeiten unter Tage durch den Abbau der weniger gängigen Flöze stark zugenommen haben. Es fehlen auch die verschiedensten Materialien. Beim Werkzeug muss Ersatz verwendet werden. Es herrscht Wagenmangel. Das Wagenmaterial wird immer schlechter und durch den Umfang der Neueinstellungen in den letzten Jahren sind sehr starke organisatorische Schwierigkeiten entstanden.

Nun will man durch das sogenannte Kameradschaftsdinge die Förderung mit allen Mitteln steigern. Man gibt schlechtere und bessere Arbeiter zusammen und will erreichen, dass die langsamer arbeitenden Bergmänner von den anderen mitgerissen werden. Das geht einfach nicht. Es gibt Leute, die können beim besten Willen nicht mitkommen. Sind es gute Kerle, so wird man ihnen natürlich helfen. Sind sie schlechte Kerle oder gar Nazis, so bleiben sie eben hängen und damit die ganze Kolonne. Diesen Zustand ändert auch nicht der sogenannte "Reisser", der immer als Muster hingestellt wird und der leider noch immer infolge geringer Solidarisität sein Unwesen treiben kann. Solche Leute sind bald kaputt an

müssen erfahrungsgemäss bald Feierschichten machen. Deshalb wirkt ihr Beispiel eher abschreckend.

Das Ergebnis der Besteigung unserer Grube durch den Herrn Treuhänder ist schliesslich gewesen, dass die Betriebsleitung dazu angehalten wurde, ein möglichst gutes Vertrauensverhältnis zu schaffen, im Verein mit dem Vertrauensrat und unter Hinzuziehung besonders erfahrener Bergleute. Das sind die ehemaligen Marxisten und freigewerkschaftlichen Funktionäre.

Im Übrigen bekommen wir jetzt monatlich eine Sonderzulage Fett, nämlich 1 Pfund. Wir glauben nicht, dass dadurch die Förderung steigt. Denn die schon erwähnten Schwierigkeiten wachsen und der Missmut der Bergarbeiter nimmt zu.

Die Arbeiter der Kruppwerke in Essen, bekommen, soweit sie für die Rüstung beschäftigt sind, neuerdings eine erhöhte Fleisch- und Fettzuteilung.

2. Bericht: Auf der Zeche "Karolus-Magnus" in Palenberg fand am 23.3. ein vom Treuhänder der Arbeit anberaumter Betriebsappell in der Waschkäue statt. Nachdem man die bekannte Methode wieder angewendet, nämlich den von der Frühschicht kommenden Kumpels das Wasser abgesperrt hatte, damit sie keine Gelegenheit bekamen, sich zu drücken, eröffnete Bergrat Scherer den Appell. Dann sprach der Gaubmann der DAF Schaller. Er klapperte zunächst die alten Redensarten herunter und sagte dann u.a.: "Bei dem kommenden stärksten Kräfteinsatz stehen die Bergarbeiter an erster Stelle. Kohle ist der Grundstoff, von dem alles abhängt. Darum muss auch zukünftig noch mehr Kohle gefördert werden. Ein Volk kann nur das verlangen, was es erarbeitet. Das ist auch der Sinn der Verordnung Görings mit ihrer Arbeitszeitverlängerung für den Bergmann."

Bei den ersten Worten Schallers über die Arbeitszeitverlängerung entstand in der Waschkäue grosse Unruhe. Schaller unterbrach auf einige Augenblicke seine Rede und meinte dann: "Die Arbeitszeitverlängerung ist keine Beseitigung des Achtstundentags, sondern nur eine vorübergehende Notmassnahme, die sofort aufhören wird, wenn die Notzustände in der Produktion verschwinden." Dann erfolgten einige Mahnungen an eventuelle Saboteure. Im Übrigen habe er das Vertrauen in die Bergarbeiter, dass sie den Ernst der Stunde erkennen werden. Die bisherigen Erfolge des Nationalsozialismus gäben ihm das Recht zu diesem Vertrauen. Die Unruhe legte sich jedoch nicht, denn viele Kumpels begannen sich zu entkleiden und zu verschwinden. Die an der Rednertribüne aufgestellten Zeichenanstellten klatschten Beifall und sangen unter Musikbegleitung das Horst-Wessel-Lied, während im Hintergrunde das übliche Treiben eines Schichtwechsels sich fortsetzte.

Am gleichen Tage wurde ein Bergmann verhaftet, weil er im Betrieb Nachrichten des englischen Senders weiter verbreitet hatte.

3. Bericht: Die Arbeitszeitverlängerung im Bergbau hat in Neumühl grossen Missmut erregt. Die Meckerei nimmt zu. Deswegen wurde ein Betriebsappell abgehalten. Bei dieser Gelegenheit sagte der Vertreter der DAF, dass die Leistung unbedingt steigen müsse. Die Kritiker sollten sich ja nicht einbilden, dass man etwa eine passive Resistenz hinnehmen würde, von einem Streik gar nicht zu reden. Man könne die heimlichen Hetzer und würde sie zu fassen wissen.

Alle auf Baesweiler, Uebach 2, Carl Alexander abgehaltenen Betriebsappelle zum Zwecke der Leistungssteigerung sind schlecht ausgefallen. Auf Carl Alexander glich der Appell einem Bunten Abend. Es wurde ein Konzert der Bergkapelle veranstaltet, die Sänger haben gesungen und schliesslich gab es noch einen Kurzfilm. Darauf hielt DAF-Redner Weyer aus Köln eine Rede, in der wie üblich auf die Göring-Verordnung für den Bergbau hingewiesen wurde. Ausserdem aber bekamen die Bergleute immer wieder zu hören, dass Massnahmen des Führers und Görings nur dem einzigen Zwecke dienten, Deutschland frei und unabhängig zu machen. Da der Betriebsappell im Saale des Burgtheaters stattfand, hatten sich viele Bergarbeiter gedrückt. Dafür waren manche ihrer Angehörigen gekommen, umso mehr, als man von der Koltei-Truppe der DAF eine Operette aufführen liess.

In Alsdorf ist man über die Arbeitszeitverlängerung ebenfalls noch immer sehr unzufrieden. Die Leistung ist bis jetzt trotz der Überstunden noch kaum gestiegen. Die DAF setzt alle Hebel in Bewegung, um die Leistung zu erhöhen. Dabei wird ständig darauf hingewiesen, dass die Mehrarbeit eine nationale Notwendigkeit sei. Auf die Arbeiter macht aber dieser Hinweis keinen Eindruck.

4. Bericht: Auf Schacht 4 Rheinhausen hat die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau manchen von der Belegschaft überrascht. Andere hatten die wiederholten Klagen über mangelnde Arbeitsleistung richtig verstanden und waren nicht erstaunt, als die Verordnung Görings erschien. Der Anschlag am Schwarzen Brett erschien am 29. März, also zwei Tage vor der Inkraftsetzung. Das hat auf viele wie ein Donnereschlag gewirkt. Formell beträgt die Verlängerung 3/4 Stunde. Tatsächlich wird daraus 1 1/4 Stunden. Denn die halbstündige Mittagspause, die jetzt offiziell beigegeben ist, kann unter Tage einfach nicht eingehalten werden. Man verzehrt sein Mittagessen, genau wie bisher, nämlich während der Arbeit. Da das Gedinge, also das Akkordverfahren allgemein eingeführt worden ist, so macht es auch gar nichts aus, ob eine halbe Stunde Mittag eingesetzt ist, oder nicht. Es wird gearbeitet, um möglichst viel zu fördern. Bisher wurden auf unserer Grube beim Wochenschichtwechsel 16 Stunden offiziell gearbeitet, jetzt sind daraus 18 Stunden geworden. Diese neue Belastung der Arbeiter wird besonders gesundheitsschädigend wirken.

Die alten Nazis sind, genau wie die übrigen Bergleute, sehr empört über die Arbeitszeiterhöhung. Sie sagen: "Die da oben verkaufen uns. Nichts ist bis jetzt verwirklicht, was man uns versprochen hatte." Man kann heute ganz ohne Scheu mit den Nazi-Arbeitern über solche Dinge sprechen.

Die Bergarbeiter im Betrieb erzählen sich, dass, wenn der Krieg kommt, man noch auf ganz andere Dinge gefasst sein müsse. Neuerdings bekommen wir 1 Pfund Schmalz im Monat extra.

Im Dortmunder Bezirk hat die Arbeitszeitverlängerung tiefen Unwillen hervorgerufen. Zumal damit die Gedinge-Neuregelung, also ein neues schlimmes Antriebesystem verbunden ist. Jeder Bergmann, ob Hauer, Lehrhauer oder Schleppler, muss im Gedinge seinen Mann stehen und seine Leistung steigern; wenn die Mannschaft nicht einig ist. Darin liegt ja das System. Die Kenner der Lage versichern, dass auf die Dauer die Leistungssteigerung nicht möglich sein wird. Aus den Arbeitern ist schon bis jetzt alles herausgeholt worden, was möglich war. Bei der herrschenden Unterernährung wird es nicht

gelingen, erheblich grössere Mengen zu fördern als bisher.

In letzter Zeit werden viele Invaliden unter Tage beschäftigt. Sie müssen hergeben, was sie können und dabei arbeiten sie noch um 2 bis 3 Mark billiger als ein Hauer, der früher dieselbe Arbeit tat.

In den letzten Wochen bemüht sich die DAF, etwas für den Bergmann zu tun. Es werden Filmveranstaltungen, bunte Abende usw. veranstaltet. In einer Betriebsversammlung erklärte ein Amtswalter, Göring habe dem Bergarbeiter durch seine Verordnung zu einem Mehrverdienst von 12% verholfen. Das sei auch viel wert und er wisse, dass die Bergarbeiter wegen des Mehrverdienstes durchaus zufrieden seien. Leider hat der Mann damit nicht ganz unrecht.

Nordwestdeutschland, 1. Bericht: Die Einstellung von etwa 100 sudetendeutschen Arbeitslosen im Kaliwerk Ronnenberg I (Chemie-Konzern) hatte im Frühjahr die wiederholt angeordnete Verschlechterung des Gedinges erleichtert. Die Stimmung war derart schlecht, dass eigentlich nur die Fremden das Gedinge erfüllten. Die Aufmunterung der Belegschaft übernahm der Genobmann der DAF in einem Betriebsappell. Es sei das Bestreben der DAF, die Sorgen des Alltags jedem Kollegen abzunehmen; aber dafür müsse er auch bereit sein, Höchstleistungen zu erzielen. Es hätte keinen Wert, die Dinge zu beschönigen; vieles sei noch nicht so, wie der Arbeiter es wünschen müsse. Aber das hindere nicht, dass der Arbeiter das Letzte herzugeben habe; denn nur dadurch könne jeder Einzelne zu besseren Lebensbedingungen kommen. Es sei sozialistisch, die Wahrheit zu sagen - die einzige Stelle der Rede, der Beifall folgte - und die Wahrheit sei, dass Deutschlands Schicksal von der Erbringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit abhängt. Eine der wichtigsten Aufgaben habe der Bergbau. Die Leistung sei gesunken, müsse nun aber erheblich gesteigert werden. Der Redner konnte die Verlängerung der Arbeitszeit für den Bergbau ankündigen. Leider sei sie notwendig geworden, da der Arbeiter die Leistung nicht freiwillig gesteigert habe.

Natürlich wurde dem Missfallen kein Ausdruck gegeben, aber einer sah den anderen bei der Ankündigung der Arbeitszeitverlängerung gross an. Wenn man sich über eins klar war, dann darüber, dass diese Verlängerung die verlangte Erhöhung der Förderleistung nicht bringen werde.

Arbeitstempo und Antreiberei wirken ungünstig auf die Arbeitsleistung. Jede Verschlechterung wird als "Sabotage" betrachtet. Bei Sterchamol, einem Betrieb der Obersten Heeresleitung, wurden kürzlich drei Abnehmer wegen Sabotage entlassen. Man wirft ihnen vor, dass sie wiederholt fehlerhafte Werkstücke ohne Beanstandung abgenommen hätten. Die Abnehmer sind heute angelernte Arbeiter, die oft nicht einmal aus der Metallbranche stammen. Meist entstehen Fehler durch die Lieferung schlechten Materials, die immer mehr überhand nimmt, und nicht durch bewusste Sabotage der Arbeiter. Die Arbeiter könnten öfter das gelieferte Material beanstanden, aber sie unterlassen es, weil ihnen immer wieder geantwortet wird: "Ach, Sie haben keine Lust zur Arbeit! Das Material ist gut." - So arbeiten sie ohne eigentliches Interesse an ihrem "Werkstück"; es wird schon so oder so abgenommen werden und irgendjemand wird die Verantwortung dafür übernehmen. Dass viele fehlerhafte Stücke durchgehen, weiss jeder Arbeiter. Wenn ein Bohrer ab-

bricht oder die Maschine aus irgendeinem Grunde stillsteht, so ist das "Sabotage". Es mag Fälle bewusster Sabotage geben, aber es ist ganz unslanig, dass man jede Betriebsstörung auf den schlechten Willen der Arbeiter zurückführt.

"Sabotage" ist überhaupt ein sehr häufig gebrauchtes Wort. Macht jemand nicht begeistert mit und hat er Bedenken auch nur neben-sächlichster Art, dann bezeichnet der fanatische Nazi ihn als Saboteur. Eine Nazifrau machte die Verlobung ihrer Tochter mit einem Diplom-Ingenieur rückgängig mit der Begründung, der Mann triebe Sabotage. Durch den allzu häufigen Gebrauch dieses Begriffes wird das Wort, das doch etwas sehr Ernstes bezeichnet, entwertet, und man nimmt es sich nicht zu sehr zu Herzen, als Saboteur bezeichnet zu werden, vorausgesetzt, dass sich nicht amtliche Stellen mit der Beschuldigung befassen.

2. Bericht: Auf einer Veranstaltung des Fachgruppenbeirats des Fachamtes "Chemie" der DAF sprach der Leiter des Amtes "Volksge-sundheit" der NSDAP, Dr. Bartels über die Gesundheitspolitik in den Betrieben. Er setzte auseinander, dass die Wissenschaft das Durchschnittsalter des Menschen um 15 bis 20 Jahre habe erhöhen können. Ebenso sei es die Aufgabe einer "planmässigen Gesund-heitsführung", die Leistungsfähigkeit im Beruf bis in ein erheb-lich höheres Durchschnittsalter als bisher zu erhalten. Mit 65 Jahren, also bei Erreichung der Altersgrenze in der Invalidenver-sicherung, müsse schon heute bei dem Stande der Technik der Mann noch durchaus als leistungsfähig bezeichnet werden.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die Stimmung der Eisenbahner im gesamten Grenzgebiet ist sehr schlecht. Um etwas zu verdienen, müssen sie ausser der normalen Dienstzeit noch eine Reihe von Ueberstunden machen. Oft beginnt der Dienst früh um 4 Uhr und läuft bis abends 6 Uhr. Nach 6 Stunden Ruhezeit muss er aber bereits wieder aufgenommen werden. Früher war eine mindestens 12-stündige Ruhepause eingeschaltet, an manchen Tagen sogar eine 18-stündige. Dabei müssen die Eisenbahner noch auf die Bezahlung der Ueberstunden endlos warten. Um die daraus resultierende Verstimm-ung etwas zu beruhigen, hat man den Leuten monatelang versprochen, dass sie für die Schiffsreisen mit KdF vorgesehen wären. Mitte April ist dann aber in einem Erlass bestimmt worden, dass Eisen-bahner an KdF-Reisen per Schiff bis zum 1. August nicht teilneh-men dürfen.

2. Bericht: Es sind starke Ermüdungserscheinungen zu beobachten. In allen Grossbetrieben wird bei den Betriebseppellen immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Leistungssteigerung notwendiger sei als je. Es sei aber gerade das Gegenteil zu verzeichnen, nämlich eine Verminderung der Leistungen.

Im .. Werke wurde die Arbeitszeit vor einigen Wochen in den meisten Abteilungen auf 14 Stunden erhöht. Da in diesen Betriebe das Arbeitstempo ausserordentlich beschleunigt worden ist, sind das Arbeitstempo nach etwa vier Wochen, manche Frauen vor Ueberanstrengung jetzt, einfach umgefallen. An einem einzigen Nachmittage fünf. Darauf wurde die Arbeitszeit um 2 Stunden reduziert. In diesem Werk sind viele Frauen eingestellt worden, darunter Frauen bis zu 65 Jahren, auch Frauen, die früher schon jahrelang im Werk tätig waren. Die-se alten geschulten Arbeiterinnen sagen alle aus, dass früher

die Arbeit, verglichen mit der jetzigen Hetzjagd, geradezu ein Kinderspiel war. Sie müssten heute an einem Tag an der Maschine mehr Stücke fertigstellen, als früher in einer ganzen Woche. Es sei gewiss vieles an den Maschinen verbessert worden, doch sei die Hetzerei kaum noch auszuhalten.

Eine absichtliche Verlangsamung der Arbeit wird m.E. jedoch nicht versucht oder nur in verschwindend seltenen Fällen. Das Nachlassen in der Arbeit ist einfach eine Folge der Uebermüdung und der immer fettloser werdenden Ernährung. Auch in den Büros bei den kaufmännischen Angestellten, die ebenfalls 14 Stunden zu arbeiten hatten, kam es zu verschiedenen Ohnmachtsanfällen bei dem weiblichen Personal. Hier musste die Arbeitszeit ebenfalls verkürzt werden. Uebrigens müssen die Angestellten mit Monatsgehalt die Mehrarbeit ohne jede Vergütung leisten.

3. Bericht: In der grossen Schuhfabrik X. haben die Arbeiter einer Abteilung nach Durchführung eines Lohnabbaus tatsächlich weniger geleistet. Die Arbeitsfront hat daraufhin zusammen mit der Gestapo eine Untersuchung eingeleitet.

Aus anderen Betrieben kommen ebenfalls Berichte über ein Nachlassen der Arbeitsleistung. Fast ohne Ausnahme dürfte die Ueberanstrengung der Arbeiter daran schuld sein. /

Bei Strohmeier-Konstanz wurde bei einem Betriebsappell eine Reichsleiterin im Leistungskampf aus dem Betriebe geehrt. Der Direktor erklärte bei dieser Gelegenheit, die Belegschaft solle sich das Mädel zum Beispiel nehmen und im Interesse des deutschen Volkes mehr leisten und nicht weniger, was seit einiger Zeit leider festgestellt werden müsse.

Bayern: In einem grossen Lederverarbeitungsbetrieb, in dem 460 Leute beschäftigt werden, sind heute unter den Arbeitern ganze drei fanatische Nazir. Der Betrieb bestand früher nur aus freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Die Arbeitsverteilung ist so, dass im Gruppenakkord gearbeitet wird. Das hat zur Folge, dass ein unheimliches Tempo eingehalten wird. Jeder schiebt auf den anderen, ob der sich auch nicht auf Kosten seiner Akkord-Kollegen von der Arbeit drückt. Das Arbeitstempo kann man sich vorstellen. Ein Junggeselle verdient bis zu 70 Rmk in der Woche. Nach Bezahlung aller Abzüge bleibt ihm jedoch sehr viel weniger übrig. Dem Betrieb ist eine Gasmasken-Fabrik angeschlossen, in der etwa 200 Beschäftigte - meist Frauen - tätig sind. Unmittelbar nach dem Abkommen von München ist der Betrieb vom Ein- zum Dreischichtenwesen übergegangen.

Schlesien: Es war leicht, zu bestimmen, dass die Arbeitszeit verlängert wird. Schwerer ist es, diese Bestimmung durchzuführen. In einer Reihe von Betrieben ergeben sich Schwierigkeiten, die den Produktionsprozess hemmen. In den stationären, d.h. durcharbeitenden Betrieben mit Dreischichtensystem, konnte von vornherein an eine Arbeitszeitverlängerung nicht gedacht werden. Man hat aber für die sogenannten Zuarbeiter (Materialzufuhr, Hilfskräfte) die Arbeitszeit um $\frac{3}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Stunden verlängert. Donnermarckhütte, Hultschinskiwerke, Julienhütte, Redenhütte haben dadurch einen ungewohnten Schichtwechsel eingelegt, der in den stationär arbeitenden Betrieben ungünstig wirkt. Es steht fest, dass dadurch auf der Donnermarckhütte in Hindenburg und auf der

Julienhütte in Bobreck die Produktion zurückgegangen ist.

Hinzu kam der Umstand, dass bei der Arbeitszeitverlängerung auch die Akkordsätze eine Aenderung erfahren mussten, was die Vertrauensleute in grosse Schwierigkeiten versetzte. Die Werksverwaltungen machten den Versuch, statt der geforderten 50 Prozent Lohnzuschlag nur 25 Prozent zu gewähren, worauf sich grosse Teile der Belegschaft weigerten, die verlängerte Arbeitszeit ohne den zusätzlichen Akkordzuschlag zu leisten. Auf der Julienhütte ging man einfach zum früheren Zustand über, verzichtete also auf die Arbeitszeitverlängerung, da sie ohnehin vom Standpunkt der Produktion wertlos geworden ist, nicht zu ^Ueshalb, weil der Materialmangel den ganzen Betriebsgang stört.

In den Reichsel-Drahtwerken und auf der Redenhütte Hindenburg hat man zwar die Arbeitszeit verlängert, das heisst formell gestattet, dass nach Belieben Ueberstunden eingesetzt werden, die man auch mit 25% Zuschlag bezahlt, aber die Betriebsleitung legt auf diese Ueberstunden keinen Wert, da ja grosse Teile der Arbeiter zeitweise nicht beschäftigt werden können, weil Material fehlt. Eigentlich müssten eher Feierschichten eingesetzt werden. Man ist auch an die betreffenden Reichsstellen mit entsprechenden Anträgen herangetreten, hat aber eine entschiedene Ablehnung erfahren. Man solle die Arbeiter mit Aufräumarbeiten und Reparaturen beschäftigen. Man könne nicht über Mangel an Arbeitskräften klagen und zugleich Feierschichten einlegen, weil Material fehlt.

- - - - -

T e i l B

(Abgeschlossen am 11. Juli 1939)

Das deutsche Leistungsproblem
-----Produktionssteigerung und Ermüdungserscheinungen

Seitdem Göring als der Beauftragte für den Vierjahresplan dem Reichswirtschaftsminister Funk den Auftrag vom 14. Dezember 1938 erteilt hat, die gesamte Wirtschaftspolitik dem Ziel unterzuordnen, mit den vorhandenen Kräften mehr zu produzieren - seitdem vergeht kaum ein Tag, an dem sich nicht die gesamte nationalsozialistische Presse mit den Fragen der Leistungssteigerung beschäftigt. Das Problem der Produktionssteigerung, insbesondere der Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters ist das innerdeutsche Wirtschaftsproblem geworden⁺). Es ist nicht ausgeschlossen, dass es sehr bald auch zu einem politischen Problem ersten Ranges wird. Das wird allerdings nicht nur von den ökonomischen Bedingungen, sondern vor allem von der Haltung der deutschen Arbeiter abhängen. Schon heute ist der Kampf um die Steigerung der Arbeitsleistung zum Teil ein Kampf darum geworden, ein weiteres Nachlassen der Arbeitsleistung zu verhindern. Aber selbst wenn die deutschen Arbeiter nicht begreifen, welche furchtbare Waffe gegen das Regime die Leistungsverminderung in ihrer Hand ist, oder wenn sie nicht die Kraft haben, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen, - selbst dann ist die Lösung des Leistungsproblems eine Lebensfrage der Diktatur.

1) Der Zwang zur Produktionssteigerung

Die deutsche Wirtschaft steht unter dem Zwang zur Produktionssteigerung. Ohne weitere Produktionssteigerung ist weder der deutsche Rüstungsvorsprung zu halten, noch die Exportkrise zu überwinden, noch

+) Eingehende Untersuchungen darüber finden sich in einer demnächst erscheinenden grösseren Arbeit von M. Bergmann über "Die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland", auf die sich auch die nachfolgenden Ausführungen stützen. Im übrigen sei auf das im Teil A dieses Heftes enthaltene Material zu diesem Problem hingewiesen. (II. Der Arbeitseinsatz, Seite A 42 und III. Aus den Betrieben, Seite A 77.)

Südosteuropa in den "deutschen Wirtschaftsraum" einzugliedern. Aber nicht nur politische und aussenwirtschaftliche, auch innerwirtschaftliche Umstände wirken in der gleichen Richtung.

Die Grenzen der Leistungsausdehnung der deutschen Wirtschaft sind soweit erreicht, dass sie nur durch besondere Anstrengungen und selbst dann nur in beschränktem Ausmass ausgeweitet werden können. Dabei sind die Ansprüche, die an die Produktion gestellt werden, noch immer im Wachsen. Ein Beispiel lässt diese immer grösser werdende Kluft zwischen Leistungsfähigkeit und Produktions-Ansprüchen besonders deutlich erkennen: Für das laufende Jahr sind Bauvorhaben im Gesamtwert von nicht weniger als 30 Milliarden RM angemeldet worden (Mitteilung des neuen Halbjahresberichts der Reichskreditgesellschaft), während der Wert der gesamten deutschen Produktion im Jahre 1938 nur 39,6 Milliarden RM erreichte. (Berechnung des Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung.)

Angesichts dieser Situation wäre es das Nächstliegende, den Produktionsumfang auf dem gegenwärtigen Höchststand zu stabilisieren, ihn vielleicht sogar insoweit zu drosseln, wie es der Rohstoffmangel erforderlich macht. Im vergangenen Jahr machten in der Tat deutsche Wirtschaftspolitiker Andeutungen in dieser Richtung. Sogar Göring sprach davon, dass man einen Rückgang der Eisenproduktion zu erwarten habe. Und Brinkmann, damals noch Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, forderte Verlangsamung des Produktionstempos, "wobei man eine Verknappung der Waren in Kauf nehmen muss". Das Abstoppen der Kreditschöpfung im vergangenen Jahr und die Anweisung an die Industrie, sich selbst zu finanzieren, lagen auf der gleichen Linie. Selbst nachdem man sich inzwischen zur verstärkten Durchführung des Vierjahresplans entschlossen hat, ist der Gedanke, eine regulierte Produktions-Verlangsamung vorzunehmen, nicht ein für allemal aufgegeben.

Wenn trotzdem die weitere Steigerung der Produktion erzwungen werden soll, so geschieht das vor allem aus folgendem Grunde: Nachdem die Rüstungsproduktion einmal den jetzigen gewaltigen Anteil an der Gesamtproduktion erreicht hat, kann die weitere Ausdehnung der Rüstung nicht allein auf Kosten aller anderer Produktionszweige vor sich gehen. Auf die Dauer setzt die Ausweitung der eigentlichen "unproduktiven" Rüstungs- und Wehrwirtschafts-Produktion eine Er-

höhung der produktiven, absatzfähigen Erzeugung voraus. Nachdem die volle Ausnutzung der Kapazitäten erreicht ist, braucht man zur Erzeugung von mehr Kanonen eben mehr Maschinenfabriken, mehr produktive Anlagen. Die ökonomischen Grenzen der staatlichen Auftragserteilung liegen in erster Linie auf dem Gebiet der Finanzierung. Sie liegen, wie der letzte Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft unterstreicht, dort, wo die wachsende Inanspruchnahme des Produktionsapparates für öffentliche Aufgaben entweder die Vornahme notwendiger Investitionen zur Erhaltung und Leistungssteigerung des Produktionsapparates beeinträchtigt, oder aber, wo sie die für die Lebenshaltung erforderliche Verbrauchsgüter-Erzeugung übermäßig einschränkt.

Die Staats-Konjunktur lässt sich nur aufrecht erhalten durch Mehrproduktion. Eine andere Frage ist, welcher Art diese Mehrproduktion sein soll: Durch Erhöhung der Rüstung bei weiterem Verfall der menschlichen Produktionskraft und weitere Zunahme der Ermüdungserscheinungen - oder durch Steigerung der Kaufkraft und Ausdehnung der Konsumgüterproduktion, die das Leistungsproblem zwar mildern könnte, aber auf die Dauer die sogenannte Kreditschöpfung und das ganze Vierjahresplan-Gebäude bedrohen würde. Mit Recht sagte Schacht am 29. November 1938 vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie:

"Lebenshaltung und Rüstungsausmass stehen in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander. Je weniger ich verbrauche, umso mehr spare ich, und je mehr ich spare, umso mehr kann ich in die Rüstung hineinbauen."

Was die Stagnation oder gar die Krise unter dem Nationalsozialismus bedeuten würde, wie ökonomische Erschütterungen auf den Bestand des Regimes wirken, ob es solche Situationen zu meistern verstehen wird, ist im einzelnen noch nicht zu übersehen. Aber solange die Staatskonjunktur aufrecht erhalten, d.h. die Produktionssteigerung fortgesetzt werden kann, wird es Hitler tun. Seine ökonomische Devise ist in Wahrheit: Produziere mehr - oder stirb.

Aeusserungen in der deutschen wirtschaftlichen Fachpresse lassen erkennen, dass sich Machthaber und Industrieführer über die ökonomischen Zusammenhänge vollkommen im klaren sind. Sie wissen auch, dass die Dringlichkeit des Produktionsproblems insbesondere aus der voraufgegangenen Ueberspannung erwachsen ist. Sie wissen weiter,

dass, sollte einmal eine Produktionsdrosselung unvermeidlich werden, sie umso schwieriger wird und der Produktionsabfall umso stärker hereinbrechen kann, je mehr jetzt der Ausdehnungsprozess mit allen seinen Disproportionalitäten fortgeführt wird. Und sie wissen schliesslich um die internationale Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft trotz der Autarkiepolitik und Grossraumwirtschaft. Nicht bloss aus theoretischem Interesse hat die volkswirtschaftliche Abteilung der I.G.-Farbenindustrie im Jahre 1937 den Auftrag erhalten, die Debatten des britischen Sachverständigen-Ausschusses über das Auftreten der nächsten Weltwirtschaftskrise genau zu verfolgen. Wenn schon die wirtschaftliche Stagnation in Deutschland einmal eintreten muss, so ist die deutsche Wirtschaftspolitik vor allem darauf gerichtet, die Konjunktur soweit wie möglich zu verlängern. Im vorigen Jahre zeigten sich einige Lichtblicke für den Erfolg dieser deutschen Durchhaltepolitik. Während die deutschen Hochöfen auf höchste Produktion eingestellt waren, erfuhr die Kapazitätsausnutzung der amerikanischen Stahlindustrie den stärksten Rückgang. Die englische Produktion stockte, und die französische erreichte sogar einen neuen Tiefstand. Inzwischen hat sich das Blatt wieder gewendet. Hitlers Politik hat dafür gesorgt, dass heute England und Frankreich eine Rüstungskonjunktur von bisher nicht erlebtem Ausmass haben. Man nehme ein x-beliebiges Handelsblatt der "Frankfurter Zeitung" aus den letzten Wochen zur Hand und man wird in der einen Spalte von den Schwierigkeiten der Mehrproduktion im Dritten Reich lesen und daneben von dem Auftrieb der englischen Maschinenproduktion oder dem Hunger nach Rohstoffen in allen Ländern. Umso mehr steht daher die deutsche Wirtschaft vor der Alternative: Produziere mehr - oder stirb. Hitler kann es nicht zulassen, dass die deutsche Konjunktur abgeschwächt wird, während die englischen, französischen und amerikanischen Industrien einer neuen Blüte zustreben.

2) Die Schwierigkeiten der Produktionssteigerung

Steht der Zwang zu weiterer Produktionssteigerung für die deutsche Wirtschaft ausser Frage, so kommt umso grössere Bedeutung den Hemmnissen zu, die ihr entgegenstehen. Diese Hemmnisse ergeben sich vor allem aus der Ueberbelastung des Produktionsapparates und der menschlichen Arbeitskraft.

a) Die Ueberspannung der Produktion

Gegenwärtig ist die industrielle Produktion (ohne Nahrungs- und Genussmittel) mehr als doppelt so hoch wie im Krisentief 1932 und sogar um ein Drittel höher als 1929, dem besten Jahr der letzten Konjunkturperiode. Von 1926 bis 1929, in einer Zeit, in der sehr grosse Kapitalmengen aus dem Ausland kamen, kein Rohstoffmangel bestand und zum ersten Male in grösserer Masse die technischen Fortschritte seit 1913 ausgenützt werden konnten, in dieser vielfach begünstigten Periode ist der Produktionsindex nur um etwa 25% gestiegen. Die Produktion der Schwerindustrie ist heute um 20 bis 25% höher als 1929. Die Produktion von Fahrzeugen und Motoren hat sich mehr als verdreifacht, die Benzinherstellung verfünffacht. Die arbeitstägliche Wagengestellung der Reichsbahn betrug 1929 rund 152.000, 1932 rund 100.000, gegenwärtig beträgt sie mehr als 170.000, obwohl sich die Benützung von Lastkraftwagen heute nahezu verdreifacht hat.

Diese gewaltige Produktionsausdehnung ging unter dem bekannten Rohstoffmangel und der Umstellung auf Ersatzfabrikation vor sich. Gerade die Ersatzwirtschaft hat sogar zur Erhöhung der Mengenleistung beigetragen, wenn auch vielfach durch Herstellung von minderwertigen Produkten, die noch dazu oft höheren Produktionsaufwand erfordern, wie z.B. die Eisengewinnung aus minderwertigen Erzen.

b). Der Raubbau an der technischen Ausrüstung

Der bisherige Produktionsanstieg konnte sich vollziehen, weil der Nationalsozialismus einen glänzend ausgerüsteten Produktionsapparat übernommen hatte. Die deutsche Industrie brauchte nur die Kapazitätsreserven, die in der früheren Rationalisierungsperiode geschaffen wurden, auszuschöpfen. Die Rationalisierung war fortgesetzt worden, auch nachdem sie sich vielfach fürs erste als sogenannte Fehlrationalisierung erwiesen hatte; ja selbst in den Krisenjahren von 1930 bis 1932 war in manchen wichtigen Industriezweigen trotz verringerter Produktion die Rationalisierung weiter gegangen, so im Bergbau, in der chemischen und teilweise auch in der Metallindustrie. Wenn jetzt auf der letzten Technischen Tagung des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Essen festgestellt wurde, dass noch heute,

trotz des Rekords der Kohlenförderung, die technischen Aus- und Vorrichtungsarbeiten des Bergbaus um durchschnittlich fünf Jahre vorausschicken, dann kann man ungefähr ermessen, wie weit die frühere Rationalisierung ging und was alles ihr noch jetzt zu verdanken ist. (Siehe "Frankfurter Zeitung" vom 21. Juni 1939 und die illustrierten Beilagen: "Die Kohle", die die "Fr.Z." vom 30.6. und 7.7. 1939 enthält.)

Aber die Ausdehnung der industriellen Produktion ging über die Ausschöpfung der Kapazitätsreserven hinaus. Sie erfolgte zugleich auf Kosten eines ausserordentlichen Raubbaus an der vorhandenen technischen Ausrüstung, wie er sonst nur in Kriegsperioden vorkommt. Zieht man die Investitionen für den Autostrassenbau, für die Neuanlagen zur Herstellung von Kunststoffen, sowie für die eigentliche Rüstungsproduktion ab, so bleibt von der Gesamtsumme der volkswirtschaftlichen Investitionen, die im Verlaufe der letzten 6 1/2 Jahre vorgenommen wurden, weitaus weniger als allein für die laufenden Ersatzinvestitionen erforderlich gewesen wäre. So erreichten z.B. die Investitionen für Neu- und Ersatzanlagen in der Elektrizitätsversorgung in den drei Jahren 1935 bis 1937 zusammen nicht einmal die Investitionssumme allein des Jahres 1928. Dabei stieg die Stromerzeugung von 27 Milliarden kWh im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1931 auf rund 50 Milliarden kWh im Jahre 1937. Seit 1937 steigt der Strombedarf vor allem wegen der ausserordentlichen Anforderung für den Vierjahresplan weiter, während die Neuerrichtung von Elektrizitätswerken bisher verschwindend gering war.

Am deutlichsten lassen die amtlichen Ausweise über die Leistung und die technische Ausrüstung der Reichsbahn den krassen Raubbau an den vorhandenen Anlagen erkennen. Bei einem Minderbestand an Güterwagen von etwa 1/5 gegenüber 1929, wobei noch das Durchschnittsalter der vorhandenen Wagen erheblich stieg, ist die arbeitstägliche Wagengestellung heute um etwa 1/6 höher, während die Ladegewichte der Gütertransporte pro gestellten Wagen im Durchschnitt sogar um 1/4 gestiegen sind. Die amtlichen Berichte sprechen von einer stark vermehrten Ausnützung des einzelnen Fahrzeugs, von Geschwindigkeits-erhöhungen, von Beschleunigungen der Abfertigung und auch davon, dass die Betriebssicherheit leidet. Und der "Deutsche Volkswirt" fragt: "Kann ein so grosser Verkehrsapparat wie die Reichsbahn Jahr für

Jahr Material und Menschen so aussergewöhnlich beanspruchen, ohne dass beides Schaden erleidet?" - Wenn die Reichsbahn heute eine jährliche Ausmusterung von etwa 3% des Fahrzeugbestandes vornehmen würde, wie etwa vor dem Kriege und wie sie z.B. in USA 1937 durchgeführt wurde, so müsste sie jährlich 18.000 Güterwagen verschrotten lassen, während in den beiden letzten Jahren schätzungsweise nur etwa je 4 bis 5.000 Wagen ausgemustert wurden.

Welche Versorgungs- und Verkehrsschwierigkeiten wegen des Raubbaus an der technischen Ausrüstung bestehen, dafür aus der Fülle der täglichen Mitteilungen der deutschen Presse über die Produktionsschwierigkeiten nur ein Beispiel aus der rheinischen Braunkohlenindustrie (im Steinkohlenbergbau ist die Lage noch viel schlimmer, wo sich trotz des Kohlenmangels aus Transportschwierigkeiten Kohlenhalden auftürmen." In dem letzten Geschäftsbericht des Rheinischen Braunkohlensyndikats ("Frankfurter Zeitung vom 6.7. 1938) heisst es:

"Neuen Anforderungen nach Industriebriketts konnte das Syndikat nicht in allen Fällen und in vollem Umfange gerecht werden. Vor allem musste, um die Hausbrandversorgung nicht allzu sehr in Gefahr kommen zu lassen, in manchen Fällen die Lieferung abgelehnt werden, in denen Werke die Steinkohle oder Industriegas verbrauchten, ihren Bedarf aber nicht in voller Höhe bekamen, bei der Braunkohle Zuflucht suchten... Die Abnehmer richteten unter Aufwendung nicht unerheblicher finanzieller Mittel ihre Verladestellen und Anfahrwege so her, dass Tag und Nacht aus Vorräten und frischer Herstellung von Briketts auf die zum Teil von weit her gekommenen Fahrzeuge der Abnehmer verladen werden konnten."

Geradezu aufsehenerregend sind die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten über die Ueberfüllung der Fabrikräume, über die Vernachlässigung der notwendigen Aufräume- und Reinigungsarbeiten (trotz "Schönheit der Arbeit!"), über den fehlenden Ersatz für abgenutztes Material und über das Stocken der Rohstoff-Zufuhr, über schlechten Treibstoff und Schmieröle. Man kann ohne Ueberteilung sagen, dass aus den Anlagen allgemein mehr herausgeholt wird, als technisch zulässig ist, während andererseits bei manchen Anlagen durch mangelnde Rohstoff- und Treibstoffzufuhr oder wegen des Mangels an Werkzeugteilen oder Ersatzmotoren immer wieder Produktionsstockungen eintreten.

c) Der Raubbau an der Arbeitskraft

Zur vollen Ausnutzung der vorhandenen Anlagen ist seit anderthalb Jahren die volle Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte gekommen.

Heute sind im alten Reichsgebiet etwa 22 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt, gegen 12,5 Millionen im Jahre 1932 und 17,5 in Konjunkturjahr 1929. Die Industrie beschäftigt gegenwärtig rund 8 Millionen Arbeiter gegen 3,7 Millionen 1932 und 6,2 Millionen 1929. Seit Ende 1937 gibt es praktisch keine Arbeitslosenreserven mehr.

Der Arbeitermangel ist naturgemäss in erster Linie das Ergebnis der gewaltig gestiegenen Produktion. In gewissem Umfange ist er aber auch von der Lohnpolitik des Regimes hervorgerufen worden. Ohne den sogenannten Lohnstopp, d.h. die Aufrechterhaltung des Lohnstandards der Krise, wäre die Entwicklung am Arbeitsmarkt wahrscheinlich anders verlaufen. Die Löhne sind so niedrig, dass menschliche Arbeitskraft billiger ist als maschinelle. Damit war lange Zeit hindurch ein Anreiz für den Unternehmer gegeben, lieber neue Arbeiter einzustellen, als Mehraufwendungen für Verbesserung seiner technischen Ausrüstung zu machen.

Wahrscheinlich wäre aber auch die Produktion nicht in demselben Grade ausgedehnt worden, wenn nicht der niedrige Lohn einen Anreiz zur möglichst vollen Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte gebildet hätte. Die Vernachlässigung des maschinellen Ausbaus, der Raubbau an der vorhandenen technischen Ausrüstung ist, kalkulatorisch gesehen, nur eine zwangsläufige Begleiterscheinung der Lohnstop-Politik, die auf diese Weise den Arbeitermangel verstärkte.

Wie die von den Gewerkschaften verfochtene Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik lohnsteigernd wirkt und zum technischen Fortschritt drängt (man hat ihnen oft vorgeworfen, sie hätten mit ihrer Lohnpolitik die Arbeitslosigkeit verschuldet), so führen umgekehrt Lohnstopp und Arbeitseinsatz des Nationalsozialismus zur technischen Rückständigkeit bei erhöhter Produktion.

Der Arbeitermangel hat zu ausserordentlichen Massnahmen geführt: Beschränkung der Freizügigkeit, Einstellung von minderleistungsfähigen Arbeitern und Arbeitsinvaliden (z.B. der Knappschaftsrent-

ner im Bergbau, "Auskämmung" des Kleinwerbes nach Arbeitskräften, Heranziehung von Frauen und Kindern zu Erntearbeiten), ausserdem Ausdehnung der Arbeitszeit, Verbot von sogenannten Bummelschichten, Verkürzung der Ausbildungszeiten usw. Die Mehrzahl der seit einem Jahr der Produktion zugeführten Arbeitskräfte stammt aus Personenkreisen, die noch niemals im Arbeitsverhältnis gestanden hatten. Nahezu die Hälfte des Beschäftigungszuwachses im letzten Jahre, nämlich rund 600.000 Köpfe, beruht auf Vermehrung der Frauenarbeit.

Die wirklichen Reserven sind zweifellos erschöpft, aber das Regime wird neue schaffen. Es bereitet bereits einen neuen Abbau der Kleinhandels-Existenzen vor, wodurch abermals 500.000 Arbeiter und Angestellte in die Produktion gedrängt werden können. Es hat soeben die Altersgrenze der Beamten erhöht. Aber auf diese Weise kann der wirkliche Mehrbedarf an Arbeitskräften nicht gedeckt werden, umso weniger als man sich zu einer wenigstens teilweisen Wiedergutmachung des Raubbaus an der technischen Ausrüstung wird entschliessen müssen. Die Rationalisierung setzt zweifellos im Endergebnis Menschen frei, im Anfangsstadium aber muss sie den Bedarf an Arbeitskräften noch erhöhen. Ausserdem sind die neugewonnenen Arbeitskräfte alles andere als vollwertig. Zugleich tritt durch Heranziehung früherer Kleinhandwerker und Handwerksmeister und durch die Heraufsetzung der Altersgrenze eine Ueberalterung der Arbeitskräfte ein. Zum Teil werden diese Nachteile durch die verstärkte Berufs- und Spezialarbeitersausbildung kompensiert. Aber die wahllos beschäftigung jeder verfügbaren, wenn auch nur beschränkt einsatzfähigen Arbeitskraft wächst stärker als die Vervollständigung der Ausbildung. Der Qualifikationsfaktor ist im Rückgang. Damit sinkt die durchschnittliche Arbeitsleistung.

Auch die Anwerbung ausländischer Arbeiter kann den Mangel nur in geringem Umfange beheben. Abgesehen von den Devisenbelastungen, die dadurch entstehen, ist die Zahl der Länder, in denen Deutschland Arbeiter anwerben kann, sehr beschränkt. Es kommen im wesentlichen nur totalitär regierte und mit Deutschland politisch verbundene Staaten in Frage und diese haben einen kleinen und nicht besonders entwickelten Arbeiterstamm. Nimmt man Arbeiter aus demokratischen Ländern, so können die eigenen Volksgenossen allzu leicht der politischen "Zersetzung" ausgesetzt sein. Die italienischen und slowakischen Arbeiter sind die einzigen, die ohne Befürchtungen herangezogen

gen werden können. Das geschieht schon und kann nicht mehr wesentlich ausgedehnt werden. Selbst die ungarischen oder jugoslawischen Arbeiter haben noch einen gewissen Schutz durch ihren Auslandspass. Im Kriegsfall, auf den schliesslich der Arbeitseinsatz besonders Rücksicht nehmen muss, wäre eine voraufgegangene stärkere Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften sehr schädlich.

Die Annexionen haben zweifellos gewisse Entlastungen im Arbeitseinsatz gebracht. Aber auch hier zeigen sich schon die Grenzen denn die neuerworbenen Gebiete müssen ebenfalls auf Mehrproduktion eingestellt werden. So wird bereits die "vollzogene Liquidierung der Arbeitslosigkeit im Protektorat Böhmen" gemeldet.

3) Die Mittel der Produktionssteigerung

a) Die neue Rationalisierungs-Offensive

Die Aufgabe, vor der die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik jetzt steht, läuft darauf hinaus, die sich aus den technischen und menschlichen Ermüdungserscheinungen ergebende Stagnation, die sogar zum Rückgang der Gesamtproduktion zu führen droht, zu überwinden und den natürlichen Konsequenzen der Vollbeschäftigung und des bisherigen Raubbaus an Menschen und Material entgegenzuwirken. Es kommt bei der gegenwärtigen Rationalisierungs-Offensive darauf an, die Gesamtleistung zu halten, und dies ist nur möglich durch Mehrproduktion, die wiederum nur zu erzielen ist, wenn der Wirkungsgrad der Arbeitsleistung gesteigert wird. Eine objektive Prüfung der Möglichkeiten, die Gesamtleistung zu halten, muss von der bisherigen Leistungsentwicklung ausgehen.

(1) Die bisherige Leistungsentwicklung

In der kapitalistischen Produktion findet immer eine gewisse Rationalisierung statt. Ohne Rationalisierung ist keine kapitalistische Produktion auf die Dauer denkbar. Aber was die Nazis heute unter Rationalisierung verstehen, sind aussergewöhnliche Massnahmen zur Leistungssteigerung und Mehrproduktion mit den vorhandenen menschlichen Arbeitskräften.

Schon bisher ist eine Leistungssteigerung je beschäftigte Arbeitskraft unter dem Naziregime erzielt worden. Staatssekretär

Syrup behauptet in der "Sozialen Praxis" (Nr. 3/1938), dass die arbeitstägliche Industrieproduktion, bezogen auf die gleiche Zahl der Beschäftigten, gegenüber 1928 um schätzungsweise 20 bis 25% gestiegen ist. Wenn man jedoch bedenkt, dass der Höhepunkt der Rationalisierung erst 1929/30 erreicht worden ist und auch noch in der Krise partiell technische Vervollkommnungen vorgenommen wurden, so ergibt sich zwar auch für die Zeit seit dem Umsturz eine Leistungssteigerung, aber ein Rückgang des Steigerungsgrades. Nach Syrup hätte die jährliche Produktivitätssteigerung im Durchschnitt der letzten 10 Jahre 2 bis 2 1/2% betragen, wobei das ausgesprochene Rationalisierungsjahr 1929 miteingerechnet ist. Nach Wagemann (in seinem Buch "Wirtschaftspolitische Strategie") hat dagegen die deutsche Produktivität in der Nachkriegszeit im Durchschnitt jährlich um 3,4 bis 3,6% zugenommen. Der Grad der sogenannten Rationalisierung ist also in der Hitlerzeit weit geringer gewesen als in der Demokratie.

Nach einem Ueberblick über die Leistungsentwicklung, den der Präsident der Reichswirtschaftskammer, Albert Pietzsch, im "Vierjahresplan" vom 20. Mai 1939 veröffentlicht, stellte sich die Realproduktion je Beschäftigten gegenüber 1929 im Jahre 1938 um 15% höher, wobei folgende Entwicklung zu verzeichnen gewesen sei:

	1929 = 100
1935	102
1936	110
1937	112
1938	115

Diese Zahlen stellen natürlich die Entwicklung der Produktivität unter dem Naziregime eher zu günstig dar. Dennoch bestätigen sie, wenn man bedenkt, dass das Regime grosse Produktivitätsreserven übernehmen konnte, dass sich zwar ein gewaltiger Raubbau, aber keine wesentliche Produktivitätssteigerung seit 1933 vollzogen hat.

Die Gesamtziffern beweisen indirekt den technischen Rückgang. Die Steigerung der Arbeitsleistung unter dem Naziregime, die schon an sich sehr gering war, wurde in der Hauptsache ohne technische Verbesserungen erzielt.

Diese Tatsache trat nur nicht offen in Erscheinung, weil durch Antreiberei und Arbeitszeitverlängerung die Vernachlässigung der

technischen Verbesserungen überkompensiert werden konnte. Unzählige, sogar offizielle Berichte beweisen das. So berichtet z.B. die Deutsche Wollwaren-Manufaktur A.G.:

"Trotz der verkleinerten Betriebsanlagen und der Einsparung von mehr als 500 Arbeitskameraden konnte eine erstaunliche Leistungssteigerung erzielt werden, die hauptsächlich auf den neuen Geist im Betrieb zurückzuführen ist. Leistungsmässig hat es so ausgesehen, dass 1932/33 in der Spinnerei wöchentlich 203.000 km Garn in 15.700 Arbeitsstunden produziert wurden. Im Jahre 1938 waren es bei einer Leistungssteigerung von 74% volle 350.560 km in 15.586 Arbeitsstunden". (Deutscher Volkswirt, 23. Dezember 1938.)

Zu welchem faktischen technischen Rückschritt die bewusste Mehrverwendung von minderleistungsfähigen Arbeitskräften, sowie überhaupt Lohnstop und Arbeitermangel, selbst bei Einführung neuer Maschinen führen, sei an einem von der Fachzeitschrift "Maschinenbau" (Mai 1938) als nachahmenswert geschilderten Beispiel gezeigt:

Herstellung einer Rohrfassung durch Unterteilung der Arbeitsgänge statt früher auf einer modernen Sonderrevolver-Bank jetzt auf primitiven, eigens neu angeschafften Drehbänken. Der Effekt ist folgender:

<u>Früher:</u>	<u>Jetzt:</u>
2 Arbeitsgänge	9 Arbeitsgänge
Revolverbank	Mechaniker-Drehbänke
Facharbeiter	angelernete Kräfte
teuere Fertigung	billigere Fertigung.

Es werden also besondere primitive Maschinen neu angeschafft, die weit mehr Arbeitsgänge erforderlich machen, nur um dem Facharbeitermangel begegnen zu können. Ueberdies macht der Lohnstop häufig die Arbeit an primitiveren Maschinen lohnend.

Der Facharbeitermangel führt heute zu einer ganz bestimmten Art der Rationalisierung, die mehr an die Zeit des Frühkapitalismus erinnert als an die Rationalisierungsperiode von 1927 bis 1930. In der vergangenen Rationalisierungsperiode war das Auffallende, dass das Gewicht der Facharbeiter nicht sank, sondern eher stieg. Der relative Anteil der Jugendarbeit ging zurück und auch die Frauennarbeit nahm nicht wesentlich zu, wenn man von den Angestelltenberufen absieht. Besonders in vielen rationalisierten Betrieben des Apparat- und Werkzeugbaus, insoweit es sich nicht um Serienfabrikation handelte, stieg der Qualifikationsfaktor. Demgegenüber hat z.B. Siemens in den letzten Jahren folgende Rationalisierungsergebnisse

zu verzeichnen:

Bei dem Bau einer hochwertigen elektrischen Fernschreibmaschine gelang es, die Facharbeiterzahl gegenüber dem Stand von 1934 um 34% zu senken, aber durch Steigerung der für die gleiche Erzeugung notwendigen Belegschaftszahl, indem sehr viel mehr Frauen und angelernte Arbeiter herangezogen wurden. (Aus dem Siemens-geschäftsbericht 1937/38.)

Dabei muss man bedenken, dass solche Betriebe, wie die des Siemens Konzerns leicht rationalisieren können und stets neue technische Verbesserungen im fortschrittlichen Sinne einzuführen verstehen. Die Frage ist, ob nun die gesamte Industrie die Erhöhung der fixen Kosten zur Behebung des Facharbeitermangels auf sich nehmen soll. So hat z.B. Siemens für den Zusammenbau von Messinstrumenten die Zusammensetzung der hierzu notwendigen Belegschaft, die früher vollständig aus männlichen Facharbeitern bestand, um 92% Frauen und 8% Männer verändert - die Kosten pro Produkt sind allerdings um 68% gestiegen.

(2) Die Kostenfrage

Nur wenn die menschliche Arbeitskraft teurer oder zumindest nicht billiger ist als die maschinelle Arbeitskraft, lohnt es vom Standpunkt der kapitalistischen Rentabilität, den Arbeitsprozess zu mechanisieren. Wenn gar die Produktivität der Arbeit durch "neuen Geist", also ohne Maschinen gesteigert werden kann, besteht zweifellos für die Rationalisierung, die immer mit einer Erhöhung der fixen Kosten verbunden ist, umso weniger Interesse.

Es ist richtig, dass der Arbeitermangel zur Rationalisierung zwingt, aber ein solcher Zwang kann niemals so wirkungsvoll sein, wie der Antrieb oder das Hemmnis, das je nachdem der Lohnfaktor für die Mechanisierung bietet. Es ist vom Standpunkt eines kapitalistischen Unternehmens unrationell, bei sinkendem Wert der Arbeitskraft die fixen Kosten zu erhöhen. Man wird es dennoch tun müssen. Denn das Regime wird die Unternehmer dazu zwingen, auch unter kapitalistisch unrationellen Bedingungen zu rationalisieren.

"Die zur Behebung der verschiedenartigen Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes im Bergbau schwebenden Erwägungen können zu Massnahmen führen, die auch die Kostenseite berühren, ohne dass ein dann vielleicht eintretender Leistungsanstieg die volle Entlastung bringen könnte". (Wirtschaftskurve Heft IV/1938).

Fast in allen Geschäftsberichten kann man jetzt das Gejammer über die Mehrkosten lesen - obwohl man erst am Anfang der Rationalisierungs-Offensive steht. Das Regime rechnet den Unternehmern vor, dass zwar die Mechanisierung die Kosten erhöhen wird, dass sogar die Steuerlasten in Zukunft noch höher werden und eine Steigerung der Unkosten zu erwarten ist, aber die Lohnkosten werden durch die Mechanisierung zurückgehen, wenn auch nicht in dem Masse wie die Kapitalkosten für die Rationalisierung gestiegen sind.

Nun führen die Unternehmer nicht nur den Kostenfaktor, der für sie die Hauptrolle spielt, sondern noch andere Argumente gegen wesentliche technische Neuanschaffungen an. Erstens, sagen sie, haben wir schon rationalisiert. Wir sind technisch sehr weit voraus. Zweitens - und das ist das wichtigste Argument - fehlt es an Material für die Mechanisierung. Schon die unbedingt notwendige, auch strategisch bedeutsame Erneuerung des Wagenbestands bei der Reichsbahn, wird viel von den so knappen Rohstoffen verschlingen. Die Ruhrherren erklären sich bereit, den heute zu 90% in den Gruben verwandten Abbauhammer, den sogenannten "Eisernen Bergmann", der mit Pressluft betrieben wird, gegen einen elektrischen Bohrer auszuwechseln, aber sie können es nicht, weil die Elektroindustrie ihre Bestellungen nicht ausführen kann. Dazu kommen die grossen Rohstoffanforderungen für die Neuanlagen zur Herstellung von Kunststoffen und den Ausbau von Elektrizitätswerken im Rahmen des Vierjahresplans, schliesslich die unumgänglich notwendige Mechanisierung der Landwirtschaft, ohne welche die nur schwer zu bekämpfende Landflucht zu einem Rückgang auch der landwirtschaftlichen Erträge führen wird.

Wenn man trotz des Rohstoffmangels rationalisieren will, muss man zu einer neuen Form der Rationalisierung seine Zuflucht nehmen, für die man das Schlagwort: "Rationalisierung ohne Eisen" gefunden hat.

"So eminent wichtig die sachgemässe Anpassung des Maschinenbaus an seine gewaltig gewachsene Aufgabe ist", - heisst es im Neujahrsartikel 1939 der "Frankfurter Zeitung" - "volkswirtschaftlich noch notwendiger als die Leistungssteigerung durch Zuhilfenahme von Maschinen, ist gerade unter den heutigen besonderen Knappheitserscheinungen die Rationalisierung ohne Maschine, die Rationalisierung im ursprünglichen Sinne des Wortes, die nicht notwendig die Anwendung von Kapital und Eisen erfordert."

b) "Rationalisierung ohne Eisen"

Schon die bisherige Leistungssteigerung vollzog sich grossenteils nur durch erhöhte Anspannung der menschlichen Arbeitskraft. Es war also auch bisher schon eine "Rationalisierung ohne Eisen". Wahrscheinlich wäre die Arbeitsleistung sogar mehr gestiegen, wenn nicht Raubbau an der technischen Ausrüstung, Materialmangel, Fehlen von Ersatzmotoren und eine gewisse maschinenfeindliche Einstellung in den ersten Jahren durch die erhöhte Anspannung der menschlichen Arbeitskraft hätte kompensiert werden müssen. Man muss auch bedenken, dass die durchschnittliche Arbeitsleistung mindestens bis 1936/37 anstieg, obwohl die Beschäftigung minderleistungsfähiger und überalterter Arbeiter zunahm. Im Ruhrbergbau z.B. stieg das Durchschnittsalter der Belegschaft von 33 auf 36 Jahre und die neuerdings angestrebte Wiederbeschäftigung der Ruhegeldempfänger wird eine weitere Ueberalterung der Belegschaften herbeiführen. Bei Krupp sind schon heute 26% der Arbeiter über 45 Jahre alt. Aus der Konsumindustrie werden seit langem systematisch Kräfte, die im leistungsfähigen Alter stehen, abgezogen. Einzelne Berichte in der deutschen Presse besagen, dass in Grossbetrieben der Textilindustrie sehr häufig 10 bis 20% der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mehr als 50 Jahre alt sind. Die Ueberalterung und die Frauenarbeit müssen noch weiter zunehmen.

Für den Bergbau, der neben der Reichsbahn der einzige Wirtschaftszweig ist, für den man exakte Leistungsziffern berechnen kann, und dessen Mechanisierung bereits 1932 weitgehend abgeschlossen war, liegen folgende Leistungsziffern vor: Die Schichtförderleistung je angelegten Arbeiter betrug im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets in kg in den Jahren:

1929	1932	1935	1936	1937	1938
1271	1628	1692	1711	1627	1540

Die Schichtförderleistung des Kohlenhauers ist im Ruhrgebiet von 2.093 kg im Jahre 1932 auf 2.199 kg im Jahre 1936 gestiegen, dagegen im Jahre 1937 auf 2.054 kg und im Jahre 1938 sogar auf 1.970 kg, also wesentlich unter den Stand von 1932 gesunken. In Oberschlesien fiel die Leistung von 2.501 kg 1937 auf 2.386 kg im Jahre 1938.

Es besteht kein Grund zur Annahme, dass dieser Rückgang der Arbeitsleistung sich auf den Bergbau beschränkt. Denn die gleichen Momente, die hier für den Leistungsrückgang bestimmend waren, gelten mehr oder minder für den Durchschnitt aller deutschen Betriebe. Ist im Bergbau die Anspannung der Arbeitskraft besonders gross, so ist in anderen Industriezweigen, wo leichter Berufsfremde beschäftigt werden können, die Leistungsminderung durch Einstellung ungeeigneter Arbeitskräfte stärker. Ebenso ist in anderen Betrieben das Akkordlohnsystem, das zur Leistungsanspannung antreibt, nicht so allgemein verbreitet wie in der Kohlenindustrie.

Zugegeben, dass die Antreiberei im Ruhrgebiet ein überdurchschnittliches Ausmass erreicht hat. Aber es gibt sehr viele Betriebe in anderen Industriezweigen, wo die Leistung bis 1936/37 und auch noch nachher als Folge des "neuen Geistes" viel stärker gestiegen ist als im Bergbau. Hierfür ein Beispiel aus einem Betriebsbericht im "Völkischen Beobachter" vom 16. Dezember 1938, in dem von der Besichtigung eines Werkes für elektromedizinische Apparate in Dresden, die vom Fachamt "Eisen und Metall" der DAF veranstaltet wurde, die Rede ist:

"Dieser Betrieb hat seine ganze Gefolgschaft in den Dienst der Leistungssteigerung vorbildlich eingespannt... Die Leistungserhöhung in dem Betrieb wird noch dadurch gefördert, dass in (en einzelnen Abteilungen sogenannte "Ausbilder" eingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, die Arbeit eines jeden Arbeitskameraden zu beobachten und ihm Hinweise für eine Verbesserung seiner Arbeitsleistung zu geben. Dieses Verfahren hat sich ausserordentlich gut bewährt. Der Arbeitsaufwand konnte allgemein verringert und das Arbeitstempo teilweise bis zu 100% gesteigert werden. Für jeden Arbeitskameraden werden Leistungskarten geführt, auf denen die Veränderungen in den Arbeitsleistungen als Kurven eingetragen werden... Einige Stichproben ergaben, dass durch das Eingreifen der Ausbilder für einzelne Arbeiter mengenmässige Leistungssteigerungen bis über 30% erzielt wurden, während durch Fabrikationsverbesserungen, wie Spezialisierung der Arbeit, d.h. Aufteilung der einzelnen Arbeitsvorgänge Leistungssteigerungen bis zu 45% feststellbar sind.

Die in den besichtigten Betrieben angewandten Methoden gehen auf Anregungen des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung in der DAF zurück und haben sich ausgezeichnet bewährt."

Es gibt noch andere Methoden der Leistungssteigerung, die der "Neue Geist" des Nationalsozialismus in den deutschen Betrieben eingeführt hat. Ein besonderes System der "Rationalisierung ohne Eisen" besteht in der sogenannten Selbstüberwachung, die die mit der versträrkten Antreiberei oft verbundene Ausschussarbeit vermeiden

soll. Es strebt die Abschaffung der Stoppuhr und die Einschränkung der sogenannten Fremdkontrolle des Arbeitsvorgangs durch den Meister oder Ingenieur an. Es erhöhe, so heisst es in der Zeitschrift "Maschinenbau", das Sicherheitsgefühl und vermeide die "Fehlerangst". Laut Bericht in dieser Zeitschrift ist dieses System erfolgreich von der Humboldt-Deutz-Motoren-A.G. in Köln angewandt worden.

"Die Versuche, bewährte Arbeiter im Geiste des Vertrauens von der Kontrolle der Arbeitsleistung zu befreien und auf die Selbstüberwachung zu stellen, hätten den Beifall der Gefolgschaft und starke Beachtung in weiten Fachkreisen gefunden." (Aus dem Geschäftsbericht der Humboldt-Deutz im "Berliner Tageblatt" vom 19. Oktober 1938.)

Ein anderes Beispiel für die Methoden der Leistungssteigerung im Sinne des "neuen Geistes" und in der Richtung auf sogenannte Selbstüberwachung sei aus der Osram-Glühlampenfabrik, Berlin, berichtet:

Hier waren die Arbeiterinnen am mechanischen Fließband beschäftigt. Das Tempo wurde vom Meister am Schaltbrett bestimmt. Im Jahre 1936 wurde das Fließband stillgelegt. Die Arbeiterinnen blieben an ihren alten Arbeitsplätzen, leisteten ihre alten Tätigkeiten, ergänzt durch das, was solange das Fließband mechanisch ausübte: das Weiterreichen des Stückes an die nächste Arbeiterin. Der Effekt war, dass zwar die Transporttätigkeit eine Handbewegung mehr erforderlich machte als vordem, aber die Antifließbandspsychologie wurde durch ein klügeres Antreibersystem überwunden. Früher wurde auf Ingenieur und Meister geschimpft, die das Tempo mechanisch regulierten. Jetzt treiben sich die Arbeiterinnen, zumal sie in Gruppen-Akkord arbeiten, selbst gegenseitig an. Früher war der Ausschuss erheblich. Wenn eine Arbeiterin nicht mitkam, so ging das Fließband dennoch weiter, an der Glühlampe fehlte der bestimmte Handgriff, sie war wertlos. Wenn heute eine Arbeiterin nicht mitkommt, dann türmen sich vor ihrem Arbeitsplatz die zu bearbeitenden Stücke auf, ihre Kollegin, die die folgende Handbewegung zu machen hat, drängt und auch die Kollegin, die zur Rechten sitzt, treibt an, denn sie legt immer mehr Stücke ihrer linken Kollegin hin, die nicht mitkommt. Die dauernd das Tempo nicht einhaltende Arbeiterin wird von ihren eigenen Kolleginnen statt vom Meister, vom Arbeitsplatz verdrängt.

Diese Art der Selbstüberwachung hat sich bewährt, indem sie nicht nur den kostspieligen Ausschuss auf ein Minimum herabdrückte, sondern sogar noch das Arbeitstempo steigerte.

So sieht die "Rationalisierung ohne Eisen" aus und auf diesem Wege soll sie weitergehen. Nur stehen diesen Methoden bedeutsame Hindernisse entgegen.

Nach einer gewissen Zeit tritt beinahe automatisch ein Nachlassen der übermässig angespannten Arbeitskraft ein. Es entsteht eine physische Erschöpfung, die ausser durch die Verschärfung des Arbeitstempus durch die Ausdehnung der Arbeitszeit, die mangelhafte

Ernährung und nicht ausreichenden Schlaf hervorgerufen wird.

Die Berichte über physische Erschöpfung häufen sich. Für den Bergbau wird sie auch in der Nazipresse als wesentliche Ursache des fortgesetzten Leistungsrückgangs, der seit mehr als zwei Jahren festzustellen ist, zugegeben. Die Krankheitsziffern steigen insgesamt; sie drücken aber nur unvollkommen den Erschöpfungszustand aus, zumal die Arbeiter Krankmeldungen möglichst vermeiden, da sie Verdienstaussfall befürchten. "Der Deutsche Volkswirt" vom 3. Februar 1939 stellt mit Entsetzen fest, dass in den letzten Jahren 80 bis 90.000 entschädigte Betriebsunfälle zu verzeichnen waren, worunter sich 8.000 tödliche Unfälle befanden, und nimmt als Ursache dafür mangelnden Unfallschutz an, der nach den Berichten der Berufsgenossenschaften vor allem auf Rohstoffmangel, Mangel an Facharbeitern und Ingenieuren und überhastete Erstellung von Bauten zurückzuführen ist. Aber das genügt nicht zur Erklärung. Wenn die Unfälle übermässig zunehmen, so ist das erfahrungsgemäss auch auf eine gewisse "Unfall-Stimmung" oder sogenannte Unfall-Prädestination zurückzuführen, die immer als Reaktion auf eine Überspannung der Arbeitsleistung und Ermüdung auftritt.

Charakteristisch noch als die Gesamtziffern der Kranken- und Unfallstatistik, die einen fortgesetzten Anstieg ausweisen, sind die Einzelberichte aus den Betrieben. So heisst es im neuen Geschäftsbericht der Rheinischen Stahlwerke für 1938/39, die eine Gesamtbelegschaft von rund 15.000 Beschäftigten haben:

"Das Krankfeiern nahm einen grösseren Umfang an. Vorübergehend bestand einschliesslich der Unfallverletzten eine Krankenziffer von 10%." (Frankfurter Zeitung vom 8. Juli 1939).

Man stelle sich vor, was es heisst, wenn in einem Unternehmen 1.500 Arbeiter fehlen, wenn dazu noch die Störungen durch die häufigen Mobilisierungen und durch Abwanderung in andere Berufe kommt.

Auch das Amt für soziale Selbstverwaltung der DAF bestätigt den hohen Grad der physischen Erschöpfung, wenn es mitteilt:

"Bei der heutigen gespannten Arbeitseinsatzlage, wo die Schaffenden oft 12 und 14 Stunden, ja, in einigen Fällen sogar noch darüber, täglich unterwegs sind, kommt der betrieblichen Ernährung eine besondere Bedeutung zu". (Frankfurter Zeitung vom 2. Februar 1939).

Die Einführung von Betriebsküchen und ähnliche Massnahmen, die auszuklügeln die verschiedensten, jetzt wie Pilze aus dem Boden schliessenden Aemter für Leistungssteigerung zur Aufgabe haben, können manchmal den Leistungsrückgang etwas mildern, aber nicht aus der Welt schaffen. Man werde die Ermüdungserscheinungen in Kauf nehmen müssen, so lange die durch vordringliche öffentliche Aufgaben gekennzeichnete Sonderlage vorherrscht - stellt der soeben erschienene Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft fest. Das heisst, man wird versuchen, trotz der physischen Erschöpfung die Arbeitsanspannung aufrecht zu erhalten und womöglich noch zu steigern, die "Rationalisierung ohne Eisen" verstärkt fortzusetzen. Als wichtigstes Mittel dieser neuen Rationalisierung wird der sogenannte Leistungslohn angesehen.

c) Leistungssteigerung durch Leistungslohn

In einem Aufsatz im "Vierjahresplan" vom 20. Mai 1939 fasst der Siemensdirektor G. Leifer seine Rationalisierungs-Erfahrungen in folgende Worte zusammen:

"Der Hauptweg zur Steigerung der persönlichen Leistung ist frei, sobald es gelingt, die Entlohnung direkt abhängig zu machen von der Leistung des Gefolgschaftsmitgliedes."

In dieser Ansicht begegnen sich die ökonomischen Interessen der Grossindustriellen mit der sozialpolitischen Einstellung des Regimes. Der sogenannte Leistungslohn entspricht dem "sozialen Ideal" des Nationalsozialismus. Er löst am besten das Kalkulationsproblem der Rationalisierung und er ist in der Tat der wirkungsvollste Antrieb für den Arbeiter, seine Kräfte aufs höchste anzuspannen. Das wesentliche am Leistungslohn ist, dass er nur individuell das Lohnniveau verändert, dass er stark differenziert und insgesamt die Tendenz zum Lohndruck in sich birgt. Es handelt sich, ganz gleich wie man dieses System benennt und welche Formen man ihm gibt, um das bekannte Akkord- oder Stücklohnsystem, zu dem sich der Führer der DAF mit folgenden Worten bekannt hat:

"Im Akkordsystem haben wir eine Lohnmethode übernommen, die von der Leistung als Grundlage des Entgeltes ausgeht, also von einer Grundlage, die unserem Denken entspricht". (Dr. Ley in "Deutsche Sozialpolitik", Berlin 1937, Seite 23).

Es war von jeher bezeichnend für eine gewisse positive Einstel-

lung der Arbeiterschaft zum Akkordsystem, dass die Gewerkschaften trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Akkordlohnes und ihrem Streben nach weitgehender Nivellierung der Lohnverhältnisse, dem Verlangen der Arbeiter nach Akkordvereinbarungen oft nachgeben mussten. Sie versuchten nur, besondere Misstände und Härten durch tarifliche Festlegung eines hohen Richtlohnes, auf den die Akkorde aufbauten, und durch betriebliche Lohnkommissionen zu bekämpfen. Wenn das Akkordsystem einen logischen Bestandteil der nationalsozialistischen "Totalitätsideologie" des Teilens und Herrschens darstellt und sich wie ein roter Faden durch die Arbeiterpolitik des Regimes zieht, so kommt dem Regime darüber hinaus zugute, dass dieses Lohnsystem auch dem persönlichen Interesse des einzelnen Arbeiters entspricht, besonders in dem gegenwärtigen Zustand des strengsten Koalitions- und Streikverbots. Dadurch, dass der Arbeiter seine Arbeitskraft intensiv anspannt, kommt er auf einen höheren Lohn, der über dem Durchschnittsniveau liegt. Beim Leistungslohn hat er auch Vorteile von der gesetzlichen Überschreitung der Arbeitszeit. Diese Individualität der Entlohnung verschafft dem einzelnen Arbeiter sogar einen Schein von Freiheit und Selbständigkeit. Der Individuallohn schafft einen psychologischen Spielraum innerhalb des allgemeinen Zwangs.

Es besteht kein Zweifel, dass der grösste Teil der unter dem Naziregime bisher trotz technischem Raubbau und Heranziehung von Arbeitskrüppeln durchwegs erzielten Leistungssteigerung neben dem Terror und neben der Zerschlagung der Arbeitersolidarität auf die verstärkte Einführung des Leistungs- und Prämienlohnes zurückzuführen ist. Zahlreiche Beobachtungen besagen, dass die individuelle Entlohnung den persönlichen Wünschen besonders derjenigen Arbeiter entgegenkommt, deren Durchschnittslohn-Niveau niedrig ist und die schon vorher wenig Solidaritätsgeist offenbarten. Am häufigsten kann man diese Beobachtung z.B. bei den Frauen und Landerarbeitern machen.

Das Prinzip des Leistungslohnes schafft auch dem Unternehmer sehr viel Spielraum. Man kann die Akkordmethoden ständig den jeweiligen Bedürfnissen anpassen und immer feinere Arten ausklügeln, um sowohl höhere Leistungen zu erzielen, als auch den Arbeiter unbemerkt zu pressen.

Es ist bezeichnend, welche Sprünge sich die Beauftragten des Re-

gines dabei leisten können. So z.B. haben sie in manchen Fällen ganz im Gegensatz zu ihrer grundsätzlichen Einstellung in gewissem Umfang eine Gleichstellung von Mann und Frau eingeführt:

"Die in Oesterreich ungleich weiter als im Reich verbreitete Frauenarbeit im Baugewerbe, wird sofern sie der Männerarbeit gleichkommt, ebenso wie diese bezahlt werden" (Frankfurter Zeitung vom 4. November 1938).

Wie aus Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht, bekommen in der Textilindustrie sogar junge Mädchen manchmal den sogenannten Leistungslohn erwachsener Männer (Man könnte allerdings eher umgekehrt sagen; die erwachsenen Männer bekommen sehr oft in solchen Fällen den Lohn junger Mädchen).

Die Möglichkeiten, die Akkordformen dauernd und wirkungsvoll, sozusagen im beiderseitigen Interesse zu ändern, sind mannigfach. Diese Änderungen müssen auch schon deshalb oft erfolgen, weil grundsätzlich auch der Akkordlohn mit der Zeit zu einer Nivellierung tendiert, wodurch sich sowohl für seine Herabsetzung erhöhte Schwierigkeiten ergeben, als auch die leistungssteigende Wirkung nachlässt. In diesem Zusammenhang sei auf die gegenwärtige Diskussion über einen sogenannten Regellohn, die in Nr. 6/1939 der Zeitschrift "Der Vierjahresplan" von Ministerialdirektor Mansfeld eröffnet wurde, verwiesen.

Ein Beispiel aus der Praxis mag zeigen, welche Möglichkeiten sich für Veränderung der Akkordformen ergeben. Dieses Beispiel ist zwar aus der Landwirtschaft genommen, aber auch die Maschinenindustrie mit ihren tausendfach verschiedenen Produktionsarten bietet ähnliche Möglichkeiten. Ueberdies verdient dieses Beispiel wegen der aktuellen Bemühungen um die Rationalisierung in der Landwirtschaft besondere Beachtung.

Die "Deutsche Volkswirtschaft" (1. Märzheft 1939) schildert, dass ein Rittergut unweit von Oschersleben, den Lohn beim Zuckerrübenbau nicht mehr nach der bearbeiteten Fläche, sondern nach dem erzielten Ertrag bemisst. Es ist dies eine Art Risiko mit Gewinnbeteiligung des Arbeiters, wie sie dem sogenannten Rechtsempfinden des Nationalsozialismus entspricht. Diese Lohnberechnung, die in dem Generalgedinge im Bergbau ein Gegenstück findet, fördert die Arbeitsleistung und senkt die Ausschussproduktion wesentlich. Nach der "Deutschen Volkswirtschaft" soll die Umwandlung der Akkordlohnformen auf dem Rittergut folgende Ergebnisse gehabt haben: Auf Grund der Flächenberechnung habe der Arbeitsverdienst 24 RM pro Morgen betragen - jetzt auf Grund der Ertragsberechnung betrage er 54 RM pro Morgen. Die Arbeiter bekommen

also 30 RM pro Morgen oder 125% mehr als vorher. Das Entscheidende dabei aber ist, dass der Rittergutsbesitzer noch besser wegkommt: ohne irgendwelche Aufwendungen von seiner Seite aus, sei der Ertrag durch die neue Lohnbemessung von 155 auf 180 Zentner pro Morgen gestiegen, und damit der Erlös um 45 RM pro Morgen erhöht worden.

Natürlich sind das besondere Erfolge der Rationalisierung durch Veränderungen der Akkorde, die man nicht verallgemeinern darf. Aber sie zeigen die Richtung an und sie werden mitunter in der Industrie auch erreicht und gelegentlich sogar übertroffen. Wenn die Maschinenfabrik R. Stock & Co. berichten kann, dass die Arbeitsleistung pro Kopf der gewerblichen Belegschaft von 1934 bis 1938 um 108,5% gestiegen war, so wird auch dieses Ergebnis grösstenteils durch den Leistungslohn erzielt worden sein.

Der Leistungslohn hat aber nur dann seine volle Wirkung, wenn das Lohnniveau noch wesentliche Reduktionsmöglichkeiten enthält oder wenn die Leistungsfähigkeit des Arbeiters noch wesentliche Reserven enthält. Die Ausbeutung solcher Reserven ist der Hauptzweck der gegenwärtigen Bemühungen um den weiteren Ausbau des Leistungslohnsystems. In dem Moment aber, wo die Arbeitsleistung aus irgendwelchen Gründen sinkt, muss beim Leistungslohn der Arbeitsverdienst fallen - und das hat besonders dann unliebsame Folgen, wenn das Lohnniveau an sich schon sehr niedrig ist. Wenn also heute durch die physische Erschöpfung des Arbeiters, die einerseits eine Folge der hohen Kraftanspannung durch Arbeitsintensivierung und Arbeitszeitausdehnung, andererseits eine Folge des Nahrungsmangels ist, die Leistung sinkt, dann sinkt unter dem System des Leistungslohnes der Arbeitsverdienst. Mitunter tritt der Fall ein, dass durch den Rückgang der Leistung der Arbeitsverdienst auf das Niveau des Garantielohnes fällt, dass aber die Leistung dann noch stärker zurückgeht und dadurch die Lohnhöhe auch für den Unternehmer in ein ungünstiges Verhältnis zur Arbeitsleistung gerät.

Das Regime kann diese Entwicklung nicht damit beantworten, dass es die Löhne erhöht und die Arbeitszeit verkürzt, um auf diese Weise die physische Erschöpfung zu überwinden. Es kann nur den entgegengesetzten Weg gehen, nun erst recht Leistungslohn, nur in verfeinerten Formen, nun erst recht lange Arbeitszeiten, damit die tägliche Gesamtleistung steigt und damit zugleich der nominelle Wochenlohn.

Das Regime hat keine andere Wahl, weil es keine Erhöhung des Lohnes zulassen kann und unter allen Umständen am Lohnstopp festhalten muss. Es befürchtet sogar, dass auf dem Umweg über einen "falsch verstandenen" Leistungslohn die Lohnstabilität durchbrochen wird. Ministerialdirektor Mansfeld hat festgestellt, dass sich eine Entwicklung anzeigt, bei der die Lohnbewegung dem Staats aus der Hand zu gleiten droht.

Eine Lohnerhöhung würde die Kaufkraft der Arbeiter erhöhen und damit die Nachfrage nach Konsumgütern vermehren. Das aber muss unter allen Umständen verhindert werden, denn die Ausweitung der Rüstung beruht zum grössten Teil auf der Einschränkung des Verbrauchs. Eine Erhöhung der Konsumgüterproduktion ginge auf Kosten der Erzeugung von Produktionsmitteln. Die Konsumgüterproduktion darf im besten Falle dann steigen, wenn die gesamte Produktion um ein vielfaches mehr steigt - erklärt Nonnenbruch seit Jahren im "Völkischen Beobachter".

Im Gegenteil, wenn die Arbeitsleistung fällt, wird das Regime einen neuen Druck auf die Lebenshaltung ausüben. Im letzten Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft wird unumwunden eine Erhöhung der Kleinhandelspreise für sämtliche agrarische Erzeugnisse um etwa 30% erwogen, die eine Verteuerung der gesamten Lebenshaltung des deutschen Volkes um 15% zur Folge hätte. Schon wird eine Preiserhöhung bei einigen landwirtschaftlichen Produkten (besonders bei Erzeugnissen der Viehwirtschaft) angekündigt.

Diese Tendenz der nationalsozialistischen Arbeitspolitik wird besonders deutlich beim Bergbau. Hier ist der Leistungsrückgang bisher am fühlbarsten in Erscheinung getreten; hier muss im Interesse des Vierjahresplanes am dringendsten eine weitere Leistungssteigerung erzielt werden; hier war infolgedessen das Regime am ersten gezwungen einzugreifen.

Seit 1936 geht die Arbeitsleistung im Bergbau zurück. Infolgedessen gehen auch die Arbeitsverdienste des Bergarbeiters zurück, obwohl die tariflichen Akkordsätze stabil bleiben. Das bedeutet weitere Einschränkung seiner Lebenshaltung und damit eine zusätzliche Bedrohung seiner Arbeitskraft und seiner Arbeitseistung. Aus dem letzten Bericht der Rheinischen Stahlwerke geht hervor, dass sich im Kalenderjahr 1938 das durchschnittliche Gesamteinkommen der

beschäftigten Hauer infolge Rückgangs der Leistung um 114 Mark gegenüber 1937 vermindert hat. Ein solcher Verdienstausschlag macht sich im Bergarbeiterhaushalt sehr bemerkbar, zumal die Preise faktisch steigen, die Warenqualitäten schlechter werden und die jahrelange Ueberarbeit und das Hetztempo unter den besonders schweren Bedingungen im Bergbau eigentlich eine bessere und teurere Ernährung nötig machen.

Von 1933 bis 1936 war die Arbeitsleistung des Bergarbeiters gestiegen. Dadurch konnte er trotz gleichbleibender Lohnsätze einen höheren Arbeitsverdienst nach Hause bringen. Die Einlegung von Ueber- und Mehrschichten hatten den Vergleich mit den Kurzarbeitsverdiensten oder gar den Unterstützungszahlungen noch eindrucksvoller gemacht. Was hatte er am Naziregime von seinem unmittelbaren persönlichen Interesse aus auszusetzen? Dass er sich kaputt machen muss, erscheint ihm als Bergarbeiterlos.

Jetzt aber geht die Arbeitsleistung zurück und damit sinken die Arbeitsverdienste. Die Schichtförderleistung ist wesentlich unter den Stand von 1932 gefallen. Die Akkordrichtsätze befinden sich auf dem alten Krisenniveau. Die Folge ist, dass der durchschnittliche Arbeitsverdienst heute sogar nominell niedriger ist als der eines vollbeschäftigten Bergarbeiters in der Krise 1932. Dabei haben sich die Lebenshaltung verteuert und die Arbeitsbedingungen verschlechtert.

Dieser Zustand erschien auch dem Regime bedrohlich. Am 2. März 1939 erliess daher Göring die Bergbauverordnung.

Diese Verordnung verlängert die Schichtzeit unter Tage und die tägliche Arbeitszeit über Tage, sowie in den Nebenbetrieben um $\frac{3}{4}$ Stunden; statt 8 Stunden beträgt jetzt die regelmässige tägliche Mindestarbeitszeit also im Untertagebau jetzt $8 \frac{3}{4}$ Stunden, im Untertagebau statt $8 \frac{1}{2}$ jetzt $9 \frac{1}{4}$ Stunden. Ausserdem heisst es in der Verordnung:

"Muss darüber hinaus unvorhergesehene Arbeit geleistet werden, so hat der Unternehmer für die notwendige Verpflegung der Gefolgschaftsmitglieder zu sorgen."

Durch die Arbeitszeitverlängerung ist für zweierlei gesorgt: einerseits kann der Arbeiter, wenn er das bisherige Tempo $\frac{3}{4}$ Stunden länger durchzuhalten vermag, einen der Ausdehnung der Arbeits-

zeit entsprechenden Mehrverdienst nach Hause bringen, andererseits steigt die Produktion ohne Erhöhung der fixen Kosten. Da die reine Schichtzeit vorher unter Tage im Durchschnitt 6 1/2 Stunden betrug und sich jetzt auf 7 1/4 Stunden erhöhte, macht die Verlängerung der Arbeitszeit 11,2% aus und rein rechnerisch müssten Leistung und Arbeitsverdienst im selben Ausmass steigen. Dies würde etwa den Rückgang von Leistung und Arbeitsverdienst seit 1936 wieder ausgleichen.

Die Verlängerung der Arbeitszeit ist aber nur eine Seite der Göringschen Verordnung. Ihre Krönung erhält sie durch eine Art nationalsozialistischer Stachanowkopie. Der Kohlenhauer, der im Gedinge arbeitet, bekommt eine Sonderprämie von 200%, wenn seine Förderleistung über die der Arbeitszeitausdehnung entsprechende Mehrleistung hinausgeht.

Wenn z.B. ein Hauer, der im Januar und Februar durchschnittlich in 8 Stunden 10 Wagen Steinkohle gefördert hat und dafür einen Durchschnittsverdienst von 7,70 RM pro Schicht erhielt, erhält er jetzt bei einer der Arbeitszeitausdehnung entsprechenden Mehrleistung, also bei etwas mehr als 11 Wagen am Tage, ca. 8,60 RM in der Schicht. Wenn er sich aber darüber hinaus besonders anstrengt und einen Wagen am Tage mehr schafft als bei Normalleistung, so hat er Anspruch auf die 200%-ige Anreizprämie, d.h. dieser 12. Wagen allein bringt ihm statt 77 Pfennige ca. 2,40 RM. Damit würde er statt bisher 7,70 RM einen Arbeitsverdienst von annähernd 11 RM pro Schicht erreichen oder über 40% mehr.

Einen solchen Verdienst hat es im deutschen Bergbau in der Tat noch nicht gegeben. Aber die allerwenigsten Bergarbeiter können ihn erzielen. Insofern es am Bergarbeiter liegt, hat er auch früher alles Interesse an der Leistungssteigerung gehabt. Aus dem Drang nach Mehrverdienst hat er in stärkster Anspannung seiner Arbeitskraft die Schichtförderleistung von 1933 bis 1936 um etwa 10% erhöht. Und hätte sich der Arbeitsverdienst nicht auch früher schon nach der Leistung gerichtet, so wäre die Leistung in den letzten zwei Jahren sicher noch mehr gefallen. Nun verlangt man von ihm, wenn er die Sonderprämie haben will, dass er seine Tagesleistung um mehr als 11% erhöhe.

Der Preiskommissar Wagner hat die Verordnung mit Recht als einen Sprung ins Dunkle bezeichnet. Glückt dieser Sprung auch nur einigermaßen, so werden die Vorschläge von Mansfeld zur neuen Lohnpolitik ebenfalls Tatsache werden. Und auch in den anderen Industriezweigen wird sich der sogenannte nationale Richtlohn, der nunmehr eingeführt werden soll, nach den bevorzugten Spitzenreitern in der Leistung richten müssen.

"Wird der Bergarbeiterlohn -wie es berechtigt erscheint- wieder zum Richtlohn gemacht, bleibt gar nichts anderes übrig als die nach oben durchgegangenen Löhne anderer Gewerbegruppen allmählich wieder einzufangen und dem strukturellen Grundgedanken unserer gesamten Lohnpolitik unterzuordnen." ("Deutscher Volkswirt", 9. Juni 1939.)

Obwohl inzwischen mehr als drei Monate seit dem Inkrafttreten der Verordnung vergangen sind, kann man noch wenig über ihre Auswirkungen sagen. Wenn die Schichtförderleistung im Ruhrgebiet im Mai nur um 7% höher war als im März, obwohl die durchschnittliche reine Schichtzeit unter Tage um 11% ausgedehnt worden ist, so kann man noch nicht von einem Misserfolg der Verordnung sprechen. Ihr Erlaß entsprang im Grunde der Befürchtung, dass die sinkende Entwicklung der Produktion weitergehen würde, es kam also darauf an, das weitere Absinken der Arbeitsleistung zu stoppen. Würde wirklich eine Steigerung der Arbeitsleistung über die Arbeitszeitverlängerung hinaus erreicht, so wäre die Verordnung ein grosser Erfolg.

Es ist aber durchaus möglich, dass die Arbeitsleistung bald erneut weiter zurückgehen wird. Die körperliche Erschöpfung ist nicht einfach dadurch aus der Welt zu schaffen, dass die Arbeiter zur stärkeren Mehrleistung angetrieben werden, selbst wenn man den 700.000 Bergarbeitern 50.000 Ferkel zur Schweinehaltung zuteilt.

Bei neuem Rückgang der Arbeitsleistung wird man dann mit neuen Entlohnungsformen experimentieren. So schreibt der "Deutsche Volkswirt" vom 30. Juni 1939 über die vorläufigen Auswirkungen der Bergbauverordnung:

"Die grosse Unbekannte in der ganzen Rechnung war eben das durch die Arbeitszeitverlängerung und die Mehrleistungszuschläge anzuzapfende Potential an persönlichen Leistungsreserven. Sollten hier Schwierigkeiten auftauchen, müssten Mittel und Wege gefunden werden, um sie zu beheben, ohne das Ziel der Mehrleistung zu gefährden. In einem solchen Falle gäbe es vielleicht andere Entlohnungsformen, die auf der einen Seite Mehrleistung und Mehrverdienst

sicherstellen , auf der anderen Seite aber auch eine psychologisch unerwünschte, allzu starke Staffelung von Leistung und Verdienst ausschliessen."

4) Langsamer arbeiter - eine Waffe in der Hand der Arbeiter

Fassen wir die einzelnen Erscheinungen des heutigen deutschen Leistungsproblems kurz zusammen: Die Mehrproduktion ist dringend notwendig. Gegen eine technische Rationalisierung wehren sich die Unternehmer, weil sie die fixen Kosten steigert. Abgesehen davon erfordert sie Eisen und überdies ist tatsächlich in einigen Industriezweigen, auf die es besonders ankommt, wie z.B. beim Ruhrbergbau ein so hoher Grad technischer Vervollkommnung erreicht, so dass weitere technische Verbesserungen nicht zur entsprechenden Mehrproduktion führen können. Es bleibt also nur die Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung, der die Ermüdungserscheinungen entgegenwirken. Die Machthaber wissen genau, worin die Ursachen des Rückgangs der Arbeitsleistung bestehen. Aber die Bergbau-Verordnung vom 2. März und alle anderen Massnahmen ignorieren die Tatsache der physischen Erschöpfung der Arbeiter.

Wenn berichtet wird, dass bereits von manchen Betriebsleitern der Leistungsrückgang mit Sabotage begründet und schon die Gestapo in einigen Fällen geholt wurde, so handeln die Machthaber von ihrem Standpunkt nur konsequent, auch wenn der Sabotagevorwurf jeglicher Grundlage entbehren sollte. Dass die Arbeiter erschöpft sind, wissen die Machthaber, aber sie ignorieren es. Deutschland ist ein Militarstaat. Wie naheliegend ist doch, dass ein Soldat simuliert. Die Arbeiter arbeiten langsamer, nicht weil sie langsamer arbeiten wollen, sondern weil sie nicht schneller arbeiten können. Das Regime aber verlangt von ihnen, dass sie schneller arbeiten. Und wenn sie es nicht können, heisst das dann Sabotage. Es ist gewissermassen eine ungewollte Sabotage, die unter Umständen eine Sabotage-Psychologie und den Willen dazu erzeugen kann.

Im Bergbau sind die Dinge am weitesten entwickelt, dort wird sich auch am ehesten zeigen, wie sich die Arbeiter zu den Leistungsanforderungen des Regimes stellen. Die Lösung des Leistungsproblems und damit des entscheidenden Problems der heutigen deutschen Wirtschaft hängt von den Bergarbeitern des Ruhrreviers und von den Bergarbeitern an der polnischen Grenze ab, ja von den deutschen Arbeit-

ern überhaupt. Was sich im Kohlenbergbau heute abspielt, ist nur der sichtbarste Ausdruck des Leistungsproblems, das der gesamten deutschen Industrie in mehr oder minder grosser Dringlichkeit gestellt ist. Im Bergbau musste der "Sprung ins Dunkle" zuerst gewagt werden, weil hier die ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten, die vom Problem der Mehrproduktion ausstrahlen, am deutlichsten zu Tage traten.

Wenn die neuen Formen des Leistungslohnes versagen, wenn die "Rationalisierung ohne Eisen" scheitert, werden die Machthaber andere Wege zu gehen versuchen, um die unumgänglich notwendige Leistungssteigerung zu erreichen. Denn die Produktion muss steigen, und zwar ohne Verbesserung der Lebenshaltung. Der "Deutsche Volkswirt", der erkennen lässt, dass man sich mit dem Leistungsrückgang im Bergbau wird abfinden müssen, schreibt:

"Bei der starken Mechanisierung, die in den deutschen Gruben zumeist bereits durchgeführt ist, läuft das Problem der Mehrproduktion praktisch auf die Frage der Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte hinaus. So wichtig in diesem Zusammenhang die Massnahmen zur Leistungssteigerung des einzelnen Mannes sind, so bleibt doch darüber hinaus eine Vergrösserung der im Kohlenbergbau tätigen Gefolgschaft notwendig. Wie weit sie möglich ist, ist nicht mehr ein Problem der Kohlenwirtschaft, sondern der gesamten wirtschaftspolitischen Linie."

In der Tat wird das Regime versuchen, immer neue Arbeitsklasten heranzuschaffen.

Dadurch, dass die Arbeiter langsamer arbeiten, weil sie körperlich überanstrengt sind, ist zweifellos ein schwieriges Problem für das Regime entstanden - aber solange die Arbeiter arbeitswillig bleiben, spricht vieles dafür, dass das Regime auch dieses Problem schliesslich meistern wird. Sobald sich aber, nachdem Leistung und Lohn in ein enges Verhältnis zueinander gebracht worden sind, die Arbeiter dazu entschliessen, dieses Verhältnis zu sprengen, indem sie bewusst langsamer arbeiten, wird das Problem zu einer grossen Gefahr für das Regime. Gerade aus der Tatsache, dass das System des Nationalsozialismus den friedlichen Lohnkampf nicht zulässt, kann sich ergeben, dass die Arbeiter von der anderen Seite ihres Arbeitsverhältnisses, von der Leistung her, zum Widerstand gegen die ökonomische und politische Zwangsherrschaft schreiten. Das Regime selbst lenkt die Arbeiter auf diesen Weg, denn es verlangt von

ihnen, dass sie schneller arbeiten sollen und stampelt denjenigen, der nicht schneller arbeiten kann, zum "Saboteur".

Was sich auf den anderen gesellschaftlichen Lebensgebieten zeigt, erweist sich auch hier: es wird überaus gefährlicher sozialer Explosionsstoff in einem Ausmass angesammelt, wie es in der Demokratie nicht möglich wäre. Noch niemals hat unter einem demokratischen Regime ein so einfaches wirtschaftliches Problem wie das der industriellen Mehrproduktion die Gefahr derartiger sozialer Spannungen hervorrufen können wie das Leistungsproblem unter der Hitler-Diktatur. Bringt die Arbeiterschaft die Kraft auf, die Zwangslage, in die das Regime geraten ist, bewusst zu verschärfen, indem sie die Tendenz zum Leistungsrückgang zur passiven Abwehr gegen den Raubbau an der Arbeitskraft ausweitet, so kann davon der Anstoss zu einer weitreichenden Entwicklung ausgehen.

- - - - -

Druckfehlerberichtigung:

Auf Seite B 3, Zeile 5 von oben, muss es heissen: "...liegen in erster Linie nicht auf dem Gebiete der Finanzierung."

Die Deutschland-Berichte, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Paris, seit 1934 monatlich herausgibt, haben die Aufgabe, die Entwicklung in Deutschland auf allen wichtigen gesellschaftlichen Gebieten zu verfolgen. Sie beruhen auf der Arbeit einer organisierten politischen Berichterstattung, deren Beobachtungsfeld sich insbesondere auf folgende Gebiete erstreckt :

Die Stimmung in den einzelnen Bevölkerungskreisen.	Korruption und Misswirtschaft.
Die Lage in den Betrieben.	Terror.
Die Wirtschaftslage :	Jugend :
Arbeitsmarkt ;	Hitler-Jugend ;
Preisentwicklung ;	Schule ;
Lebensmittelversorgung ;	Hochschulen.
Rohstoffversorgung ;	
Geld und Kredit.	Kirchenfragen.
Handel und Gewerbe.	Kulturpolitik.
Landwirtschaft.	NS-Organisationen : NSDAP, SA, SS.
Sozialpolitik.	Arbeitsdienst.
Lohnpolitik.	Verwaltung.
Steuerpolitik.	

In allen Landesteilen und Gesellschaftsschichten arbeiten Berichterstatter als Glieder der illegalen sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland an dieser Aufgabe mit. Auf der grossen Zahl von Einzelmeldungen, die sie übermitteln, beruht die Zuverlässigkeit und Objektivität der Gesamtberichterstattung, ihre Sicherung gegen Zufälligkeiten und subjektive Verzerrungen. Die Berichterstatter kommen nach Möglichkeit selbst zu Wort, um einen unmittelbaren Eindruck von der Stimmung und den Geschehnissen in Deutschland zu geben.

Den Nachrichten und Berichten im Teil A sind regelmässig im Teil B kritische Uebersichten angegliedert, in denen die Entwicklung auf den einzelnen Beobachtungsgebieten unter grösseren Gesichtspunkten zusammenfassend dargestellt wird.

Als Manuskript hergestellt
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
 (Sopade), 30, rue des Ecoles, Paris (5^e)

Le Gérant : Georges GIRARD.

IMPRIMERIE SPECIALE
 30, rue des Ecoles, Paris (5^e)